



Syrien:
Kein Kriegsende in Sicht 44

Familien:
Kinderreichtum wertschätzen 50

Agrarpolitik:
„Wir haben es satt!“ 53

Das ÖDP-Journal
Nr. 176 März 2018

Ökologie Politik



BIG DATA

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Was ist schlimmer?	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: BIG DATA

Zukunftsszenario: „Uns droht eine Datenmonopol-Diktatur“ Interview mit Stephan R. Meier	10
Überwachung: Das Smartphone – mein Personal Big Brother von Peter Hensinger	14
Pädagogik: Es geht um die Grundpfeiler humanistischer Bildung von Markus Reinisch	20
Digitale Bildung: „Eine treibende Kraft ist die Bertelsmann Stiftung“ Interview mit Dr. Matthias Burchardt	24
Demokratie: „Mit welchem Recht gestalten Konzerne unsere Gesellschaft?“ Interview mit Yvonne Hofstetter	28
Industrie 4.0: „Eine geschickte Marketingstrategie der IT-Branche“ Interview mit Matthias Martin Becker	31
Transformation: „Die Entwicklung steht erst am Anfang“ Interview mit Andreas Dohmen	34
Profit contra Gemeinwohl: Was Bitcoin mit Facebook zu tun hat von Prof. Dr. Sebastian Richter	40

BRENNPUNKTE

Krieg in Syrien: „Man macht die Syrer zu Marionetten“ Interview mit Kristin Helberg	44
---	----

FAMILIENPOLITIK

Familien: „Sind das alles Ihre?“ von Florian Brich	50
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Agnes Becker	52
Bericht zur Demo für Agrarwende in Passau und Berlin	53
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	55
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	56
Verbände	58
Enquetekommission zu Fluchtursachen	66
Offener Brief zu Waffenexporten in Krisenländer	67
BAK Christen und Ökologie	68
Junge Ökologen	69
Impressum	69
Pressticker	70
Leserbriefe	72

Liebe Leserinnen und Leser,

wir erleben seit vielen Jahren eine digitale Revolution, die auf alle Lebensbereiche übergreift. Gleichzeitig bleibt eine kritische gesellschaftliche Bewegung, vergleichbar mit der Gewerkschafts- oder Ökologiebewegung des 20. Jahrhunderts, bisher zu zaghaft. Der Untergang der Piratenpartei spricht Bände ...

Eine moralisch-ethische Debatte über die Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und Big Data wird noch nicht ausreichend geführt. Eher schafft die massive technologische Veränderung zunehmend nicht-regulierte Fakten: Die umfassende Überwachung des Menschen greift um sich und verringert die Privatsphäre der Menschen, Algorithmen treffen bereits Entscheidungen, mächtige Monopole von Internet- und Technologieunternehmen bedrohen die Freiheit und zerstören Vielfalt.

Wer kontrolliert die Algorithmen? Es gibt immer noch keinen Algorithmen-TÜV. Wer gibt Robotern und Kampfdrohnen eine Moral und welche soll das sein? Wie kann man die Autonomie über die Persönlichkeitssphäre behalten, ohne sich dem Fortschritt komplett zu entziehen? Wie gebe ich meinen Kindern einen guten und verantwortungsvollen Umgang mit all den neuen Möglichkeiten mit auf den Weg?

Viele der technologischen Möglichkeiten eignen sich, um Energie zu sparen, den Artenschutz zu verbessern, Krankheiten zu heilen oder unser Leben zu erleichtern. Und doch schreien diese Technologien auch gleichzeitig nach einer gesetzlichen Regulierung und der Wahrung einer Autonomie über die eigene Persönlichkeit.

Beide Pole zu vereinen ist – neben dem menschengemachten Klimawandel – wohl die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts. In diesem Heft wollen wir daher das umfangreiche Thema Big Data anhand einiger Facetten etwas näher beleuchten und Möglichkeiten für einen erwachseneren Umgang mit den neuen technologischen Möglichkeiten aufzeigen.

Bereits im Herbst 2011 fand in Berlin die Konferenz Data Love (Datenliebe) statt. Die Konferenz begründete sich wie folgt: „Heute sind Daten das, was Elektrizität für das industrielle Zeitalter war.“ Daten sind also das Gold des 21. Jahrhunderts! Unsere Privatsphäre wird zunehmend ersetzt durch die persönliche Datenliebe. Mit Fitnessarmbändern oder vernetzter Kleidung sammeln wir selbst hochsensible Daten und verschenken diese anschließend an Internetgiganten. Diese steigern mithilfe unserer Daten ihren Profit und machen uns so immer abhängiger von ihren Dienstleistungen.

Wir müssen uns dringend stärker mit unseren Daten und deren Schutz vor mächtigen Interessen auseinandersetzen, ohne die technologischen Vorteile zu verkennen.

Viel Spaß beim Lesen und Mitdenken!

Pablo Ziller



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur

Günther Hartmann



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

Was ist schlimmer?

Bekommen wir eine neue GroKo oder eine Neuwahl? Die Jamaika-Koalition wäre eine Koalition der Besserverdienenden geworden. Die Sondierungen zwischen CDU/CSU und der SPD wurden nun zwar bewältigt, aber die Zustimmung der

nen gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 sogar um 1,2 % höher gelegen. Stattdessen haben die Sondierer das deutsche Klimaziel aufgegeben, bis 2020 den CO₂-Ausstoß um 40 % gegenüber 1990 zu verringern. Das ist die Bankrotterklärung der deut-

Es fehlt der GroKo an einer positiven Zukunftsvision. Alle Beteiligten versuchen an der alten Wachstumsideologie festzuhalten.

SPD-Basis für eine neue GroKo wird wohl nicht erreicht werden. Es fehlt der GroKo an einer positiven Zukunftsvision. Alle Beteiligten versuchen an der alten Wachstumsideologie festzuhalten und definieren ihre Forderungen entlang von Umverteilungszielen. Ein schnelles Ende der GroKo ist besser als die Fortsetzung einer Politik für die Lobbyisten der Energie-, Immobilien- und Verkehrswirtschaft. Damit wird man auch in Kürze nach neuen Kanzlerkandidaten suchen müssen.

Es fehlen derzeit in allen großen Parteien die politischen Visionen für einen Strukturwandel zu einer klimaneutralen Wirtschaftsweise. CDU/CSU und SPD sind unfähig zu einer Beendigung der Energiepolitik mit der Braunkohle. Die ältesten Braunkohlekraftwerke gehen in eine Reserve, welche die deutschen Steuerzahler eine Milliarde Euro kosten wird. Im ersten Halbjahr 2017 haben die energiebedingten CO₂-Emissio-

nen Klimapolitik, statt eine Strategie der Nachhaltigkeit und des Überlebens umzusetzen.

Wirksamer Klimaschutz wäre ein CO₂-Mindestpreis im Emissionshandel in allen Sektoren, eine deutliche Erhöhung der Ökosteuer, die Abschaffung aller klimaschädlichen Subventionen, der massive Ausbau

der Energienetze in Deutschland und in Europa sowie der Energiespeichertechnologien, die volle EEG-Umlage für energieintensive Industrien und die Einführung von Umweltdumpingzöllen statt der geplanten Wachstumspolitik gewesen.

Gebäude werden nur saniert, wenn Immobilienbesitzer durch die Dämmung Geld sparen können

und die Bauwirtschaft Interesse an den Aufträgen dafür hat. Dieser Bereich hat am meisten schädliche Klimaemissionen eingespart, aber immer noch weniger als geplant. Die Verschärfung der Vorschriften für die Wärmedämmung wurde wieder fallen gelassen. So wird die Bundesregierung in gut 30 Jahren keinen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand erreichen können. Auch der soziale Wohnungsbau bleibt weiterhin auf der Strecke.

Autos in Deutschland produzieren heute mehr Emissionen als noch vor wenigen Jahren. Sprit fressende Geländewagen werden immer beliebter. Ihr Anteil stieg von 8 % (2013) auf 12 % (2015). Die Infrastruktur für Elektro-, Erdgas- und Wasserstofffahrzeuge wird fast nicht ausgebaut. Nichts wird getan für die Nachrüstung alter Dieselfahrzeuge mit SCR-Kats und den lückenlosen Betrieb von SCR-Kats.

In der Landwirtschaft gibt es keine finanziellen Sanktionen für Betriebe, die Grenzwerte überschreiten. Nur 7 % der deutschen Flächen werden ökologisch bewirtschaftet, die Bundesregierung hatte sich 20 % als Ziel gesetzt. Es muss mehr für Hochwasserschutz getan

Solange sich die Politik nicht gegen die Lobbyisten und Industrieinteressen durchsetzt, wird diese Korruption weitergehen.

werden, für starke ländliche Räume, eine umwelt- und klimafreundliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung. Viele Pestizide müssen verboten werden, vor allem die Neonicotinoide.

Solange sich die Politik nicht gegen die Lobbyisten und Industrieinteressen durchsetzt, wird diese Korruption weitergehen. ■

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

NATO: Aufrüstung für Konflikt mit Russland

Die NATO rüstet für einen permanenten Informationskrieg mit Russland. Dazu zählt unter anderem die Beeinflussung und Ausbremsung von Entscheidungsprozessen durch soziale Medien. 2014 wurde dafür das „NATO-Kompetenzzentrum für Strategische Kommunikation“ in Riga gegründet. Mittlerweile gibt es 24 solcher Kompetenzzentren. Für physische Konfrontationen mit Russland soll die Bundeswehr künftig drei schwere gepanzerte Divisionen mit 14 Artilleriebataillonen in die NATO einbringen. Bis 2026 soll eine erste Division ihre volle Einsatzfähigkeit erreicht haben.

» <http://t1p.de/1aif>

Europäischer Rat: Militär-Union beschlossen

Auf der Tagung des Europäischen Rats am 14. und 15. Dezember 2017 wurde für die Verteidigungspolitik eine „permanente und verstärkte Kooperation“ (Permanent Structured Cooperation – PESCO) beschlossen. Das ist der Einstieg in eine Europäische Militär-Union. Dazu wurden 17 Großprojekte verabschiedet, die dem



Aufbau gemeinsamer EU-Militärstrukturen dienen. Deutschland übernimmt unter anderem den Aufbau von Logistikstrukturen und eines Sanitätskommandos.

» <http://t1p.de/lpdx>

NRW: Sperrklausel für Kommunalwahlen gekippt

Für nordrhein-westfälische Räte und Kreistage darf es keine Sperrklausel geben. Die entsprechende Änderung

der Landesverfassung war rechtswidrig, entschied der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof. Die rot-grüne Landesregierung hatte 2016 mit den Stimmen der CDU eine Sperrklausel von 2,5 % bei Kommunalwahlen eingeführt. Dagegen geklagt hatten acht Parteien, darunter die ÖDP.

» <http://t1p.de/g66k>

Erneuerbarer Energien: Anteil lag 2017 bei 36 %

Die Erneuerbaren Energien deckten 2017 über 36 % des Bruttostromverbrauchs in Deutschland. Der Anteil der Windenergie war dabei am höchsten und betrug 40 %,



der von Biomasse 24 % und der von Photovoltaik 18 %. Die Windenergie verzeichnete auch den größten Anstieg: um fast 50 % von 12,3 Mrd. kWh im Jahr 2016 auf 18,0 Mrd. kWh.

» <http://t1p.de/5y6f>

Fukushima: Radioaktives Wasser soll ins Meer

Sieben Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima soll nun mehr als 1 Mio. Tonnen mit Tritium belastetes Wasser ins Meer abgeleitet werden. Das Wasser zur Kühlung des betroffenen Reaktors wird bisher in Tanks aufgefangen. Bald können jedoch keine neuen Tanks mehr im Gelände aufgestellt werden und so muss eine andere Lösung gefunden werden. Kraftwerksbetreiber Tepco drängt seit Langem darauf, das belastete Wasser ins Meer abzulassen.

» <https://heise.de/-3939632>

Klimapolitik: nur noch 12 Jahre zum Umsteuern

Das CO₂-Budget, um das 2-Grad-Ziel einzuhalten, schrumpft schnell. Noch zwölf Jahre bleiben der

Menschheit, bis die Emissionen an der selbst gesetzten Zielmarke kratzen. 80 bis 90% der weltweiten Kohle-Reserven sowie 35 bis 50% der weltweiten Öl- und Gas-Reserven müssten im Boden bleiben. Folglich



sollten keine neuen Kohle-Kraftwerke mehr genehmigt und bestehende schnell stillgelegt werden. Neben dem Ausbau von Solar- und Windenergie sowie einer Steigerung der Energieeffizienz braucht es einen konsequenten Stopp der Entwaldung und eine Aufforstung geeigneter Flächen.

» <http://t1p.de/df8pt>

Energiewende: Deutschland gehört zu Bremsern

Die Umweltorganisation E3G hat fünf europäische Länder identifiziert, die als Bremsen der Energiewende aufgetreten sind: Estland, Italien, Spanien, Großbritannien und Deutschland. Deutschland hat sich gegen vereinfachte Regelungen für Bürgerenergie ausgesprochen, damit sich die Marktanteile seiner großen Energiekonzerne nicht verringern.

» <http://t1p.de/qp50>

Umweltverschmutzung: Hauptursache für Todesfälle

Im Jahr 2015 starben 9 Mio. Menschen an Krankheiten, die durch Umweltverschmutzung verursacht wurden – 16% aller krankheitsbedingten Todesfälle. Umweltverschmutzung fordert weltweit 15-mal mehr Todesopfer als Krieg, Terror und Kriminalität. Zu diesem Ergebnis kommt eine im britischen Fachmagazin „The Lancet“ veröffentlichte Studie. Das Hauptproblem ist der Feinstaub. Auf ihn sind 95% der in der Studie aufgeführten Todesfälle zurückzuführen.

» <http://t1p.de/hiaf> Greenwashing:

AfD: Angriffe auf Compact und Deutsche Umwelthilfe

Eine AfD-Bundestagsabgeordnete zeigte die Kampagnen-Organisation Compact an. Sie verlangt in einem öffentlichen Brief die Aberkennung von deren Gemeinnützigkeit wegen eines Spendenaufrufs für eine „nicht förderungsfähige politische Kampagne innerhalb eines Bundestagswahlkampfes gegen eine bestimmte Partei“. Die AfD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg fordert, der Deutschen Umwelthilfe (DUH) die Gemeinnützigkeit abzuerkennen, weil der Verein „eine stolze Volkswirtschaft ins Wanken bringen kann“.

» <http://t1p.de/casg>

Brasilien: Regierung forciert Regenwaldabholzung

Brasilien entwickelt sich zum Sorgenkind im Klimaschutz. Seine CO₂-Emissionen steigen stark an. Ursache ist vor allem die Abholzung seiner Regenwälder. Zwischen August 2015 und Juli 2016 nahm die Entwaldung um fast ein Drittel zu, nachdem in den letzten beiden Jahrzehnten schon eine Waldfläche so groß wie Deutschland verloren ging. Die liberal-konservative Re-



gierung von Präsident Michel Temer hat die Amazonas-Schutzgebiete verkleinert und die Umwelt-Ausgaben auf die Hälfte zusammengestrichen, um die Wirtschaft anzukurbeln und „Investoren anzulocken“.

» <http://t1p.de/323q>

Insekten: Pestizide lassen Zahl dramatisch sinken

Das Ergebnis nach 27 Jahren Untersuchung in nordwestdeutschen Schutzgebieten: mehr als 75% weniger Biomasse bei Fluginsekten. Ein internationales Forscherteam aus den Niederlanden, Großbritannien und



Deutschland hat den schon länger beobachteten Insektenrückgang in einer Studie wissenschaftlich bestätigt. Als Hauptursache wird der negative Einfluss durch die Landwirtschaft vermutet. Deshalb fordert der NABU auf EU-Ebene einen Kurswechsel in der Agrarpolitik, eine drastische Reduktion des Pestizideinsatzes und die Einrichtung eines Deutschen Zentrums für Biodiversitätsmonitoring.

» <http://t1p.de/mj2l>

Dokumentarfilm in deutschen Kinos

Am 22. März 2018 startet der Film „The Green Lie – Die grüne Lüge“ in den deutschen Kinos. Produziert wurde er von Werner Boote und Kathrin Hartmann, die Ökologie-Politik-Lesern durch ihr in Heft 169 erschienenes Interview bekannt ist. Der Film dreht sich um „Greenwashing“: das Bemühen von Konzernen, ihr menschenverachtendes und umweltschädliches Tun hinter schönen Öko- und Sozialversprechen zu verstecken.

» http://y2u.be/_AY6p3KZ8I

EU-Agrarpolitik: ineffizient und umweltschädlich

Die EU-Agrarpolitik, mit 40% der größte Posten des EU-Haushalts, ist hochgradig ineffizient und überwiegend umweltschädlich. Zu diesem Ergebnis kommt die internationale Studie „Is the CAP Fit for purpose“. Deren Autoren haben über 450 wissenschaftliche Ver-

Elternwahlrecht: Familie für Verfassungsbeschwerde gesucht!

Die deutsche Politik ist nicht familienfreundlich. Ein Grund liegt darin, dass Kinder bei Wahlen kein Stimmrecht haben. Gerhart Meixner entwickelte deshalb eine verfassungskonforme Gesetzeslösung: das „höchstpersönliche Elternwahlrecht zugunsten des Kindes“. Mit dieser würde er das Thema gerne vom Bundesverfassungsgericht klären lassen. Doch da seine Kinder bereits erwachsen sind, ist er nicht mehr direkt betroffen und damit auch nicht mehr klageberechtigt. Er sucht deshalb als Mitstreiter eine Familie mit minderjährigen Kindern, die bereit ist, mit ihm zusammen eine kostenlose Verfassungsbeschwerde zu initiieren. Mehr dazu auf der Ökologie-Politik online.

» <http://t1p.de/tvdd>

öffentlichungen untersucht. Bemängelt werden unter anderem fehlende logische Zusammenhänge zwischen Budgetaufteilung, Zielen und Instrumenten sowie die Unwirksamkeit der Instrumente zum Erreichen von Umweltzielen. Sie konnten bisher weder die dramatische Reduzierung der Artenvielfalt noch gesundheits-schädliche Umweltschäden wie die hohe Nitratbelastung des Grundwassers vermeiden.

» <http://t1p.de/5wsc>

Vermögen: Arm-Reich-Schere nahm 2017 weltweit zu

Wie jedes Jahr zum Weltwirtschaftsforum in Davos legte Oxfam auch 2018 einen Bericht über die Kluft zwischen dem reichsten Prozent und dem Rest der Weltbevölkerung vor. Demnach ging die Schere noch weiter auseinander. 2017 gingen 82% des weltweiten Vermögenswachstums in Höhe von 762 Mrd. US-Dollar ans reichste Prozent der Weltbevölkerung. Die Hälfte der Weltbevölkerung, etwa 3,7 Mrd. Menschen, hatten überhaupt keinen Anteil am Vermögenszuwachs. Das reichste Prozent besitzt mehr Vermögen als der Rest der Menschheit. Dabei sind die Riesenvermögen oft leistungslos als Erbe zustande gekommen. Die Politik beklagt sich zwar über die wachsende Kluft, macht aber nichts dagegen, sondern senkt die Steuern und Abgaben für Unternehmen.

» <http://t1p.de/ye3f>

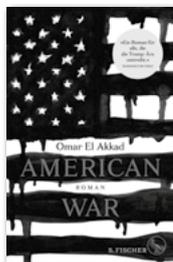


Bücher

Gegenwart & Zukunft

Omar El Akkad
American War
Roman

S. Fischer, August 2017
448 Seiten, 24,00 Euro
978-3-10-397319-8



Im Jahr 2075 ist Amerika von Bürgerkrieg, Naturkatastrophen, Flüchtlingsströmen, Armut, Hunger und Gewalt geprägt. Florida versank infolge der Klimaerwärmung im Meer. Ein tödlicher Virus kostete Millionen von Menschen das Leben und machte weite Landstriche unbewohnbar. Um Science Fiction geht es dem Autor in seinem Roman nicht: Fast alles, was er beschreibt, ist schon heute Realität – nur irgendwo anders auf der Welt. Er bringt lediglich das Grauen in verdichteter Form zu uns. Dabei verzichtet er auf Superschurken und Helden, schildert stattdessen normale Menschen und was die Lebensumstände mit ihnen machen, innere Kämpfe und seelische Veränderungen. (gh)

Schuldenbremse & ÖPP

Kai Eicker-Wolf, Patrick Schreiner
Mit Tempo in die Privatisierung

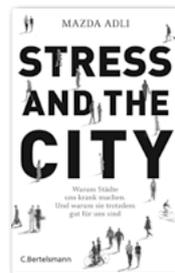
Autobahnen, Schulen, Rente – und was noch?
PapyRossa, September 2017
194 Seiten, 14,90 Euro
978-3-89438-655-9



Das Buch bietet einen guten Überblick zum Thema „Öffentlich-Private-Partnerschaften“ (ÖPP), listet wichtige Fakten auf und zeigt bislang wenig bekannte Zusammenhänge. So ist die Autobahn-Privatisierung nicht nur die konsequente Fortsetzung, sondern auch die Folge der Privatisierung der Altersvorsorge. Denn die Finanzkonzerne können die ihren Versicherten versprochenen Renditen nicht erwirtschaften. Deshalb drängen sie die Regierung, ihr durch ÖPPs neue Einnahmequellen zu erschließen: hohe Renditen auf Staatskosten. Die Schuldenbremse dient als argumentativer Hebel, um öffentliche Investitionen zu verhindern und öffentliche Aufgaben an privatwirtschaftliche Unternehmen zu übertragen. Das kommt allerdings dem Staat und damit dem Steuerzahler langfristig wesentlich teurer. (gh)

Urbanität & Gesundheit

Mazda Adli
Stress and the City
Warum Städte uns krank machen.
Und warum sie trotzdem gut für uns sind
C. Bertelsmann, Mai 2017
384 Seiten, 19,99 Euro
978-3-570-10270-1



Das Leben in Großstädten kann belastend sein, aber auch anregend und förderlich. Der Autor, von Beruf Psychiater, beschäftigt sich intensiv mit dem Leben in hohen räumlich-sozialen Dichten. Er zeichnet ein differenziertes Bild der Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken. Sein Fazit: Eine entscheidende Bedeutung für Wohlbefinden und Gesundheit haben die persönliche Einstellung und die sozialen Kontakte. Für den Städtebau gilt: Hohe Dichten sind zwar aus verschiedenen Gründen sinnvoll, aber es braucht zum Ausgleich auch Rückzugszonen wie ruhige Innenhöfe und öffentliche Parks. (gh)

Neoliberalismus & Sprache

Bernd Stegemann
Das Gespenst des Populismus
Ein Essay zur politischen Dramaturgie
Theater der Zeit, Januar 2017
180 Seiten, 14,00 Euro
978-3-95749-097-1



Unsere Offene Gesellschaft ist gerade dabei, sich mit ihren paradoxen Sprachspielen und hyperkritischen Diskursen selbst zu zerstören, kritisiert der Autor, ein bekannter Dramaturg. Er analysiert nicht nur die Sprache von rechten und linken Populisten, sondern vor allem auch die von liberalen Populisten. Ihnen gelingt es heute am wirksamsten, Absurdes und Falsches als wahr erscheinen zu lassen, indem sie positiv besetzte Begriffe umdeuten und geschickt damit spielen. (gh)

Wirtschaft & Wohlstand

Norbert Nicoll
Adieu, Wachstum!
Das Ende einer Erfolgsgeschichte
Tectum, Oktober 2016
432 Seiten, 18,95 Euro
978-3-8288-3736-2



Die vorgestellten Thesen sind eine erfrischende Abwechslung zu dem, was man sonst so von Wirtschaftsexperten liest. In dem Buch wird die kapi-

talistische Wirtschaft, welche vom Streben nach mehr Umsatz und Produktion geprägt ist, detailliert auseinandergenommen, z.B. auch die Erdölindustrie und mögliche Alternativen. Mit zahlreichen Grafiken und Zitaten illustriert der Autor die Wirtschaftsentwicklung bzw. den heutigen Stand und verdeutlicht so, was sich ändern muss, um den Planeten Erde zukunftsfähig zu machen. Die wohl wichtigste Aussage: „Wachstum und Wohlstand können entkoppelt werden.“ Im Abschlussstatement heißt es, dass wir schlichtweg „ein anderes Verhältnis zur Natur“ brauchen, um gut leben zu können, ohne dem Wachstumszwang zu unterliegen. Ein Buch, das Argumente liefert, die wir brauchen. (kw)

Naturverklärung & Wissenschaft

Torben Halbe
Das wahre Leben der Bäume
Ein Buch gegen eingebildeten
Umweltschutz
Woll, Mai 2017
176 Seiten, 19,99 Euro
978-3-943681-75-8



Über eine Million Mal wurde der Bestseller „Das geheime Leben der Bäume“ des Försters Peter Wohlleben seit seinem Erscheinen im Jahr 2015 verkauft. Die Wissenschaft schaute dem lange irritiert und fassungslos zu. Dann raffte sich ein Biologe auf und schrieb als Antwort dieses Buch. Er setzt auf belastbare Fakten und verzichtet auf Assoziationen und Spekulationen. Kapitel für Kapitel klärt er über die Ungereimtheiten und falschen Schlüsse in Wohllebens Buch auf und stellt sie richtig. Denn in einem eingebildeten Umweltschutz sieht er eine große Gefahr für wirklichen Umweltschutz. (gh)

Mündigkeit & Demokratie

Robert Pfaller
Erwachsenensprache
Über ihr Verschwinden aus
Politik und Kultur
S. Fischer, November 2017
256 Seiten, 14,99 Euro
978-3-596-29877-8



Die Angst, irgendwelche Befindlichkeiten zu verletzen, nimmt zu und führt zu grotesken sprachlichen Verrenkungen. Als der Autor, ein Kulturwissenschaftler und Philosoph, auf seinem Flug in die USA einen preisgekrönten Film ansehen wollte, erhielt er zunächst ein Warnung: Im Film käme „adult language“ vor und könne sein Gefühle verletzen. Da wurde ihm klar, dass der Kampf um Political Correctness wichtigere Kämpfe zu überlagern droht. In seinem Buch geht er der Frage nach, wie es so weit kommen konnte, dass wir nicht mehr wie Erwachsene, sondern wie Kinder behandelt werden. Und er fragt, ob dahinter ein Ablenkungsmanöver und eine politische Strategie steckt. (gh)

Widerständigkeit & Veränderung

Widerständigkeit & Veränderung

Armin Nassehi
Die letzte Stunde der Wahrheit
Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft
Murmans, April 2017
180 Seiten, 20,00 Euro
978-3-946514-58-9



Als Sozialwissenschaftler beschäftigt sich der Autor mit den Bedingungen für Veränderungen. Er warnt vor den „einfachen Lösungen“ der Populisten, aber auch der klassischen „Linken“ und „Rechten“. Deren Denk- und Politikmuster sind zu simpel. Doch unsere Gesellschaft ist widerständig, hochkomplex und ständig in Bewegung. Alle Reparaturversuche müssen „bei laufendem Motor“ erfolgen. Das sorgt oft für Veränderungen, die gar nicht angestrebt waren. Um die Wirtschaft nachhaltiger zu machen, sollte man ihre innere Logik analysieren und kreativ nutzen: kein plumpes Dagegen, sondern wenige durchdachte Eingriffe. Nachhaltig ist die Wirtschaft dann, wenn sich Produzenten und Konsumenten nachhaltig verhalten, ohne sich dessen bewusst zu sein. (gh)

Klimawandel & Menschsein

Amitav Ghosh
Die große Verblendung
Der Klimawandel als das Undenkbare
Blessing, Oktober 2017
256 Seiten, 22,99 Euro
978-3-89667-584-2



Der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller fragt sich: Warum kommt der Klimawandel in der Literatur der Gegenwart nicht zur Sprache? Woher rührt unsere große Verblendung, vor der künftige Generationen fassungslos stehen werden? Warum versagt die Kunst angesichts dieser epochalen Katastrophe? Er fordert in seinem geistreichen Essay seine Zunft, aber letztlich alle Menschen auf, die Augen zu öffnen und mutig über das Menschsein und die Menschheitsgeschichte nachzudenken. Als Inder eröffnet er dabei neue Perspektiven. (gh)

Zukunftsszenario

„Uns droht eine Datenmonopol-Diktatur“

Im Roman „NOW“ führen Überbevölkerung, Ressourcenschwund und Umweltverschmutzung zu einer neuen Weltordnung: 1 % der Menschheit darf weiterhin in der Zivilisation leben, die zum „Hightech-Paradies“ perfektioniert wird. Die anderen 99% werden ausgeschlossen und kämpfen nur noch ums nackte Überleben. Die Entscheidung, wer zu dem 1 % gehören darf, trifft ein Super-Algorithmus, der ununterbrochen sämtliche Daten aller Menschen sammelt und auswertet.

Interview mit Stephan R. Meier

ÖkologiePolitik: Herr Meier, warum haben Sie einen Roman über die Digitalisierung geschrieben?

Stephan R. Meier: Weil die Digitalisierung die zentrale Herausforderung ist, der wir uns heute stellen müssen. Sie eröffnet gigantische Möglichkeiten, kann aber, da ohne Empathie, auch zu einer zerstörerischen Kraft werden. Hierbei muss man zwei wesentliche Dinge unterscheiden: künstliche Intelligenz und Bewusstsein, wie wir es bei uns Menschen kennen. Künstliche Intelligenz mit ihren Insellösungen ist der menschlichen Intelligenz bereits auf mehreren Feldern überlegen, aber eben ohne Bewusstsein. Jedenfalls wird diese „dumme Intelligenz“ in Kombination mit einer immer breiter verfügbaren Vernetzung unser Leben total verändern, sowohl auf der privaten als auch auf der gesellschaftlichen Ebene, und das in einer noch nie da gewesenen Geschwindigkeit. Darüber zu recherchieren, nachzudenken und zu schreiben ist faszinierend.

So faszinierend, dass Sie nach fast drei Jahrzehnten erfolgreicher Karriere als Hotelmanager diese Aufgaben und Schriftsteller wurden?

Schriftsteller zu werden war ein Kindheits Traum von mir. Nach dem Abitur fehlte mir dazu aber zum einen der Mut, zum anderen trieb mich die schwierige Situation in meinem Elternhaus dazu, sofort ins Ausland zu „flüchten“. Deshalb ein

„Am Anfang steht die Einsicht, dass sich die Menschheit in einer Sackgasse befindet. Wie ein Navi sucht der Super-Algorithmus nach einer Ausweichroute.“

Studium in der Schweiz, deshalb die Hotel-Branche. Der Wunsch zu schreiben blieb aber, und so nahm ich mir schon recht früh vor, nur bis zum Alter von 50 Jahren in meinem erlernten Beruf tätig zu sein und mich dann ohne finanzielle Zwänge und ohne Erfolgsdruck der Schriftstellerei zu widmen. Und so machte ich das auch.

Wie wurde die Digitalisierung zu Ihrem Thema?

Ein Schlüsselereignis war, als sich meine damals 11-jährige Tochter einen iPod wünschte, ich ihr einen schenkte und sie mir nach wenigen Minuten mit einer E-Mail dankte – ohne eine Gebrauchsan-

leitung gelesen zu haben. Sie verstand das Gerät völlig intuitiv und kritiklos. Das verblüffte und faszinierte mich. Ich fragte mich, wohin sich eine solche Technologie entwickeln wird, welche Auswirkungen das haben und wie das Leben mei-

ner Kinder in 10, 20, 30, 40 Jahren aussehen wird. Meine Neugierde war geweckt und ich begann intensiv zu recherchieren – fünf Jahre lang. Angesichts der enormen Rasanzen technischer Entwicklungen stellte sich dann die Frage, wie ich einen Roman schreiben kann, der zum Zeitpunkt seines Erscheinens noch aktuell und nicht schon von der Realität überholt ist. Deshalb legte ich die Handlung in die Zukunft. Wobei „Zukunft“ nur 10 Jahre bedeutet, denn da dürften Großcomputer eine solche Kapazität und Geschwindigkeit erreicht haben, dass die von mir beschriebene Softwarestruktur möglich ist –



Stephan R. Meier, Jahrgang 1958, studierte Betriebswirtschaftslehre und war dann als Hotelmanager in China, Frankreich, Italien, Spanien, Thailand und den USA tätig. In den 1990er-Jahren veröffentlichte er zwei biografische Bücher: über den Terroristen Carlos und über seinen Vater, der in den 1970er- und 1980er-Jahren Verfassungsschutz-Präsident war. Anfang 2017 erschien sein erster Roman: der Science-Fiction-Thriller „NOW“.

www.die-zukunft-ist-now.de

und damit auch das von mir beschriebene Szenario.

Das Irritierende an Ihrem Szenario ist, dass die totalitäre Herrschaft des Super-Algorithmus mit dem Ziel begründet wird, die Welt besser zu machen.

Es ist ein menschliches Urbedürfnis, die Welt besser zu machen. Noch nie hat jemand Veränderungen damit begründet, dass durch sie die Welt schlechter werden soll. Jede Erfindung, jede Entwicklung wird immer damit begründet und gerechtfertigt, die Welt zu verbessern, das Leben angenehmer und sicherer zu machen. Und so ist es auch in meinem Roman: Am An-

fang steht die Einsicht, dass sich die Menschheit in einer Sackgasse befindet. Und so wie ein Navi beim Autofahren sucht dann der Super-Algorithmus nach einer Ausweichroute. Nach einem Weg, der ihm aufgrund der Auswertung aller überhaupt vorhandenen Informati-

sentlich langfristiger denken, planen und handeln und sind nicht profitorientiert. Aber wie das dann konkret aussieht, hängt natürlich stark von den Personen ab, die die Führungspositionen innehaben. Gerade bei Geheimdiensten spielt das die wesentliche Rolle: Eine

„Geheimdienste kommen seit den 1950er-Jahren ganz legal an alle angemeldeten Patente ran, auch an alle kommerziellen Software-Produkte.“

onen als der zur Zielerreichung beste erscheint. Die Suche nach dem „digitalen heiligen Gral“ ist der Versuch, Maschinen ein eigenständiges Bewusstsein nach menschlichem Vorbild zu ermöglichen. Ich halte diese Suche technisch für undurchführbar und moralisch für sehr gefährlich. Dieser „Gral“ wird zum Damoklesschwert für die Menschheit.

In Ihrem Szenario sieht sich ein Geheimdienst zum Handeln gezwungen, um dem Ansinnen eines Konglomerats von IT-Konzernen nach Welt-herrschaft zuvorzukommen. Haben Sie mehr Hoffnung in Geheimdienste als in andere Institutionen?

Konzerne denken vornehmlich an ihren Jahresprofit, Aktienunternehmen an ihren nächsten Quartalsbericht – und Politiker an die

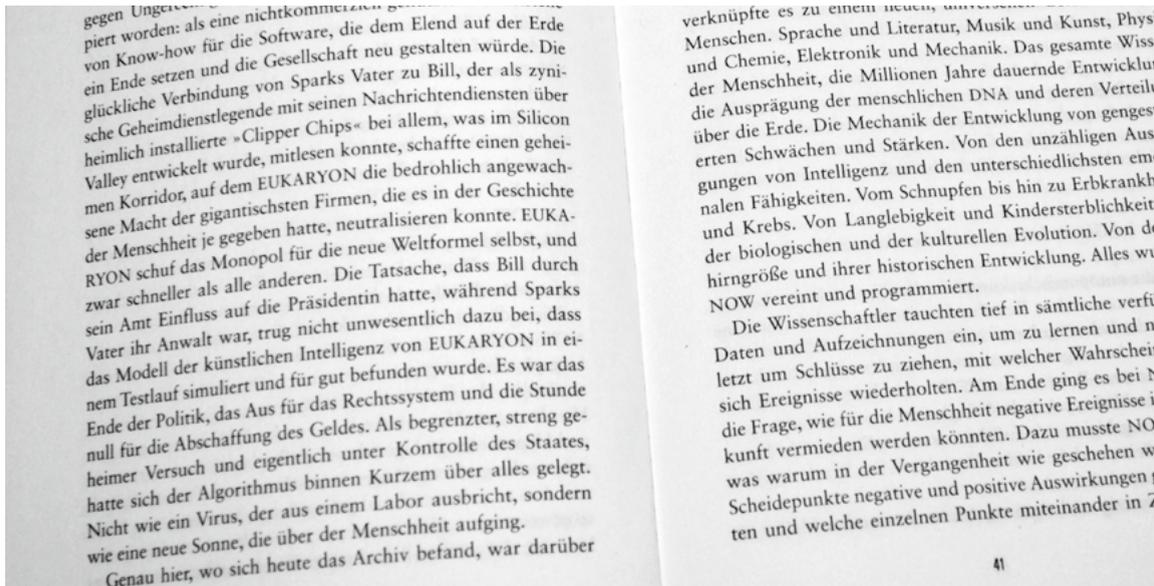
politisch motivierte Besetzung der höchsten Geheimdienst-Positionen dient eher den Interessenlagen einer Partei als den Interessen des ganzen Volkes – wie es eigentlich sein sollte. Diese Zwiespältigkeit habe ich in meinem Buch dadurch thematisiert, dass der Super-Algorithmus anfangs von zwei kongenialen Freunden entwickelt wird, die sich dann aber zunehmend entfremden. Beide sind sich einig, dass es keine Welt-herrschaft der Konzerne geben darf. Doch während der eine am Ideal einer freien und offenen Gesellschaft festhält, tendiert der andere immer mehr zu einer kontrollierten und determinierten Gesellschaft, die man letztlich als faschistisch bezeichnen muss. Der eine will eine zweckfreie und dem menschlichen Leben dienende Technologie, der andere will

„Google plant die Errichtung künstlicher Inseln auf hoher See, um außerhalb jeder Rechtsordnung arbeiten zu können.“

nächste Wahl. Die treibende Kraft der Akteure ist die möglichst erfolgreiche Spekulation auf ihrem jeweiligen Gebiet. Staatliche Organisationen sind solchen Zwängen nicht unterworfen. Sie können we-

das menschliche Leben der Technologie unterordnen, will das menschliche Leben von der Technologie manipulieren und steuern lassen.

Haben denn Geheimdienste die von Ihnen beschriebenen Möglichkeiten?



Wenn jemand solche Möglichkeiten hat, dann Geheimdienste. Sie kommen seit den 1950er-Jahren ganz legal an alle angemeldeten Patente ran, also auch an alle kommerziellen Software-Produkte. Sie werden zudem durch die Parlamente nicht wirklich kontrolliert, verfügen über hohe Budgets und müssen keinen

unter anderem die Errichtung künstlicher Inseln auf hoher See, um außerhalb des amerikanischen Staatsgebiets und vor allem außerhalb jeder Rechtsordnung und jeder staatlichen Einmischung ungestört arbeiten zu können. Da geht es vordergründig um eine einfachere Beschäftigung ausländischer

Beispiel Apple: Das neue iPhone X kostet über 1.000 Euro und ist somit für den Normalbürger kaum mehr erschwinglich. Apple zwingt seine Kunden zunehmend in die Cloud, die es kontrolliert.

Widerspricht das nicht dem Wesenskern von Big Data: dem Sammeln, Auswerten und Nutzen möglichst vieler Daten?

Dieser absurd hohe Preis ist ein Zeichen dafür, dass Apple nun konsequent anfängt, die Gesellschaft in einen für ihn interessanten und einen für ihn uninteressanten Teil zu sortieren. Apple ist künftig vor allem für die wohlhabende „Elite“ da, der Rest der Bevölkerung ist ihm dagegen völlig egal. Die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft ist eine Entwicklung, die wir weltweit beobachten können: in den USA, in China und auch bei uns in Europa. Die Arm-Reich-Schere wird immer größer. Kommerzielle „Eliten“ bilden oligarche Strukturen über alle Ländergrenzen hinweg, übernehmen keine gesellschaftliche Verantwortung mehr, untergraben unsere rechtsstaatliche Ordnung

und führen ein als feudalistisch zu verstehendes Leben. Das Internet und die international operierenden IT-Konzerne sind hier aktuell keine bremsenden, sondern treibende Kräfte.

Ist die Digitalisierung an sich gut oder schlecht?

Prinzipiell ist sie gut, denn sie kann die Lösung vieler Probleme ermöglichen und für ein angenehmeres, sichereres und medizinisch verlängertes Leben sorgen. Sie ist

„Wir brauchen ganz dringend einen moralischen Kompass und ethische Leitplanken. Und daraus abgeleitet einen klaren rechtlichen Rahmen.“

Teil der Evolution, weil wir – ihre Erschaffer – auch Teil der Evolution sind. Aber es kommt ganz entscheidend darauf an, was wir daraus machen und in welchem Maße wir mit der Entwicklung überfordert werden – die Evolution ist ja eine langsame Kreatur. Was in 10 Jahren an technologi-

scher Entwicklung, Vernetzung und Gentechnik zur Verfügung stehen wird, das können wir und unser „inneres Genparlament“ – wie der Historiker Yuval Noah Harari das nennt – nicht verarbeiten. Was die großen IT-Konzerne aus der Digitalisierung machen und vor allem nicht machen lassen, das ist die entscheidende Frage. Aktuell droht uns durch deren Wirken eine Datenmonopol-Diktatur – auch wenn das noch niemand so richtig

wahrhaben will. Die wesentlichen Dinge passieren unterhalb „unseres Radars“. Das sind die Dinge, mit denen sich die großen IT-Konzerne intensiv beschäftigen, ohne damit offensiv an die Öffentlichkeit zu gehen. Darauf sind wir nicht vorbereitet. Dafür haben wir keinen Plan. Wir brauchen ganz dringend einen

BUCHTIPP

Stephan R. Meier
NOW

Du bestimmst, wer überlebt
Science-Fiction-Thriller
Penguin, Januar 2017
432 Seiten, 13,00 Euro
978-3-328-10049-2



moralischen Kompass und ethische Leitplanken. Und daraus abgeleitet einen klaren rechtlichen Rahmen. Die Digitalisierung zwingt uns zur Besinnung, zwingt uns zum intensiven Nachdenken darüber, wer wir eigentlich sind, was wir wollen, was wir sollen und was wir dürfen. Sie zwingt uns, darüber nachzudenken, was es bedeutet, Mensch zu sein, und was wirklich wichtig ist im Leben. Diese Fragen gehören ab jetzt in den Mittelpunkt unserer gesellschaftlichen Debatten gestellt! Schon im Schulunterricht!

Herr Meier, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

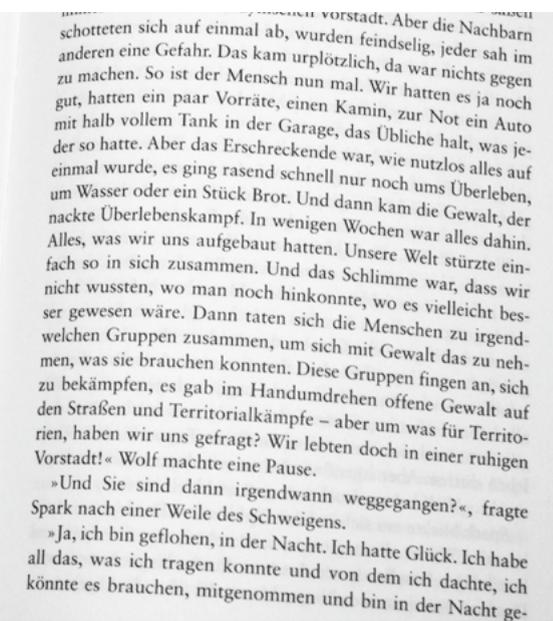
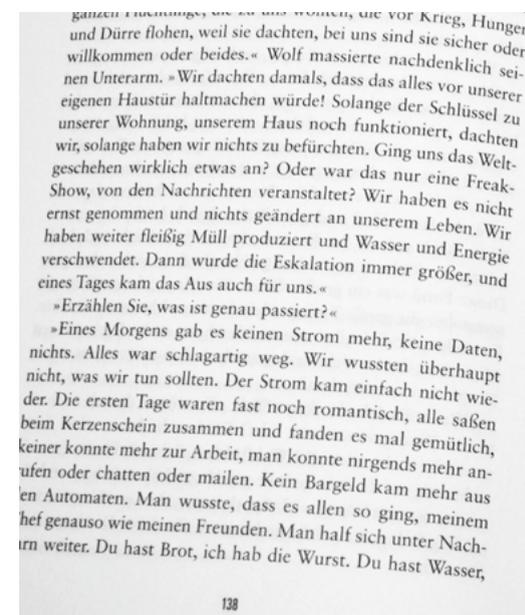
„Die wesentlichen Dinge passieren unterhalb unseres Radars“. Das sind die Dinge, mit denen sich die großen IT-Konzerne intensiv beschäftigen.“

Gewinn erwirtschaften. Sie können langfristig planen und viele Dinge auch einfach nur „auf Verdacht“ und „auf Vorrat“ tun. Sie haben eine äußerst privilegierte Stellung inne. Wie sie diese tatsächlich nutzen, ist eine der spannendsten gesellschaftlichen Fragen überhaupt.

Wie sieht die Welt der IT-Konzerne aus? Inwieweit hat sich Ihr Szenario in den letzten Jahren schon bewahrheitet?

Es bewahrheitet sich immer mehr. Beispiel Google: Das plant

schon Arbeitnehmer ohne Visum. Vor allem jedoch geht es um die Ermöglichung gesellschaftlicher Experimente: um die Entwicklung und Untersuchung neuer Gesellschaftsformen, um die Überwindung der Demokratie, die als ineffizient und überholt betrachtet wird. Beispiel Amazon: Das strebt inzwischen offen danach, in naher Zukunft den gesamten Welthandel zu organisieren und zu kontrollieren – und das weitgehend digitalisiert und roboterisiert, also fast ohne Mitarbeiter.



Überwachung

Das Smartphone – mein Personal Big Brother

Wer dazugehören will, nutzt ein Smartphone, Tablet oder eine smarte Armbanduhr, googelt, ist vernetzt auf Facebook, Twitter, Instagram oder WhatsApp. Wer kennt deren AGB oder schützt seine Daten? Kaum einer. Das könnte fatale Folgen haben! Wir sind auf dem Weg in die smarte digitale Diktatur – in eine Gesellschaft ohne Privatsphäre und ohne Demokratie.

von Peter Hensing

Angenommen, unsere Regierung würde beschließen, dass jeder Bürger eine Funk- und Videowanze rund um die Uhr eingeschaltet tragen muss, die ständig seinen Standort und seine Kommunikation überträgt. Mit der Begründung: Dann könne der Staat sich viel besser um dessen Bedürfnisse kümmern. Das würde als totalitäre Bespitzelung abgelehnt. Doch es ist eigentlich schon Realität: Ob im Zug, im Restaurant oder auf der Straße – schweigende

Gesellschaft als Ganzes“, schreibt Yvonne Hofstetter in ihrem Buch „Das Ende der Demokratie“.

Ausspionieren für Konsum und Profit

Jeder Smartphone-Vorgang und Google-Klick wird in Echtzeit von Dutzenden Firmen gespeichert, um Personenprofile – digitale Zwillinge – zu erstellen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schreibt, das Ziel von Big Data sei es, über den „direkten Kundenzu-

diese Konditionierung auf den Konsum wird jetzt mit dem „Smart Home“, der vollvernetzten Wohnung, das elektronische Panoptikum geschaffen. Mit interaktiven Heim-Lautsprechern wollen Google (Google Home) und Amazon (Echo Dot) im Smart Home die interaktive Vollzeitbetreuung übernehmen. Über den Lautsprecher hören sie – und auch gleich die Geheimdienste – mit und aktualisieren das digitale Profil. Amazon filtert aus den Gesprächen die nächsten Bedürfnisse und Wünsche und teilt gleich die Bestellmöglichkeiten mit. Im Google-Roman „Der Circle“ von Dave Eggers heißt es dazu: „Die realen Kaufgewohnheiten von Menschen waren jetzt wunderbar nachzuvollziehen und zu messen, und das Marketing für diese realen Menschen konnte mit chirurgischer Präzision erfolgen.“

Data-Mining-Unternehmen haben sich darauf spezialisiert, Nutzerdaten zu erfassen und auszuwerten. Marktführer in Deutschland im Datenhandel sind Bertelsmann, Otto, die Deutsche Post und Schober, die mit den digitalen Profilen nahezu jedes Bürgers in Deutschland handeln. Das Bertelsmann-Unternehmen „AZ Direct“ bietet von 30 Mio. Bun-



Foto: terimakash0/pixabay.com

desbürgern Daten an. Jeder Person sind bis zu 600 Profilinformatoren zugeordnet. Wir müssen nüchtern konstatieren: Problemlos können

„Fitbit-Tracker“ rund um die Uhr als elektronische Armfessel zu tragen. Das Unternehmen ist so immer über ihre Lebensweise informiert –

Der gläserne Konsument, erschaffen durch Big Data, ist eine Bedingung für das Anheizen des konsumorientierten Wachstums.

heute alle Smartphone- und PC-Daten ausgelesen werden, grundgesetzlich verbriefte Werte wie das Brief-, Bank- und Postgeheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung stehen nur noch auf dem Papier.

Die Daten für die eigene Überwachung, die ja bisher nur bei strafrechtlich relevantem Verhalten zulässig war, liefert der Smartphone-Nutzer freiwillig. Extremster Auswuchs: Der neue Hype der Selbstvermessung durch Wearables (Smartwatches, Fitnessarmbänder) ist die unterwürfige Bereitschaft, für sein eigenes Up- und Down-Ranking den Versicherungskonzernen persönlichste Daten zu überlassen. Die Nerds sind nicht gefesselt an Ketten, sondern an Wearables. So haben sich 14.000 Angestellte des Ölkonzerns BP in den USA „entschieden“, einen kostenlosen

und vor allem auch über den hochgerechneten zukünftigen Leistungs- und Verschleißzustand.

Krankenversicherungen und Personalabteilungen entscheiden heute schon über Bewerber anhand von digitalen Profilen. Die Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) und die Technische Universität München (TUM) erhielten

Das Bertelsmann-Unternehmen „AZ Direct“ bietet von 30 Mio. Bundesbürgern Daten mit jeweils bis zu 600 Profilinformatoren an.

2017 den BigBrotherAward für die Überwachung der Studenten im Online-Studium (MOOC-Kurse) und die Weitergabe der Daten. Das digitale Profil beschert dem Personalchef nicht nur den glä-

sernen Bewerber, die Algorithmen erlauben Vorhersagen über seine Entwicklung. Big Data ermöglicht neue Disziplinierungstechniken, die sicherstellen, dass menschliches Handeln sich in die Abläufe der Ausbeutungs- und Konsumgesellschaft berechenbar einfügt.

Ausspionieren für politische Kontrolle

„Wer die Daten hat, hat die Macht“, sagte Jochen Homann, Präsident der Bundesnetzagentur, in seiner Rede beim Neujahrsempfang 2017. Es geht um mehr als Werbung und Konsum. Die Herrschenden erwarten angesichts von Klimakatastrophen, Flüchtlingswanderungen, Massenentlassungen durch Industrie 4.0, dem Zusammenbruch ganzer Industriezweige durch neue disruptive Technologien soziale Unruhen, die mit neuen Methoden schon im Ansatz verhindert werden sollen. Steuerungsmethoden für die digitalisierte Machtausübung werden mit Hochdruck entwickelt.

Das Schweizer Gottlieb Duttweiler Institut (GDI) beschreibt sie in seiner für die Swisscom AG erstellten Zukunftsstudie „Die Zukunft der vernetzten Gesellschaft“ als Modell zukünftiger Politik: „Was auf Mikroebene das Leben erleichtert, eröffnet auf Makroebene ungeahnte Perspektiven für die Steuerung

Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die in gebückter Haltung gefesselt auf ihr Smartphone starren und an Amazon, Google und Apple, an Versicherungen, Autokonzernen und Geheimdienste ihre persönlichsten Daten abliefern. „Smartphones sind Messgeräte, mit denen man auch telefonieren kann ... Dabei entstehen riesige Datenmengen, die dem, der sie analysiert, nicht nur Rückschlüsse auf jedes Individuum erlauben, sondern auch auf die

gang die Kontrolle über die Kundenschnittstelle [zu] gewinnen, so wie dies zum Beispiel Google mit dem Android für mobile Endgeräte gelungen ist. Ein derartiges Agentenmodell gewinnt an Bedeutung, da empirisches Wissen über den Kunden und seine Bedürfnisse von enormem Wert ist.“

Der gläserne Konsument, erschaffen durch Big Data, ist eine Bedingung für das Anheizen des konsumorientierten Wachstums. Für

von sozialen Systemen (die sich mit herkömmlichen Instrumenten, Geboten und Verboten, immer weniger kontrollieren lassen). Staats- und Unternehmensführer erhalten neue Werkzeuge, „Soziokope“ (soziale Te-

leskope), mit denen das menschliche Zusammenleben erstmals in seiner ganzen Komplexität erfasst werden kann. Durch die neue Technologie werde es möglich, die Gesellschaft gleichsam mit dem Auge Gottes zu betrachten, schreibt der MIT-Professor Sandy Pentland in seinem Buch ‚Social Physics‘. Das präzisere Abbild eines sozialen Systems soll in der Folge auch eine schnellere, präzisere Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft ermöglichen.“

Politische Kontrolle will vom Untertanen alles wissen, will soziale Bewegungen in Echtzeit erfassen

Krankenversicherungen und Personalabteilungen entscheiden heute schon über Bewerber anhand von digitalen Profilen.

sen und braucht Werkzeuge, sie zu manipulieren. Mit diesem Ziel verläuft derzeit die geräuschlose Umwandlung der Städte von Orten der kommunalen Demokratie zu totalüberwachten Zonen. Mit kostenlosen(!) WLAN-Netzen wird eine lückenlose städtische Infrastruktur zur Totalüberwachung erstellt. Gemeinderäte und Bürger forderten dies, weil sie es naiv mit Fortschritt gleichsetzten.

ÖPNV-Fahrkarte, Car-Sharing, Bezahlung im Supermarkt oder Banküberweisung – alle Smartphone-Transaktionen hinterlassen digitale Spuren. Das 5G-Mobilfunknetz, das vor allem das autonome Fahren und die Smart Homes steuern soll, perfektioniert die Datenkontrolle. Das politische Ziel ist es, die Bürger durch kontrollierte (Des)Information und Entertainment ruhigzustellen und Opposition zu marginalisieren.

„Die Steuerungsformen in computerisierten urbanen Systemen wie

etwa Überwachungskameras oder biometrische Authentifizierungssysteme stellen ein ‚biopolitisches Management‘ im foucaultschen Sinn dar, mit dem Individuen oder ihre in Daten zerfallenen digitalen Doppelgänger, die Dividuen, auslesbar und kontrollierbar sind“, beschreibt dies der Journalist Adrian Lobe. In dieser Stadt sei kein Raum für Protest, denn weil „polizeiliche Aufgaben an technologische Systeme wie algorithmische Agenten, Robotik und Sensoren delegiert werden, werden Möglichkeiten für Dissens und Protest minimiert“.

des urbanen Lebens, ausgestattet mit harmlosen Geräten, kohärent in angenehmen Diagrammen, wo die Bürger und Geschäfte von mehr und mehr Dienstleistungen umgeben sind, die Kontrollblasen kreieren.“ Individuen würden zu Steuerungsobjekten degenerieren, die in den Zentralen der Entscheidung nur noch als Kuchendiagramme auftauchen. „Der Dataismus macht alles gleichförmig: vom Abfall über den Verkehr bis hin zur Politik. Der Bürger ist im Kontrollnetzwerk der Smart City bloß ein Datenpaket.“

Big Data als Kern der „Digitalen Bildung“

Für das Funktionieren in der smarten Diktatur soll der Nachwuchs bereits frühzeitig konditioniert werden. Die Schulen sollen brave Untertanen liefern. Der humboldtsche Homo politicus, der gebildete kritische Bürger, soll abgelöst werden vom angepassten Homo oeconomicus. Dafür wird das Bildungswesen umgebaut. Die Reform nennt sich „Digitale Bildung“. Big Data ist ihr Kernelement. Wir sind am Anfang einer Entwicklung, deren Ziele das GDI so charakterisiert: „Mit der Digitalisierung des Menschen, die sowohl die Forschung wie auch die ICT-Branche in den nächsten Jahren anstreben, erreicht die digitale Revolution eine neue Stufe.“

René Descartes’ „Ich denke, also bin ich“ mutiert zu „Meine Daten definieren, wer ich bin“. Der in Echtzeit aktualisierte Datendoppelgänger, beginnend mit dem digitalen Zwilling des Kindes und Schülers, soll dann lebenslang das maßgebliche „Ich“ für Behörden, Erziehungsinstitutionen, Geheimdienste, Krankenkassen, Warenhäuser, Banken und Personalabteilungen sein. Das Daten-Ich wird zum

Avatar, zum lebenslangen Über-Ich. „Algorithmen nehmen uns immer öfter das Suchen, Denken und Entscheiden ab. Sie analysieren die Datenspuren, die wir erzeugen, entschlüsseln Verhaltensmuster, messen Stimmungen und leiten daraus ab, was gut für uns ist und was

was ein Schüler schon kann, wo er Nachholbedarf hat, wie er zum Lernen gekitzelt wird. Wir werden uns als lernende Menschen neu erfinden. Dabei wird der zu bewältigende Stoff vollkommen auf den Einzelnen zugeschnitten sein.“

Doch die angebliche Individuali-

Soziale Unruhen sollen schon im Ansatz verhindert werden. Steuerungsmethoden für die digitalisierte Machtausübung werden mit Hochdruck entwickelt.

nicht. Algorithmen werden eine Art digitaler Schutzengel, der uns durch den Alltag leitet und aufpasst, dass wir nicht vom guten Weg abkommen“, prophezeit das GDI.

So wie in der Industrie 4.0 die Produktion, sollen Computer und Algorithmen auch das Erziehungsgeschehen autonom steuern. Die Superwanzen Smartphone und Tablet sollen zu den Hauptlernmedien in den Schulen werden. Es geht um eine Neuausrichtung des Erziehungswesens: um die Übernahme der Erziehung selbst durch digitale Medien bereits ab den Kitas. „2036 werden Eltern schon für

sierung des Lernens durch digitale Medien ist eine Entmündigung, ein Milliarden-Geschäft – und nicht zuletzt ist es ein Programm zur Einsparung von Lehrern und Erziehern. Der Medienwissenschaftler Ralf Lankau kritisiert deshalb Breithaupt scharf: „Das, was Breithaupt als Zukunft des Lernens propagiert, sind im Kern totalitäre Systeme zur psychischen und psychologischen Manipulation und lebenslangen Steuerung von Menschen. Beschrieben wird das systematische Heranziehen von Sozial-Autisten, die auf eine Computerstimme hören und tun, was die Maschine sagt.“

Was auf Mikroebene das Leben erleichtert, eröffnet auf Makroebene ungeahnte Perspektiven für die Steuerung sozialer Systeme.

ihre fünf Jahre alten Kinder einen virtuellen Lehrer abonnieren“, schwärmt der Kultur- und Kognitionswissenschaftler Fritz Breithaupt. „Die Stimme des Computers wird uns durchs Leben begleiten. Vom Kindergarten über Schule und Universität bis zur beruflichen Weiterbildung. Der Computer erkennt,

In seinem Buch „Die Herrschaftsformel“ analysiert der Journalist Kai Schlieter, wie weltweit Thinktanks zusammen mit Regierungen an Methoden arbeiten, wie durch die subtile Ausschaltung des Denkens und der Autonomie nach den Methoden des skinnerischen Behaviorismus der flexibel

ONLINETIPPS

Interview mit Katika Kühnreich
Chinas Social Credit System:

Volle Kontrolle
Spiegel, 28.12.2017
<http://t1p.de/agtp>

Adrian Lobe
Willkommen in der smarten Stadt
Neue Züricher Zeitung, 13.11.2017
<http://t1p.de/wz9b>

BigBrotherAward
Preisträger 2017
<https://bigbrotherawards.de/2017>

Fritz Breithaupt
Ein Lehrer für mich allein
Die Zeit, 14.02.2016
<http://t1p.de/folo>

Ralf Lankau
**Demaskierung des Digitalen
durch ihre Propheten**
GBW, 07.02.2016
<http://t1p.de/uzej>

Dirk Helbing u.a.
**Digitale Demokratie statt
Datendiktatur**
Das Digital-Manifest
Spektrum, 17.12.2015
<http://t1p.de/8ba4>

Heribert Prantl
Bürger unter Generalverdacht
Le Monde diplomatique,
Edition No 16, 2015
<http://t1p.de/61z9>

Wolfie Christl
**Kommerzielle digitale
Überwachung im Alltag**
Cracked Labs, Studie, 2014
<http://t1p.de/p8ju>

Karin Frick, Bettina Höchli
**Die Zukunft der vernetzten
Gesellschaft**
GDI, Studie, 2014
<http://t1p.de/nnbi>

Bündnis für humane Bildung
**aufwach(s)en mit
digitalen Medien**
Online-Portal
www.aufwach-s-en.de



Statt für Bürgerrechte setzt sich die FDP für mehr Überwachungstechnologie ein.

steuerbare Mensch konditioniert werden kann. Stichworte: „operante Konditionierung durch Belohnung“, „Verhaltensdesign“, „Gewohnheitsbildung“, „Neuromarketing“, „Behavioral Economics“. Der Homo algorithmicus ist der geplante Untertan des 21. Jahrhunderts. Die „Digitale Bildung“ soll den Weg dafür ebnet. Als Reaktion auf diese Dehumanisierung des Bildungswesens haben Hochschullehrer und Pädagogen das „Bündnis für humane Bildung“ gegründet.

Smarte Diktatur durch totale Überwachung

Die Überwachung wird in der Smart City zum allgegenwärtigen Über-Ich. Heribert Prantl analysiert die psycho-sozialen Folgen dieser Entwicklung treffend: „Diese Überwachung wird den freiheitlichen Geist der früher sogenannten ‚freien Welt‘ zerschneiden, weil die Überwachung es verhindert, schöpferisch zu sein. Kreativität verlangt, dass man sich abweichendes Verhalten erlauben kann, dass man Fehler machen darf. Wer überwacht wird, verhält sich konform.“

Der humboldtsche Homo politicus, der gebildete kritische Bürger, soll abgelöst werden vom angepassten Homo oeconomicus.

Das ist die eigentliche Gefahr der Massenüberwachung. Sie erzieht zur Konformität. Sie kultiviert vorauseilenden Gehorsam. Sie züchtet Selbstzensur. Die Dynamik der Selbstzensur entwickelt sich unabhängig davon, ob wirklich konkret im Einzelfall überwacht wird. Es reicht die abstrakt-konkrete Möglichkeit, überwacht zu werden. Damit verschwindet nämlich die Gewissheit, dass man in Ruhe und

Frieden gelassen wird. Und damit verschwindet die Privatheit; und mit ihr verschwindet die Unbefangenheit. Der Verlust der Unbefangenheit ist eine Form der Gefangenschaft; sie ist ein Verlust der Freiheit. Die Überwachungsmacht veranlasst die Menschen, sich selbst in Gefangenschaft zu nehmen.“

Die Entdemokratisierung und Aufhebung der Privatsphäre erfolgen schleichend, auch weil die Digitalisierung mit Illusionen von grenzenloser Information und neuer Demokratie vermarktet wird. Die Menschen tappen in die Freiheitsfalle, weil die Repression nicht offen ist.

Die Diktatur ist smart und effektiv. Im Gegensatz zu bisherigen Diktaturen, sagt der Soziologe Harald Welzer, schafft die Digitalisierung „ein viel unauffälligeres und zugleich wirksameres Machtmittel, nämlich die Beherrschung des Rückkanals, also aller Reaktionen auf die Angebote und Entwicklungen der smarten Diktatur. Solche Herrschaft kann kontrollieren, was die Beherrschten selbst zu sein glauben und sein wollen. Das ist herrschaftstechnisch die innovativste

Übergangszone ins Totalitäre. Das kannten wir noch nicht.“ Eine Meisterleistung der Psychopolitik und des Marketings. „Sie sind die Laborratte, die die Daten liefert, mit deren Hilfe Sie manipuliert werden.“

Die Meinung „Ich habe eh nichts zu verbergen“ ist nichts anderes, als wenn man sich nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung schert, weil man „eh nichts zu sagen hat“. Welzer nennt dies einen „Selbstent-

BUCHTIPPS

Harald Welzer
Die smarte Diktatur
Der Angriff auf unsere Freiheit
Fischer Taschenbuch,
Oktober 2017
320 Seiten, 10,99 Euro
978-3-596-03552-6

Kai Schlieter
Die Herrschaftsformel
Wie Künstliche Intelligenz uns berechnet, steuert und unser Leben verändert
Westend, Sept. 2015
272 Seiten, 19,99 Euro
978-3-86489-108-3

Frank Schirrmacher (Hrsg.)
Technologischer Totalitarismus
Eine Debatte
Suhrkamp, Mai 2015
283 Seiten, 15,00 Euro
978-3-518-07434-3



mündigungsfatalismus“. Die historischen Erfahrungen der Nazi-Zeit, aber auch der Kommunisten- und Homosexuellenverfolgung in der Adenauer-Ära, der Schwarzen Listen von Unternehmensverbänden und nicht zuletzt der Stasi-Zeit in der DDR werden verdrängt.

Wir liefern heute schon auf Vorrat die Daten – auch über politische Netzwerke! –, auf deren Basis morgen eine mögliche rechtsradikale Regierung den Widerstand unterdrücken kann und wird. So forderte der AfD-Abgeordnete André Poggenburg im Magdeburger Landtag, „linksextreme Lumpen“ müssten „von deutschen Hochschulen verbannt“ und „praktischer Arbeit zugeführt werden“. Außerdem wünschte er sich, „diese Wucherung am deutschen Volkskörper endgültig loszuwerden“.

Framing 4.0: Begriffe wie „Smart-Phone“, „SmartSchool“, „Smart-Home“, „SmartFactory“ und „Smart-City“ kaschieren den Weg in den digitalen Totalitarismus – davor warnen mit einem „Digital-Manifest“

Die angebliche Individualisierung des Lernens durch digitale Medien ist eine Entmündigung und ein Milliarden-Geschäft.

neun Experten. Sie verweisen dabei auf China und dessen Konzept des „Citizen Scores“, eines mithilfe einheimischer Internetkonzerne entwickelten Einwohner-Bewertungssystems, das aus den unablässig gesammelten persönlichen Daten eine öffentlich einsehbare Punktezahl generiert: „Durch Vermessung der Bürger auf einer eindimensionalen Rankingskala ist nicht nur eine umfassende Überwachung geplant. Da die Punktezahl einerseits von den Klicks im Internet und politischem Wohlverhalten abhängt, andererseits aber die Kreditkonditionen, mögliche Jobs und Reisevisa bestimmt, geht es auch um die Bevormundung der Bevölkerung und ihre soziale Kontrolle. Weiterhin beeinflusst das Verhalten der Freunde und Bekannten die Punktezahl, womit das Prinzip der Sippenhaft zum Einsatz kommt: Jeder wird zum Tugendwächter und zu einer Art Blockwart; Querdenker werden isoliert. Sollten sich ähnliche Prinzipien in demokratischen Staaten verbreiten, wäre es letztlich unerheblich, ob der Staat die Regeln dafür festlegt oder einflussreiche Unternehmen. In beiden Fällen wären die Säulen der Demokratie unmittelbar bedroht.“

Die Fehleinschätzung der Risiken der digitalen Überwachung hatte in den Bewegungen des Ara-

bischen Frühlings tödliche Folgen. Strukturen und Netzwerke des Widerstandes wurden aufgedeckt, Führungspersonen identifiziert, verhaftet, gefoltert und auch getötet. Die Illusion der „Liquid Democra-

cy“ führte zu ihrer Liquidierung. Auch den Massenentlassungen und Verhaftungen in der Türkei ging die digitale Überwachung und Identifizierung voraus.

Wir erleben aktuell eine politisierte Big-Data-Diskussion. Brauchen wir Big Data und die Vorrats-

Kreativität verlangt, dass man sich abweichendes Verhalten erlauben kann. Wer überwacht wird, verhält sich konform.

datenspeicherung für unsere Sicherheit? Big Data und die Entwicklung von Algorithmen hatten ihren Ursprung in der Kriegsführung im Ersten Weltkrieg, um Feindobjekte bei der AWACS-Aufklärung sicher zu identifizieren. Sind es aber nicht gerade diese Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte, geführt mithilfe digitaler Techniken, die uns als ein Ergebnis den Terrorismus bescherten?

Mit Big Data den Terrorismus in den Griff bekommen zu wollen, ist ein Kurieren an Symptomen, während man den Krankheitsherd selbst fortwährend befeuert. Trotz künstlicher Intelligenz, gigantischer Datenvolumen und der ständigen Perfektionierung der Überwachung bekommen die Herrschenden weder die Probleme Europas, weder die Kriege im Nahen Osten noch

die Klimaerwärmung in den Griff, sondern vertiefen das Chaos. Die Auswüchse und Opfer dieses Chaos sollen mit Überwachung und Manipulation gebändigt werden, um eben dieselbe Politik weiterführen zu können – ein systemimmanenter, unlösbarer Widerspruch.

Deshalb ist das System infrage zu stellen. Vor 100 Jahren, im Jahr 1918, taten das deutsche Arbeiter, aber ihre Revolution scheiterte und 15 Jahre später übernahmen die Nazis die Macht. Vor 50 Jahren, im Jahr 1968, gingen die Studenten auf die Straße, die Gesellschaft öffnete sich für Reformen, doch es folgte der neoliberale Rollback. Besorgt sehen wir aktuell die Entwicklung nach rechts zum digitalen Totalitarismus und das Aufkommen neuer

faschistischer Strömungen. 1918 – 1968 – 2018 – es ist Zeit für neue grundsätzliche Diskussionen, wohin sich unsere Gesellschaft entwickeln soll. ■

Peter Hensinger,
Jahrgang 1948,
studierte Germanistik,
Linguistik und Pädagogik,
erlernte anschließend den
Beruf des Druckers,
übte ihn aus, wechselte dann in die
Psychiatrie und war dort 20 Jahre als
Gruppenleiter tätig. Bei der Verbraucherschutzorganisation „Diagnose-Funk e. V.“ ist er Vorstandsmitglied und Leiter des Bereichs „Wissenschaft“.



Pädagogik

Es geht um die Grundpfeiler humanistischer Bildung

Bei der Digitalisierung der Schulen ist der pädagogische Diskurs aktuell nicht bestimmend – auch weil es sich hier um kein genuin pädagogisches Thema handelt. Doch angesichts der Forderungen, die an die Schulen herangetragen werden, sollten Pädagogen, Erziehungsforscher und angrenzende Disziplinen deutlich machen: Bildung ist vor allem auch Persönlichkeitsbildung.

von Markus Reinisch

Big Data hat seit einigen Jahren auf vielfältigste Weise Einfluss auf fast alle Bereiche unserer digitalisierten Lebenswelt genommen. Durch Statistiken, Algorithmen und das Sammeln von Daten in systematischem Stil werden einerseits Medien-, Konsum-, Informations- und sonstiges Verhalten von Menschen gezielt vermessen und analysiert; andererseits tragen über Sensoren vernetzte Geräte zur „Datafizierung“ des Alltags bei – das sogenannte „Internet der Dinge“.

Schlagwörter wie „digitale Identität“, „Digital Humanities“ und „digital vernetzte Öffentlichkeit“ verweisen darauf, dass Big Data auch in der Geistes- und Sozialwissenschaft zu einem wichtigen For-

sondere deren Teildisziplin, die Medienpädagogik, indem immer mehr Forderungen laut werden, bei Lern- und Bildungsprozessen in Schule, Aus- und Weiterbildung auf die digitalen Medien und die Big-Data-Entwicklungen zu reagieren. Doch gilt es, die Forderungen genau unter die Lupe zu nehmen, vor allem mit Blick darauf, von welcher Seite (z.B. Industrie), mit welchen Intentionen (z.B. Kommerzialisierung und Profitsteigerung) und unter welchem Deckmantel (z.B. „Steigerung der Medienkompetenz“) sie an die Pädagogik herangetragen werden.

„Welche Art von Wissenschaft wollen wir?“, fragt der Schweizer Philosoph Eduard Kaeser. „Eine, die mit Algorithmen in Datenminen

Prozesse in Theorie und Praxis schwer zu vereinen. Das sei anhand von drei Aspekten aufgezeigt.

Aspekt 1: Ein verkürzter Wissensbegriff ...

..., der eine neue Qualität von Wissen suggeriert.

Wenn ein Mehr an Daten dazu genutzt wird, um Bewertungen menschlichen Verhaltens zu verbessern, ist dies z.B. in der Verbrechensbekämpfung oder in der Medizin sicherlich von Vorteil. Doch das Daten-Plus und die erwarteten Erkenntnisse daraus können weder die Bewertungen selbst ersetzen, noch erscheinen sie in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens sinnvoll. Sie erleichtern sicherlich den Zugang zum Wissen – oder genauer gesagt: zu Informationen, aus denen man Wissen generieren kann.

Aber kann unsere individuelle Konstruktion von Wissen derart positiv beeinflusst werden, dass Big Data als neue technologische Verheißung in Schulen gerechtfertigt ist? Ralf Lankau, Kunstpädagoge und Medienwissenschaftler, beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein und sieht Digitalisierung von Unterricht als „De-Humanisierung“. Für ihn sind Bildungspro-

schürft, oder eine, die unsere Imagination in ihren Dienst nimmt, unser Vermögen, die Welt neu und anders zu denken? Wollen wir Ereignisse voraussagen, oder wollen wir sie verstehen?“ Aus bildungstheoretischer Sicht ist das Prinzip von Big Data mit den Zielen pädagogischer



Grafik: general/oxabay.com

zesse „exakt das Gegenteil dessen, was z.B. eLearning-Anbieter mit der algorithmisch berechneten Zuweisung von Lernstoff-Paketen und der vollständigen Vermessung der Lernenden praktizieren“.

Wenn Individualisierung als Unterrichtsprinzip umgedeutet wird

werden, mutet dies wie ein positivistisches Denken an. Der Medienwissenschaftler Florian Püschel erkennt „in der derzeitigen allgemeinen Dateneuphorie auch eine Wiederkehr des Positivismus“ und warnt vor einer „Vereinheitlichung des Wissens“ durch eine rein „naturwissen-

Nur weil alles in Zahlen ffügbar ist, heißt dies eben nicht, dass von einer neuen Qualität des Wissens insgesamt gesprochen werden kann.

in die Frage, welche Lernmodule ein Schüler aufgrund von Berechnungen automatisch auf sein Tablet gespielt bekommt, wenn permanent Lernschritte vermessen und Profile angelegt werden, wenn eine Software Lernende evaluiert, muss kritisch angefragt werden: Welcher Wissens- und Bildungsbegriff steckt hier dahinter?

Es scheint die Vorstellung zu sein, Wissen lasse sich auf den durch Big Data verbesserten Zugang zu Daten und Informationen reduzieren. Wenn zudem anklingt, die Wirklichkeit sei die Summe von Big Data und deren optimierten Analysen oder Big Data bilde die Wirklichkeit umso genauer ab, je mehr Daten aus umso mehr Lebensbereichen erfasst

schafftliche Art und Weise der Annäherung an Weltkomplexität“.

Die Bergwerk-Metaphern des „Data Mining“ und „Digging into Data“ versprechen mit einer Goldgräber-Stimmung, dass Schätze gehoben und ungeahnte Dimensionen an Wissenswertem zutage gefördert werden. Doch sind es in erster Linie Daten, die gewonnen und in einem bestimmten Kontext zu relevanten Informationen werden. Dass diese in einem weiteren Prozess der kognitiven Durchdringung zu Wissen werden müssen, damit das Daten-Schürfen einen Sinn macht, wird oft verschwiegen.

Es braucht eine klare Vorstellung davon, wie die riesige Ansammlung von Daten im Zuge begreifenden

ONLINETIPPS

Eduard Kaeser
Eingeweidelesen auf hohem Niveau
Neue Züricher Zeitung,
04.06.2016
<http://t1p.de/m1ec>

Ralf Lankau
Bildung 4.0: Per Algorithmus automatisch klug?
Gesellschaft für Bildung und Wissen, 22.12.2015
<http://t1p.de/d1lx>

Ralf Lankau
Gegen die Ökonomisierung des Bildungswesens
Gesellschaft für Bildung und Wissen, 14.11.2015
<http://t1p.de/i31e>

Florian Püschel
Big Data und die Rückkehr des Positivismus
Mediale Kontrolle unter Beobachtung, 3.1/2014
<http://t1p.de/x1ve>

Gerda Sieben, Henrike Boy
Medienkritik 4.0
merz – medien+erziehung,
2016/04
<http://t1p.de/2vhi>

Durchdringens strukturiert zu Wissen werden kann. Nur weil alles mess-, quantifizierbar und effektiver in Zahlen ffügbar ist, heißt dies eben nicht, dass von einer neuen Qualität des Wissens insgesamt gesprochen werden kann.

Aspekt 2: Eine neue Erkenntnisgewinnungsmethode ...

..., die mit Korrelationen anstatt mit Kausalitäten operiert.

„DDDM – Data Driven Decision Making“ lautet das Credo der angestrebten Erkenntnisgewinnung durch Big Data. Aus pädagogischer Sicht gilt es, kritisch zu beobachten, um welche Erkenntnisse es bei der Big-Data-Analyse geht, welche Aspekte der sozialen Wirklichkeit durch Big Data besser verstanden und voraussagbar gemacht werden sollen, wozu die algorithmisch errechneten Muster eingesetzt werden, was in welchen Lebensbereichen damit entschieden und gesteuert wird. Und vor allem ist immer die Frage zu stellen: Wer tut dies alles? Denn Maschinen alleine können keine übergeordneten Folgeentscheidungen treffen. Die Anhänger eines reinen Technikoptimismus, die solche Fragen nicht für diskussionswürdig erachten, „drücken einen neuartigen Positivismus aus, der nicht nur die Forschungslogik, sondern auch die Forschungspolitik imprägniert, um nicht zu sagen: einseitig“, meint Kaeser.

Es wird – auch darauf muss die Pädagogik aufmerksam machen – bei Big-Data-Analysen mit Korrelationen statt mit kausalen Beziehungen operiert. Computer-Simulationen, Algorithmen und Daten-Abgleich ersetzen das an Beweisen orientierte Arbeiten mit Modellen und Theorien. Der Kulturwissenschaftler Byung-Chul Han sieht den Daten-Hype äußerst kritisch und weist darauf hin, dass Daten alleine weder Erkenntnisse noch Zusammenhänge liefern. Er stellt dazu fest: Das „Es-ist-so“ ersetzt das „Warum?“. Zu den Kernaufgaben der Pädagogik gehört, in Lernprozessen die Frage nach dem „Wieso?“ zu stellen und nicht alles

als gegeben hinzunehmen und positivistisch zu übernehmen.

Einer Sache auf den Grund zu gehen, Problemfragen herauszuarbeiten, Hypothesen zu erstellen, Ursachenforschung zu betreiben mit dem in einer Wissenschaft zur Verfügung stehenden methodischen Instrumentarium und so Erkenntnisse zu gewinnen – all dies werde mit Big Data überflüssig, glaubt man dem viel zitierten „Wired“-Chefredakteur Chris Anderson: „Raus mit allen Theorien menschlichen Verhaltens! Hat man erst einmal genug Daten, sprechen die Zahlen für sich selbst.“ Das Ende der Theorien also?

Aspekt 3: Eine Fortsetzung der Fremdbestimmung ...

..., in der „Profile“ statt „Persönlichkeiten“ dominieren.

Was zunächst bequem erscheint – ohne sich selbst anstrengen zu müssen, erhält man regelmäßig Infos in seine „Timeline“ und algorithmisch

den Eingriff in die Selbstbestimmung und Selbststeuerung des lernenden Individuums dar. Was im Web 2.0 mit der zunehmenden Preisgabe von relevanten Daten, der Personalisierung und Profilerstellung begann, erfährt in Big-Data-Anwendungen seine Fortsetzung. Intransparente Datenanalyse mittels „smarter“ Tools, „Score-Werte“, die unser Leben bestimmen können (z. B. Kreditwürdigkeit), Profile statt Persönlichkeiten – all dies sind Zeichen einer schleichenden Fremdbestimmung, der aus pädagogischer Sicht aufklärerisch entgegengewirkt werden muss. Dabei stellt sich auch die Frage, welche Wirtschaftslobby und Unternehmen Big-Data-Analytics auch für Bildungsbereiche einfordert.

Es geht nicht darum, neue bewährte pädagogische Ansätze zu formulieren und alles Digitale aus den Schulen zu verbannen, sondern vielmehr um die Grundpfeiler huma-

Zu den Kernaufgaben der Pädagogik gehört, in Lernprozessen die Frage nach dem „Wieso?“ zu stellen und nicht alles als gegeben hinzunehmen.

berechnete Empfehlungen –, ist aus pädagogischer Sicht durchaus problematisch. Denn neben Einkaufsempfehlungen und Vorhersagen sind dies auch Angebote zur politischen Meinungsbildung, zur Willensbildung, zur Teilnahme an bestimmten Diskussionen, kurzum: zur Informationssuche und Wissensgenerierung im Rahmen des individuellen Bildungsprozesses.

Wenn irgendwer (oder irgendwas) definiert, welche Informationen vermeintlich relevant sind, welche vorenthalten werden, dann stellt dies einen ernst zu nehmen-

nistischer Bildung: Die Pädagogik muss in einer Zeit der zunehmenden Datafizierung den vielseitig gebildeten Bürger einfordern anstatt einen durch Echokammern und Filterblasen eingeengelt denkenden, fremdbestimmten Menschen. Für ihre Teildisziplin Medienpädagogik heißt dies, mit einem stark an der politischen Bildung orientierten Ansatz von Medienkompetenz und -kritik zu arbeiten, um einen kritisch-reflexiven Umgang mit Medien und Daten zu ermöglichen.

Zur Bildung eines Menschen gehört wesentlich auch die Persönlichkeitsbildung. Sie ist, wie Lan-

kau betont, unter Voraussetzungen des kommunikativen Miteinanders, durch Wertevermittlung, Tugenden und Einfühlungsvermögen, Diskussionen eher möglich als durch algorithmisch errechnete und digital präsentierte Lerneinheiten oder durch „Massive Open Online Courses“ (MOOC), die zur Vereinzelung

Medienbildung heißt auch, gesellschaftliche Problembereiche wie Fremdbestimmung/Kontrolle und Datenschutz/Privatheit zu thematisieren.

beitragen. Lankau zitiert und zerpfückt die Kernaussagen des 2015 erschienenen Buches „Die digitale Bildungsrevolution“, deren Autoren Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt für Bertelsmann und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) arbeiten. Er weist aus pädagogischer Sicht gut nachvollziehbar darauf hin, dass es sich bei den Intentionen lediglich um „Partikularinteressen einer finanziell gut aufgestellten Stiftung“ handelt und diese „Privatinteressen als Bildungspolitik“ ausgegeben werden.

Medienkompetenz und umfassende Medienbildung

Um dieserart Persönlichkeitsbildung gerecht werden zu können, lassen sich drei Grundforderungen an die Medienpädagogik formulieren:

a) Sie muss vernetzt sein mit technischen Disziplinen, wie der Informatik und Ingenieurwissenschaft, aber auch mit verwandten, wie der Medien- und Kommunikationswissenschaft. Darüber hinaus gilt es, medienethische, politische, ökonomische und gesellschaftliche Fragestellungen aufzunehmen. Nur so lässt sich

b) ein zeitgemäßer „Medienkompetenz“-Begriff aufstellen, der fernab von technokratischen und wirt-

schaftspolitischen Zielen Forderungen an den mündigen, reflektierenden Mediennutzer stellt. Denn wenn digitale Medien auf die Funktion als „Wirtschaftsfaktoren“ reduziert, „Public Privat Partnerships“ (PPP) zwischen großen Konzernen etabliert und dabei Bildungsinstitutionen ins Boot geholt werden, ist aus

medienpädagogischer Sicht Vorsicht geboten. Es ist hier eher der umgekehrte Weg zu gehen, „zu reflektieren, ob die Digitalisierung von Unterricht und Lernprozessen überhaupt möglich, sinnvoll und/oder wünschenswert ist“, wie Lankau es fordert.

c) Bevor Bildungsoffensiven wie „Bildung 4.0“ in Nordrhein-Westfalen gestartet werden, sollte weiterhin geklärt werden, ob im Rahmen einer umfassenden Medienbildung genuin pädagogische Kategorien wie „Mündigkeit“, „selbstbestimmte Nutzung“, „eigenverantwortlicher Umgang“, „soziale Verantwortung“ oder „kritisch-reflexive Betrachtung“ bei allem Umgang mit digitalen Medien im Mittelpunkt stehen.

Die Medienpädagoginnen Gerda Sieben und Henrike Boy sprechen von einer stark an der politischen Bildung orientierten „Medienkritik 4.0“. Diese „nimmt die neuen Wirkungen von vernetzten und algorithmisierten Medien auf, untersucht die Erzeugung von Ergebnissen sowie das Darstellungs- und Manipulationspotenzial dieser Prozesse“. Nur so lassen sich humanistische Bildungsideale mit den Herausforderungen einer digitalen Welt vereinbaren.

BUCHTIPPS

Byung-Chul Han
Die Austreibung des Anderen
 Gesellschaft, Wahrnehmung und Kommunikation heute
 S. Fischer, Juli 2016
 112 Seiten, 20,00 Euro
 978-3-10-397212-2

Chris Anderson
Das Ende der Theorie
 in:
 Heinrich Geiselberger,
 Tobias Moorstedt (Hrsg.)
Big Data
 Das neue Versprechen der Allwissenheit
 Suhrkamp, Oktober 2013
 309 Seiten, 14,00 Euro
 978-3-518-06453-5

Medienbildung heißt somit auch, die durch Big Data bzw. Big Data Analytics auftretenden (oder sich verstärkenden) gesellschaftlichen Problembereiche wie Fremdbestimmung/Kontrolle und Datenschutz/Privatheit in (außer)schulischen Kontexten so zu thematisieren, sodass eine fundierte Meinungsbildung möglich ist. Und damit nicht gilt, was Han diagnostiziert: „Wir überlassen uns bedenkenlos dem Es-ist-so.“

Markus Reinisch,
 Jahrgang 1978,
 studierte Lehramt für Grundschulen und ist seit 2007 als Mittelschullehrer tätig. Seit 2004 engagiert er sich ehrenamtlich im kirchlichen Bereich, unter anderem als Pfarrgemeinderatsvorsitzender.

markus.reinisch@gmx.de



Digitale Bildung

„Eine treibende Kraft ist die Bertelsmann Stiftung“

Obwohl die „Digitale Bildung“ bei vielen Pädagogen auf starke Skepsis stößt, setzt die deutsche Politik große Hoffnungen in sie und treibt ihre Einführung mit großer Vehemenz voran. 2016 initiierte sie den „Digitalpakt#D“ und sagte den Bundesländern für die Ausstattung ihrer Schulen mit Computern und WLAN 5 Mrd. Euro Unterstützung zu. Warum?

Interview mit Dr. Matthias Burchardt

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Burchardt, in den letzten Jahren schaffte es die „Digitale Bildung“, auf der politischen Agenda weit nach oben zu gelangen. Ist sie tatsächlich so wichtig? Oder was steckt hier dahinter?

Dr. Matthias Burchardt: Dahinter steckt neben den interessierten Branchenvertretern wie Bitkom auch wieder einmal die Bertelsmann Stiftung. Die ist bekanntlich in vielen gesellschaftlichen Bereichen aktiv und gibt die Richtung vor, im Bildungsbereich aber ist sie natürlich besonders ehrgeizig.

Warum gerade im Bildungsbe-
reich?

Die Bertelsmann Stiftung und die Bertelsmann AG sind eng verflochten. Die Stiftung formt unsere Gesellschaft nach dem neoliberalen Modell um – und die AG profitiert davon. Als Medienkonzern hat die AG gleich ein doppeltes Interesse an der Durchsetzung „Digitaler Bildung“: Zum einen investierte sie große Summen in die Entwicklung diverser Lernsoftware, die sie natürlich nun den Schulen verkaufen will. Zum anderen hat sie – wie wohl alle IT- und Medien-Konzerne – einen großen Datenhunger. Stichwort: „Daten sind das neue Öl!“ Wer es schafft, seine Lernsoftware an den

Schulen zu implementieren, erhält dadurch von allen Schülern praktisch ein umfassendes Persönlichkeitsprofil: eine Totalanalyse aller Stärken und Schwächen, aller Talente, Neigungen, Interessen, Vorlieben, Gewohnheiten und Stimmungen. Und „von allen Schülern“ bedeutet: in einigen Jahrzehnten quasi von

sind Banken bei der Vergabe von Krediten. Die haben ein starkes Interesse, die Kreditausfallwahrscheinlichkeit möglichst exakt vorherzusagen zu können. In China wird gewissermaßen „human ranking“ vorangetrieben. Da geht es nicht nur um finanzielle Bonität, sondern auch um politische Konformität

„Die Bertelsmann AG investierte große Summen in die Entwicklung von Lernsoftware, die sie nun den Schulen verkaufen will.“

allen Bürgern. Der Wert dieser Daten ist gewaltig. Die kann man dann für die eigenen Konzerninteressen nutzen, aber auch gewinnbringend verkaufen.

Zu welchem Zweck kauft jemand solche Daten?

Personalentwickler bei Unternehmen beispielsweise. Statt sich bei Stellenbewerbern auf die beschränkte Aussagekraft von Schul- und Hochschulzeugnissen verlassen zu müssen, erhalten sie ein exaktes psychologisches Profil. Das werden dann wieder spezielle Softwareprodukte aus, die vielleicht auch von Bertelsmann entwickelt und vertrieben werden. Ein anderes Beispiel

als Kriterium bei der Vergabe von Sozialchancen. Wer die falschen Internetseiten aufruft, muss befürchten, dass die eigenen Kinder nicht zum Studium zugelassen werden.

Wie sieht „Digitale Bildung“ aus?

Das Erlernen von nützlichen Programmen zur Textverarbeitung, Präsentation oder Tabellenkalkulation hat ja noch durchaus Sinn. Das sind Kulturtechniken, die wir brauchen. Bildung am Gegenstand des Digitalen wäre auch wichtig: Wie werde ich vom Konsumenten vorgefertigter Produkte zum kreativen Gestalter einer humanen Zukunft? Was ist das kybernetische Modell? Was können künstliche



Dr. Matthias Burchardt, Jahrgang 1966, studierte Philosophie, Germanistik, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften. Seit 2005 ist er als Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie, Anthropologie und Pädagogik der Lebensspanne an der Universität zu Köln tätig. Außerdem ist er seit 2010 Vertreter der Geschäftsführer der Gesellschaft für Bildung und Wissen (GBW) und auch engagiert im Bündnis für humane Bildung.

m.burchardt@uni-koeln.de

Intelligenz und Big Data wirklich? Welche ethischen und politischen Probleme folgen aus der Massenüberwachung? Es geht leider bei den aktuellen Debatten nur darum, Geräte und Anwendungen in die Einrichtungen zu tragen, um Bildung und Erziehung immer mehr den Computern zu übertragen. Die Schüler lernen dann nicht mit dem Lehrer im Klassenverband, sondern individuell am PC. Lehrer werden dadurch weitgehend überflüssig. „Die Lernsoftware beobachtet und speichert minutiös, wie und in welchem Tempo ein Schüler lernt. Jeder Mausklick, jeder Tastenschlag, jede richtige und jede

falsche Antwort, jeder Seitenaufruf und jeder Abbruch wird erfasst und analysiert. Komplexe Algorithmen konzipieren individuelle Lernwege und schnüren individuelle Lernpakete für jeden einzelnen Schüler. Inhalt und Tempo passen sich fortlaufend an. Wahrscheinlich braucht es dann bald auch gar keine Prüfungen mehr, weil das Persönlichkeitsprofil, das die Software erstellt,

fundierter fachlicher Bedenken wird also die Einführung der „Digitalen Bildung“ mit aller Macht vorangetrieben. Und eine treibende Kraft: Das ist eben unter anderem die Bertelsmann Stiftung.

Wieso ist die Bertelsmann Stiftung so einflussreich?

Sie verfügt über ein riesiges Vermögen, ausgefeilte Konzepte, hervorragende Kontakte zur Politik

„Ein Persönlichkeitsprofil von allen Schülern bedeutet: in einigen Jahrzehnten quasi von allen Bürgern. Der Wert dieser Daten ist gewaltig.“

viel aussagekräftiger ist.“ So wirbt Bertelsmann für die schöne neue Lernwelt.

Was sagen Sie als Bildungswissenschaftler dazu?

Wer den Stand der wissenschaftlichen Forschung kennt, der weiß, dass Smartphones und Tablets als Lernmittel im Unterricht eher schaden als nützen – von möglichen Gesundheitsschäden durch den vom WLAN erzeugten Elektromagnetismus ganz abgesehen. Wer die Bildung tatsächlich verbessern will, der investiert nicht in Technik, sondern in die Ausbildung und die Anstellung von Lehrkräften. Denn von zentraler Bedeutung ist auch in Zukunft die Vermittlung der traditionellen Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen. Sie sind die Basis für Bildungsprozesse sowohl mit analogen als auch mit digitalen Medien. Dennoch beschlossen die Kultusminister der Länder im Juni 2017, den „Digitalpakt#D“ der Bundesregierung umzusetzen, um etwas von den 5 Mrd. Euro abzukriegeln, die Bundesbildungsministerin Johanna Wanka für den Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Schulen in Aussicht stellte. Trotz

und über mediale Macht: Gruner & Jahr, Random House, RTL-Gruppe, um nur die wichtigsten Medienkonzerne zu nennen. Da die Stiftung als gemeinnützig anerkannt ist, kann sie ihre Aktivitäten praktisch über nicht zu zahlende Steuern finanzieren. Das alles versetzt sie in die Lage, auf vielen gesellschaftlichen Feldern wirkungsvoll zu agieren. Und das tut sie äußerst geschickt. Ihr interner Leitfaden „Die Kunst des Reformierens“ beschreibt sehr präzise, wie strategisch vorzugehen ist. Es sind letztlich immer drei Schritte: Agenda-Setting – Entscheidungsphase – Implementierung. Und für jeden Schritt gibt es konkrete Handlungsanweisungen.

Wie läuft ein Agenda-Setting ab?

Über die Veröffentlichung von Studien oder über inszenierte Ereignisse wie beispielsweise die berühmte Ruck-Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog sorgt man dafür, dass ein bestimmtes Thema Aufmerksamkeit erregt. Und die wird dann dauerhaft am Köcheln gehalten. Durch ständige Wiederholung weniger Kernaussagen, Botschaften und Slogans wird ein Klima erzeugt, das der Politik und

Öffentlichkeit akuten Handlungsbedarf suggeriert. Und gleichzeitig dürfen diejenigen, die es wirklich betrifft, kaum oder gar nicht zu Wort kommen. Bertelsmann versteht es hervorragend, die Meinungsführerschaft zu erringen und zu verteidigen.

Was passiert in der Entscheidungsphase?

Das gezielte Erzeugen öffentlicher Aufregung dient dazu, Druck aufzubauen und politische Entscheidungen

heute noch hervorragend funktioniert. So können die „Reform-Gegner“ nichts verhindern, auch wenn sie eigentlich die Mehrheit darstellen.

Was geschieht bei der Implementierung?

Hier geht es nun darum, Menschen, die die „Reformen“ meist gar nicht wollten und bislang ausgeschlossen oder gegeneinander ausgespielt wurden, in den „Reformprozess“ einzubinden. Dafür dienen ein ausgeklügeltes Akzeptanzma-

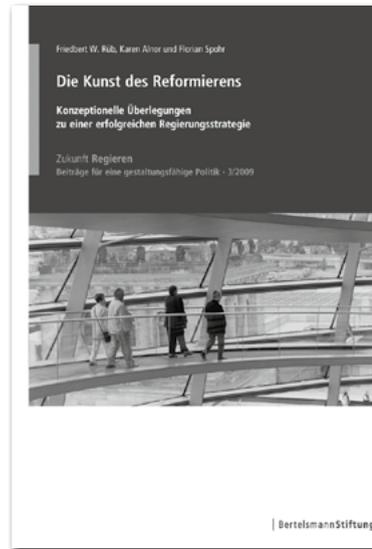
„Wer den Stand der wissenschaftlichen Forschung kennt, der weiß, dass Smartphones und Tablets als Lernmittel im Unterricht eher schaden als nützen.“

gen herbeizuführen. Die „Reform-Gegner“ werden dabei neutralisiert, indem man sie geschickt gegeneinander ausspielt. „Divide et impe- ra“ – ein uraltes Prinzip, das auch

nagement und die instrumentelle Nutzung von Gremien. Akzeptanz entsteht durch Identifikationsstrategien, die den Beteiligten suggerieren, ihre wesentlichen Anliegen kämen nun endlich zur Geltung – wenn auch in leicht veränderter Form. Gremien wahren den demokratischen Schein, doch schon durch deren Zusammensetzung wird dafür gesorgt, dass die „richtigen“ Mehrheiten garantiert sind und die „richtigen“ Entscheidungen fallen. Skeptiker, Kritiker und Gegner der „Reform“ werden einbezogen und kommen zu Wort, können aber keine wirkliche Gestaltungsmacht entfalten. Ihr „Input“ ist aber durchaus erwünscht, weil er bei der konkreten Umsetzung des „Reformrahmens“ nützlich sein kann. Grundsätzlich infrage gestellt werden darf die „Reform“ nicht mehr.

Und das funktioniert immer so einfach?

Damit es funktioniert, wird dauerhaft Druck erzeugt: durch gebetsmühlenartiges Wiederholen



Der Bertelsmann-interne Leitfaden gibt präzise Anweisungen, wie strategisch vorzugehen ist.

der Slogans, durch gezieltes Anstoßen und Lenken von Debatten, durch Diskreditieren der Kritiker, durch Etablieren von Standards und Modellen, durch Besetzen zentraler Begriffe. Eine wirksame Maßnahme ist auch das Schaffen strategischer Querschnittszentren – sogenannte „Steuergruppen“ oder „task-forces“ –, die oft ohne nachvollziehbare Legitimation „von der Seite“ in bestehende Hierarchien intervenieren, Verfahrenssicherheiten außer Kraft setzen und Zuständigkeiten wie Hütchenspieler hin und her schieben können. Hilfreich ist auch, eingespielte Strukturen zu zerschlagen und ein Klima von Konkurrenz und gegenseitigem Misstrauen zu schaffen.

Welches Politik- und Demokratieverständnis liegt dem zugrunde?

Die Grundhaltung der Bertelsmann Stiftung beurteilen Kritiker als post- oder prägnanter als antidemokratisch. Ergebnisoffene Diskurse – der Kern demokratischer Politik – sind unerwünscht.

Politik besteht für die Bertelsmann Stiftung primär im Vollzug einer Anpassungsleistung. Zentraler Bezugspunkt ist nicht der Volks-, Parlaments- oder Regierungswille, sondern ein angeblich objektiver Reformzwang. Mit dem ökonomischen Kriterium der Effizienz wird eine Zäsur im Politikverständnis etabliert. Zwar bleiben die Kulissen der Demokratie und die politische Folklore wie Wahlen, Parlamentsdebatten und Skandalrücktritte bestehen, doch die Gestaltungsmacht wird dem verfassungsmäßigen Souverän und seinen ermächtigten Repräsentanten immer mehr aus der Hand genommen. Vor diesem Hintergrund wird auch die zunehmende Indifferenz der etablierten Parteien nachvollziehbar. Sie sind in letzter Konsequenz nur noch konkurrierende Organisationen, die

„teiligung“ verschleiert die verfassungsmäßige Rolle des Volkes: Es ist der eigentliche Souverän, darf nun aber am „Katzentisch der Macht“ Platz nehmen und „großzügigerweise“ ab und zu mitreden. Oder nehmen wir die sogenannten „Bürgerhaushalte“, die in manchen Kommunen eingerichtet wurden: Die verschleiern die Tatsache, dass doch eigentlich der gesamte Kommunalhaushalt ein Bürgerhaushalt ist. Seltsam ist auch der von der Bertelsmann Stiftung kreierte Begriff der „Demokratiepolitik“: Er drückt aus, dass die Demokratie nur ein begrenzter Bereich oder ein Mittel des Politischen ist. Demokratische Prozesse und die Beteiligung der Bürger sind für die Bertelsmann Stiftung nur ein Mittel zum Zweck, nur dann sinnvoll, wenn sich durch deren Sachkenntnisse und Ideen die

„Wer die Bildung tatsächlich verbessern will, der investiert nicht in Technik, sondern in die Ausbildung und die Anstellung von Lehrkräften.“

bei Wahlen darum wetteifern, wer hinterher die „Reformen“ vornehmen darf. Die „Reformen“ werden als Sachzwänge dargestellt, dienen jedoch vor allem den Interessen einer kleinen Steuerungselite, die sich keiner Wahl stellen muss und niemandem Rechenschaft schuldet. Finanziert werden deren Aktivitäten aus Steuermitteln, denn entfele die Steuerbegünstigung der Stiftung, könnte der Staat die vermeintlichen Wohltaten der Stiftung selbst vollbringen – vorausgesetzt, er beurteilt sie in einem demokratischen Diskurs überhaupt als sinnvoll.

Die Bertelsmann Stiftung fiel aber auch immer wieder durch Forderungen nach mehr Bürgerbeteiligung auf. Ja, aber schon der Begriff „Be-

vorgegebenen Ziele besser erreichen lassen. Eine offensive Gestaltung oder Veränderung der Verhältnisse, aus denen die vermeintlichen Sachzwänge erwachsen, das ist überhaupt nicht vorgesehen.

Trotzdem hat die Bertelsmann Stiftung ein recht positives Image.

Ja, durchaus. Liz Mohn, Witwe des Bertelsmann-Patriarchen Reinhard Mohn und Aufsichtsratsmitglied der Bertelsmann Stiftung, pflegt eine freundschaftliche Nähe zu deutschen Spitzenpolitikern. Und 2001 veröffentlichte sie ein kleines Büchlein mit dem Titel „Liebe öffnet Herzen“. Sie versteht es hervorragend, sich und ihre Stiftung als selbstlosen Wohltäter zu inszenieren, der überall dort zur Stelle

BUCHTIPPS

Matthias Burchardt, Rita Molzberger (Hrsg.) **Bildung im Widerstand** Festschrift für Ursula Frost Königshausen & Neumann, Oktober 2017 206 Seiten, 39,00 Euro 978-3-8260-6067-0

Ullrich Mies, Jens Wernicke (Hrsg.) **Fassadendemokratie und Tiefer Staat** Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter Promedia, August 2017 272 Seiten, 19,90 Euro 978-3-85371-425-6

K. Zierer, J. Kahlert, M. Burchardt (Hrsg.) **Die pädagogische Mitte** Plädoyers für Vernunft und Augenmaß in der Bildung Klinkhardt, Juni 2016 250 Seiten, 18,90 Euro 978-3-7815-2101-8



ONLINETIPPS

Bundesministerium für Bildung und Forschung
DigitalPakt#D
<http://t1p.de/y6m7>

Stiftung Bildungspakt Bayern
Digitale Schule 2020
<http://t1p.de/xm3>

Bertelsmann Stiftung
Digitalisierung der Bildung
www.digitalisierung-bildung.de

LobbyControl
Bertelsmann Stiftung
<http://t1p.de/kgd9>

Bündnis für humane Bildung
aufwach(s)en mit digitalen Medien
www.aufwach-s-en.de

ist, wo Gesellschaft und Politik mit der „Zeitenwende“ überfordert sind. Der damalige EKD-Ratsvorsitzende Wolfgang Huber würdigte den 2009 verstorbenen Reinhard Mohn als „ehrbaren Kaufmann“, der sich von „christlichen Werten“ leiten ließ und deshalb eine Stiftung ins Leben rief, die Erträge des Unternehmens in „gemeinwohlorientierte Projekte“ investiert.

Und um was geht es der Bertelsmann Stiftung wirklich?

Es geht ihr um eine ökonomistische Modellierung aller Lebensbereiche und sicher auch um das Florieren der Geschäftsfelder der Bertelsmann AG.

Herr Dr. Burchardt, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Demokratie

„Mit welchem Recht gestalten Konzerne unsere Gesellschaft?“

Eine Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger erarbeitete eine „Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union“ und übergab diese am 5. Dezember 2016 in Brüssel den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Eine der Initiatorinnen erläutert die Hintergründe und die Ziele dieser Aktion – und wie es nun weitergeht.

Interview mit Yvonne Hofstetter

ÖkologiePolitik: Frau Hofstetter, wo braucht es eine „Charta der Digitalen Grundrechte“?

Yvonne Hofstetter: Wir haben zwar in Europa die bürgerlichen Grundrechte definiert, aber die müssen heute in unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaft ausgelegt und konkreter formuliert

Deutschland ist nicht das einzige Land in der Europäischen Union, das bestrebt ist, die Grundrechte in der digitalen Gesellschaft zu stärken. Italien und Frankreich denken auch darüber nach, außerhalb der EU hat Brasilien einen Entwurf vorgelegt. Die Reaktionen auf den deutschen Diskussions-



Yvonne Hofstetter, Jahrgang 1966, studierte Jura und ist seit 1999 in der IT-Branche tätig, seit 2009 als Geschäftsführerin eines Unternehmens für Künstliche Intelligenz. Seit Langem beschäftigt sie sich auch mit den Risiken der Digitalisierung für unsere Gesellschaft. Ihr Buch „Das Ende der Demokratie“ wurde auf der Frankfurter Buchmesse 2017 mit dem International Book Award als bestes deutsches Wirtschaftsbuch ausgezeichnet.

www.yvonnehofstetter.de

Zum einen, weil wir Initiatorinnen und Initiatoren hier leben. Zum anderen aber, weil Europa hier ein Vorreiter sein kann und auch sein sollte, ein Vorbild für den

werden. Und natürlich wollen wir mit der Charta auch eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft der digitalen Gesellschaft auslösen. Und über die Frage, wie man sie politisch gestalten kann. Der Text, den wir den Abgeordneten des Europäischen Parlaments übergaben, versteht sich deshalb auch nicht als Endfassung, sondern als ein erster Entwurf. Als ein Entwurf, dessen inhaltliche Qualität durch eine rege Diskussion und durch neue Anregungen reifen soll. Da kann es dann durchaus um jedes einzelne Wort gehen.

Wie haben die Abgeordneten auf die Charta reagiert?

entwurf waren sehr geteilt. Es gab Äußerungen von „Das brauchen wir nicht!“ bis „Das ist Stasi 2.0!“. Ich stelle immer wieder zweierlei fest: Erstens, dass der Gesetzgeber nur ungern regulieren will, weil er glaubt, dies behindere das Wirtschaftswachstum. Und zweitens, dass unsere Gesellschaft mit einem Verlust an Wahrheit zu kämpfen hat. Wieso ist jemand, der die Grundrechte der Bürger stärken will, „Stasi 2.0“? Gerade das Gegenteil ist doch der Fall! Der größte Aufreger war aber wohl die Überschrift des Entwurfs.

Warum wählten Sie die Europäische Ebene?



BUCHTIPPS

Yvonne Hofstetter
Das Ende der Demokratie
Wie die künstliche Intelligenz die Politik übernimmt und uns entmündigt
C. Bertelsmann, September 2016
512 Seiten, 22,99 Euro
978-3-570-10306-7



Yvonne Hofstetter
Sie wissen alles
Wie Big Data in unser Leben eindringt und warum wir um unsere Freiheit kämpfen müssen
Penguin, August 2016
352 Seiten, 10,00 Euro
978-3-328-10032-4



Dort werden von den Bürger rund um die Uhr sämtliche Daten gesammelt und ausgewertet. Sämtliche Online-Daten, die der Staat erfassen kann: über Smartphones, Fitnessarmbänder und andere Geräte. Aus diesen Daten wird ein Ranking erstellt. Das hat dann eine konkrete Rückkopplung auf den Alltag: Gutes Verhalten wird belohnt, bringt Vorteile, schlechtes Verhalten wird bestraft, bringt Nachteile. Ein „guter“ Bürger darf eine Auslandsreise

Rest der Welt. Das gilt etwa für die EU-Datenschutzgrundverordnung. Nirgendwo auf dem Globus gibt es ein vergleichbares Gesetz zum Schutz der Privatsphäre der Bürger im Internet. In den USA dominieren quasi monopolistische Konzerne. Sie verfolgen ihre eigenen Interessen, streben danach, ihren Profit zu vergrößern und ihre Machtposition auszubauen. China dagegen ist auf dem Weg in eine Technokratie. Die Digitalisierung dient der Regierung zur Sicherung und zum Ausbau ihrer Macht sowie zur Stärkung ihres autoritären Zentralstaates. In

Europa dagegen sind Demokratie und Rechtsstaatlichkeit noch stark ausgeprägt und in der Gesellschaft

„Die Gestaltung der Gesellschaft muss dem Gemeinwohl dienen, nicht den Profitinteressen von Konzernen.“

verwurzelt. Wenn auf dieser Welt digitale Grundrechte durchgesetzt werden können, dann wohl zuerst bei uns in Europa.

Wie sieht die Digitalisierung in China genau aus?

machen, bekommt den Staatsjob oder die Erlaubnis für ein zweites „schlechten“ Bürger? Jeder Selektionsmechanismus, der zwischen berechtigten und unberechtigten

Menschen, zwischen wertvollen und wertlosen Menschen unterscheidet, führt in ein Zeitalter der Barbarei – wir kennen das aus unserer eigenen Vergangenheit. Ein ähnliches Ranking-System etabliert sich allerdings aktuell auch in den USA. Die Chicagoer Polizei beispielsweise wertet die Daten ihrer Bürger aus: die Musik, die sie hören, die Stadtteile, in die sie gehen, und an-

„Die Einzigen, die unsere Gesellschaft aktiv gestalten dürfen, sind die Bürger selbst. Und die von ihnen gewählten Politiker.“

dere Indikatoren. Ein Algorithmus errechnet die Wahrscheinlichkeit, mit der jede Person eine Straftat begeht. Und nur aufgrund dieser errechneten Wahrscheinlichkeit übt die Polizei dann starken Druck auf diese Personen aus. Wie gesagt: nur aufgrund einer von einem Algorithmus errechneten Wahrscheinlichkeit, nicht aufgrund einer tatsächlich begangenen oder zumindest geplanten Straftat. Das widerspricht völlig unserem eigenen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit. Sehr gut



zeigt diese Polizeipraxis übrigens der 2017 veröffentlichte Dokumentarfilm „Pre-Crime“. Den sollte sich jeder unbedingt anschauen!

Dominierend sind in den USA aber die großen IT-Konzerne. Die preisen ihr Tun oft auch mit Visionen einer besseren Gesellschaft.

Die Visionen, die da vor allem von den Silicon-Valley-Konzernen verbreitet werden, muss man sich

schon genauer anschauen. Der Mensch wird meist als sehr unvollkommenes Wesen angesehen, das es mittels digitaler Technik zu verbessern gilt. Mit klassischem Humanismus hat das nichts mehr zu tun. Es geht hier um eine Perfektionierung im Sinne der Konzerne: Der Mensch soll leistungsfähiger und angepasster werden, nicht freier und vernünftiger. Mit welchem Recht gestalten Konzerne unsere Gesellschaft? Die Gestaltung der Gesellschaft ist Auftrag an den Gesetzgeber und muss dem Gemeinwohl dienen und nicht den Profitinteressen von Konzernen. Die Einzigen, die unsere Gesellschaft aktiv gestalten dürfen, sind die Bürger selbst. Und die von ihnen gewählten Politiker. Es kann nicht hingenommen werden, dass global operierende Technologie-Konzerne ins Uhrwerk der Gesellschaft eingreifen, ohne zu wissen, was sie tun, und dabei die Grundrechte der Bürger massiv verletzen. Unsere demokratischen Verfassungen sind darauf nicht richtig vorbereitet. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, dies zu berichtigen. Das Gesetz muss für die neuen Herausforderungen, die die Digitalisierung

mit sich bringt, konkretisiert werden. Er darf hier keine rechtsfreien Räume dulden, sondern muss klare Grenzen setzen.

Manche erhoffen sich von der durch die Digitalisierung ermöglichten Transparenz positive Effekte.

Ich nicht! Damit wende ich mich ganz entschieden gegen einen starken Trend. Wir haben inzwischen ja schon eine ganze Transparenz-Industrie errichtet. Aber wie Hildegard von Bingen so schön sagte: „Der Mensch soll nicht alles wissen.“ Ohne Geheimnisse kann sich unsere Persönlichkeit nicht positiv entwickeln. Und wenn ich nicht alles über meinen Mitmenschen weiß, dann kann ich besser mit ihm in Frieden leben. Diskretion ist eine Voraussetzung für den Frieden unter den Menschen.

Frau Hofstetter, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

ONLINETIPPS

Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern

Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union
www.digitalcharta.eu

Forschungsnetzwerk zu Überwachung, Technologie und Kontrolle
Surveillance Studies
www.surveillance-studies.org

Monika Hielscher, Matthias Heeder
Pre-Crime
Dokumentarfilm, 2017
www.precrime-film.de

Harald Schumann, Elisa Simantke
Grenzenlose Überwachung
Tagesspiegel, 11.12.2016
<http://t1p.de/gmat>

Svea Eckert, Jasmin Klofta
Nackt im Netz
NDR, Panorama 3, 01.11.2016
<http://t1p.de/7dhn>

Grafik: becker/pixabay.com

Industrie 4.0

„Eine geschickte Marketingstrategie der IT-Branche“

Seit 2011 ist „Industrie 4.0“ ein zentrales Schlagwort in der Wirtschaftspolitik. Seit 2013 gibt es dazu von der Bundesregierung und Wirtschaftsverbänden eine gemeinsame Online-Plattform. Doch was steckt dahinter? Sollen Computer und Roboter uns Menschen die Arbeit erleichtern? Oder uns ersetzen und arbeitslos machen?

Interview mit Matthias Martin Becker

ÖkologiePolitik: Herr Becker, welche Auswirkung hat die Digitalisierung auf die Arbeitswelt?

Matthias Martin Becker: Prinzipiell zielt die Digitalisierung immer darauf ab, die Arbeit zu standardisieren, zu vereinfachen, transparent zu machen und zu verdichten. Je nach Branche wirkt sich das aber recht unterschiedlich aus: in der Industrie anders als in der Landwirtschaft, der Pflegearbeit oder im Bildungsbereich. Die Anwendungen sind dabei äußerst vielfältig. In Logistik-Zentren z.B. werden schon heute Algorithmen eingesetzt, die in Echtzeit die Wege der dort Arbei-

tenden optimieren. Sie erhalten auf mobilen Endgeräten oder akustisch über Kopfhörer automatisch generierte Anweisungen, mit denen sie

durch die Hallen und Regalreihen zum richtigen Fach und Artikel gelenkt werden. Die Arbeitsgeschwindigkeit wird gesteigert, jede noch so kleine Abweichung von den Vorgaben zentral erfasst. Das macht die

Arbeit sicher nicht interessanter und befriedigender, sondern anstrengender und öder.

Verstärkt die erhöhte Taktung das Risiko eines Burn-outs oder anderer Krankheiten?

Mit Sicherheit, jedenfalls in Kombination mit prekären, sogenannten „atypischen“ Arbeitsformen. Psychologen wissen um die Schlüsselrolle von Selbstwirksamkeitserfahrungen für die seelische Gesundheit. Wir müssen erleben, dass wir unser Geschick wenigstens zum Teil selbst in der Hand haben und Kontrolle ausüben können. Im digitalen Taylorismus, der die Arbeitstätigkeiten zerstückelt und den Roboter zum Vorarbeiter macht, fehlt diese Erfahrung notwendigerweise. Die Mischung aus Gängelung einerseits sowie Verdichtung und Beschleunigung andererseits macht krank.

Ersetzt die Digitalisierung auch menschliche Arbeitskräfte komplett?

„Die Arbeitsgeschwindigkeit wird gesteigert, jede noch so kleine Abweichung von den Vorgaben zentral erfasst.“

Manchmal. Seit jeher erzeugt der Marktwettbewerb einen Rationalisierungsdruck, der dazu führt, dass Menschen durch Maschinen ersetzt werden, wo immer sich das für ein Unternehmen rechnet. Wo dies tat-

sächlich der Fall ist, das ist jedoch oft unklar und stellt sich meist erst im Nachhinein heraus. Die Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern ist für Unternehmen nur dann interessant, wenn sich dadurch die Produktivität steigern und die Produktionskosten senken lassen.

Was verbirgt sich hinter dem aktuellen Hype um die Digitalisierung – Stichwort: „Industrie 4.0“?

Hinter „Industrie 4.0“ verbirgt sich eine geschickte Marketingstra-

„Mit dem Schlagwort ‚Industrie 4.0‘ wird suggeriert, es sei nun allerhöchste Zeit, auf den Digitalisierungszug aufzuspringen.“

tegie der IT-Branche. Die drei Branchenverbände Bitkom, VDMA und ZVEI gründeten 2011 den „Arbeitskreis Industrie 4.0“ und banden das Bundeswirtschaftsministerium und Bundesforschungsministerium ein. Dadurch gelang es ihnen, ihre Anliegen in den Köpfen von Politikern zu platzieren. Die wiederholen inzwischen das Schlagwort „Industrie 4.0“ mantraartig. Das war geschicktes Agenda-Building, wie es im Marketingjargon so schön heißt. In den USA z.B. kennt man den Begriff „Industrie 4.0“ nicht. Dort spricht man vom „Industriellen Internet der Dinge“, was realitätsnaher ist, aber wenig pathetisch und epochal klingt. In Japan findet derzeit ebenfalls eine Digitalisierungsoffensive statt – unter dem Schlagwort „Gesellschaft 5.0“. Das sind alles Marketing-Begriffe ohne Substanz. Ich selbst vermeide den Ausdruck „Industrie 4.0“, da er technikgeschichtlich wenig Sinn macht und eine schlagartige Änderung der Produktionsmethoden andeutet, die überhaupt nicht in Sicht ist. Die Automatisierung ist ein schon lange

andauernder Prozess, eine kontinuierliche Veränderung, aber kein technologischer Sprung.

Warum konnte dann in Deutschland solch ein Hype entstehen?

Das Schlagwort „Industrie 4.0“ suggeriert, es sei allerhöchste Zeit, auf den Digitalisierungszug aufzuspringen, weil der ansonsten abfährt und man gegenüber der Konkurrenz ins Hintertreffen gerät. Der Appell zielt vor allem auf die kleineren und mittleren Industrie-

betriebe. Für die großen Konzerne wie Siemens oder Bosch stellen diese den wichtigen Heimatmarkt dar. Den brauchen sie, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die wesentlichen Wettbewerber sind zum einen China, wo ein großer Teil der industriellen Fertigung erfolgt, und zum anderen die USA, wo die großen IT-Konzerne wie Microsoft, Apple, Google und Amazon sitzen. Der politische Digitalisierungsdiskurs ist eine typisch deutsche Angstdebatte: Es muss ein Ruck durchs Land gehen, der uns aus unserer Lethargie reißt! Wir müssen uns ranhalten, fit machen für die Zukunft, vorn dabei sein bei den technischen Entwicklungen! Wenn wir unsere dominierende Stellung auf dem Weltmarkt verlieren, wenn wir unsere Stellung als Exportweltmeister verlieren, dann sind unser Wohlstand und viele Arbeitsplätze in Gefahr!

Fallen viele Arbeitsplätze nicht gerade durch die Automatisierung weg?

Sicherlich. Und das war schon immer so. Seit dem 19. Jahrhundert wird menschliche Arbeit durch



Matthias Martin Becker, Jahrgang 1971, arbeitete als Kraftfahrer, Produktionshelfer, Call-Center-Agent, Altenpfleger und Heimerzieher. Seit 2004 ist er als Wissenschaftsjournalist tätig – unter anderem für den „Deutschlandfunk“ und das Magazin „konkret“. Die Digitalisierung und ihre gesellschaftlichen Folgen gehören zu seinen Schwerpunktthemen.

www.textarbeit.net

Technik ersetzt. Und seither wird ein „Verschwinden der Arbeit“ prophezeit und nach gesellschaftlichen Lösungen für die „Zeit danach“ gesucht. Selbst der berühmte Ökonom John Maynard Keynes prophezeite 1930 in seinem Essay „Die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“ eine 15-Stunden-Woche. Von der sind wir noch weit entfernt. Bisher ging uns die Arbeit nicht aus. Und auch die aktuellen technischen Fortschritte werden nicht dazu führen, dass uns die Arbeit ausgeht, dass in den Fabrikhallen und Büros schlagartig massenhaft Personal abgebaut wird. Denn der behauptete große Automatisierungssprung steht uns schlichtweg nicht bevor. Die aktuelle Digitalisierung nimmt uns kaum Arbeit ab.

Warum nicht?

Automatisierung bedeutet Standardisierung von Produkten und von Abläufen. Die programmgesteuerten Maschinen können aber nur „Dienst nach Vorschrift“, scheitern bei Abweichungen und unvorhergesehenen Ereignissen. Deshalb kann die heutige Arbeitswelt auf mitdenkende Menschen nicht verzichten. Von deren vielfältigen Fähigkeiten und deren Kreativität sind die heutigen Technologien noch weit entfernt. Die Algorithmen so weiterzuentwickeln, dass die Maschinen nicht mehr bei jedem neuen Problem scheitern, kostet noch viel Zeit und Geld. Und viel Zeit und Geld kostet auch die Standardisierung. Dieser Sachverhalt spielt in den Unternehmen eine zentrale Rolle, in der politischen Debatte aber seltsamerweise keine.

Wo können die Digitalisierungsbestrebungen in den nächsten Jahren erfolgreich sein?

Mehr im Dienstleistungsbereich als in der industriellen Produktion. Viel Forschungsförderung fließt

„Nicht die Maschinen übernehmen die Macht, sondern das Management verstärkt seine Kontrollmöglichkeiten.“

aktuell in die sogenannten „Chatsbots“. Das sind textbasierte Dialogsysteme, sodass man in natürlicher Sprache mit dem dahinterstehenden System kommunizieren kann. Es sollen aber auch emotionale Befindlichkeiten erkannt und Verhaltensweisen imitiert werden. Kurz: Es geht um eine neue Stufe der Interaktion zwischen Mensch und Maschine – in der Kundenbetreuung, aber z.B. auch im Bildungsbereich.

Wie verändert die Digitalisierung den Arbeitsmarkt?

Die Digitalisierung ermöglicht dem Management eines Unternehmens eine bisher nicht gekannte Transparenz bei den Arbeitsabläufen. Jeder Arbeitsschritt, jeder Handgriff ist genau erfasst, verfolgbar, vergleichbar. Der neue Überblick führt zu einer verstärkten Kontrolle der Arbeitenden. Nicht die Maschinen übernehmen die Macht, sondern das Management verstärkt seine Kontrollmöglichkeiten und damit sein Macht. Der neue Überblick erleichtert es dem Management auch, die vorhandenen Organisationsformen kritisch zu hinterfragen und nach Alternativen zu suchen. Das hat dann oft Umorganisationen zur Folge: systemische Rationalisierungen. Denn es wird nun klarer erkennbar, dass sich viele Arbeiten auslagern lassen: an externe Dienstleistungsunternehmen oder an freie Mitarbeiter. Die stehen in Konkurrenz zueinander und lassen sich leicht austauschen, was den Unternehmen eine starke Stellung verleiht, aber auch neue

Risiken mit sich bringt. Durch das Internet lässt sich die Arbeitsteilung manchmal sogar weltumspannend organisieren. Die grundlegenden Veränderungen seit der Jahrtausendwende sind vor allem das Internet, die Massendaten und die Konvergenz der Datenformate. Vom Jahr 2000 bis heute stieg die Zahl der Menschen mit Internetzugang von 300 Mio. auf fast 4 Mrd.

Steigert die Digitalisierung das Wirtschaftswachstum?

Bisher hat sie seltsamerweise nur einen geringen Einfluss auf das

BUCHTIPPS

Matthias Becker
Automatisierung und Ausbeutung
Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?
Promedia, März 2017
240 Seiten, 19,90 Euro
978-3-85371-418-8



Matthias Becker,
Raúl Rojas
MOOCs statt Hörsaal
Der Unterricht im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit
Heise, Februar 2014
87 Seiten, eBook, 3,99 Euro
978-3-944099-24-8

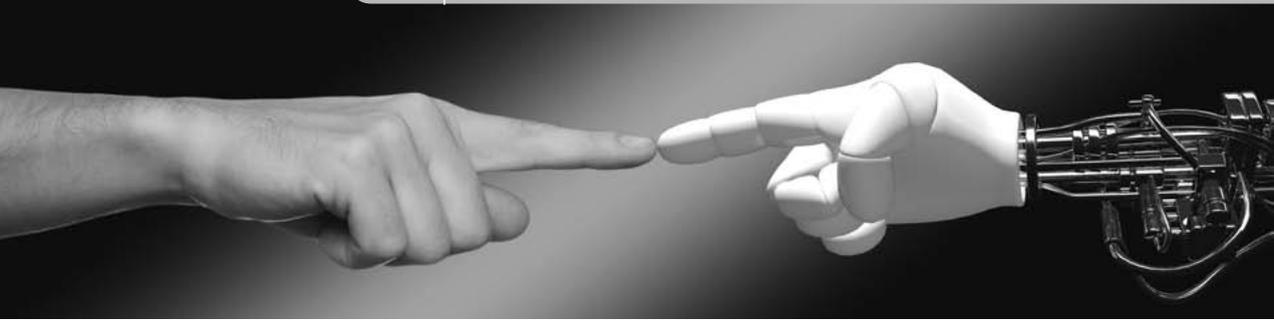


Bruttoinlandsprodukt. Die Ökonomen debattieren seit Jahrzehnten, warum das so ist. Vor den 1970er-Jahren waren die Produktivitätszuwächse deutlich höher als danach. Vielleicht ist das der Grund, warum die Politik eine so irrationale Hoffnung in den von der Kampagne „Industrie 4.0“ behaupteten Technologiesprung setzt.

Führt die Digitalisierung zu einer ressourcenschonenderen Produktionsweise? Zum sparsameren Verbrauch von Rohstoffen und Energie?

Nicht unbedingt, schon weil das digitale Abbild selbst ja Strom verbraucht. Prinzipiell wäre es möglich, mithilfe der Digitalisierung den Ressourcenverbrauch zu senken. Wenn z.B. mittels Car Sharing die vorhandenen Autos besser ausgelastet werden, müssen wir insgesamt weniger Autos herzustellen. Das gilt aber nur, wenn Car Sharing die bisherige Praxis ersetzt und nicht nur ergänzt.

Herr Becker, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Grafik: geralt/pixabay.com

Transformation

„Die Entwicklung steht erst am Anfang“

Die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Transformation wird von alternativen Wirtschaftsmodellen wie der Postwachstums- und Gemeinwohl-Ökonomie betont. Was allerdings unsere Gesellschaft momentan tatsächlich transformiert, das ist die Digitalisierung. Ein ehemaliger Spitzenmanager eines IT-Konzerns beschäftigt sich intensiv mit beiden Themen.

Interview mit Andreas Dohmen

ÖkologiePolitik: Herr Dohmen, Sie halten Vorträge zu den Themen „Digitale Transformation“ und „Postwachstumsalternativen“. Wie hängen die beiden Themen zusammen?

Andreas Dohmen: Die hängen nicht zwangsläufig zusammen. Gemeinsam ist ihnen allerdings das Dachthema „Transformation“, das mich schon lange interessiert und fasziniert. Die Digitalisierung greift tief in unsere technische und ökonomische Alltags- und Arbeitswelt ein und zwingt uns eine Transformation auf. Und die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit, aber auch die zunehmenden sozialen Verwerfungen, wie die Schere der Vermögensverteilungen, zwingen uns ebenfalls zu einer Transformation. Werden notwendige Transformationen nicht rechtzeitig eingeleitet und nicht richtig gesteuert, dann kippen und kollabieren

Systeme, zerfallen, gehen von einer höheren Ordnung in eine niedrigere Ordnung über. Transformation bedeutet umgekehrt: bewusst von einer niedrigeren in eine höhere Ordnung überzugehen. Ein Symp-

tom für ein drohendes Kippen unserer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung erleben wir gerade durch eine neue Irrationalität in der Politik: durch das Erstarken rechtsextremer Strömungen weltweit – von Donald Trump bis hin zur AfD. Die sind aber nur ein Symptom, nicht die Ursache des Kulturverfalls.

Lassen sich die Themen „Digitalisierung“ und „Postwachstum“ verknüpfen?

Ja, sicherlich. Zum einen zwingt uns die Digitalisierung zum Nachdenken, zur Neubesinnung, zum grundlegenden Durchdenken unserer gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Und wenn sich eh sehr vieles ändern muss, dann können auch gleich Ideen der Postwachstumsbewegung in die Neugestaltung einfließen – vor allem die der Gemeinwohl-Ökonomie, die ich persönlich für das durchdachteste und sinnvollste Konzept halte, weil es ans unternehmerische Denken anknüpft und es geschickt nutzt, statt es nur plump abzulehnen und zu bekämpfen. Dadurch ist die Gemeinwohl-Ökonomie für viele Unternehmer verständlich und akzeptabel – und somit auch politisch viel einfacher durchsetzbar. Wenn unse-

„Werden notwendige Transformationen nicht rechtzeitig eingeleitet und nicht richtig gesteuert, dann kippen und kollabieren Systeme.“

re Wirtschaftsordnung aufgrund des Digitalisierungsdrucks sowieso gründlich überarbeitet und neu definiert werden muss, dann sollten wir auch gleich eine Verpflichtung zur Gemeinwohlbilanz und ein gemeinwohlorientiertes Steuersystem integrieren. Die erste Verknüpfungsmöglichkeit ist also die politisch-gesetzgeberische Ebene. Und die zweite Verknüpfungsmöglichkeit ist

die pragmatische Ebene. Die neuen digitalen Möglichkeiten können natürlich auch dazu genutzt werden, Umweltprobleme auf technische Art und Weise zu reduzieren: durch eine effizientere Nutzung von Energie und Rohstoffen; durch die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft ohne große Abfallmengen; durch

Facebook 4 Jahre, WhatsApp 2 Jahre. Sogenannte Plattform-Geschäftsmodelle prägten innerhalb weniger Jahre den Markt verschiedener Branchen: Amazon wurde größter Buchhändler, ohne einen einzigen Buchladen zu haben; Apple zum größten Musikhändler, ohne eine einzige CD verkauft zu haben; Uber

„Die Digitalisierung zwingt uns zum grundlegenden Durchdenken unserer gesamten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.“

eine Veränderung des Lebensstils, bei dem Technik nicht mehr als Statussymbol dient, sondern zur Lösung von Problemen und zur Befriedigung von Bedürfnissen. So könnte ja zum Beispiel eine Künstliche Intelligenz wesentlich dazu beitragen, das noch nicht gelöste Problem der Kernfusion zu lösen oder eine hochleistungsfähige Batterie für Elektroautos zu entwickeln, die mit wesentlich weniger raren Ressourcen funktioniert als die heutigen. Die Digitalisierung zwingt uns dazu, alles auf den Prüfstand zu stellen und uns klar zu werden, wer wir sind, was unser Menschsein ausmacht, was wir tatsächlich brauchen, auf was wir verzichten können und vor allem auch wollen!

Worin liegt die hohe Bedeutung der Digitalisierung? Was ist das Besondere an ihr?

Neu ist die Geschwindigkeit der Veränderungen: die Geschwindigkeit technischer Innovation, noch mehr aber die Geschwindigkeit, mit der neue Produkte und Geschäftsmodelle den Markt, unsere Gesellschaft und unseren Alltag durchdringen. Das Festnetztelefon brauchte 75 Jahre, um 100 Mio. Nutzer zu erreichen, das Mobiltelefon 16 Jahre, das Internet 7 Jahre,

vermittelte über 5 Mrd. Taxifahrten, ohne ein eigenes Taxi zu haben; Airbnb vermittelte über 3 Mio. Zimmer, ohne ein eigenes Gebäude zu haben. Europa hat diese Entwicklung verschlafen und deshalb gibt es eine bedenkliche Dominanz US-amerikanischer Konzerne. Nur China hat schon früh damit begonnen, dem eigene Entwicklungen entgegenzusetzen, um hier in keinerlei Abhängigkeit zu geraten. Deshalb befinden sich unter den größten Online-Plattformen der Welt nur US-amerikanische und chinesische IT-Konzerne. Und viele US-Unternehmen haben dabei in China nur einen sehr geringen Marktanteil.

Und alle sammeln wie wild unsere Daten.

Ja, denn Daten sind ein Milliarden-geschäft. Anhand von Personenprofilen lassen sich Werbebotschaften zielgruppengerecht platzieren. Streuverluste werden minimiert, das Aufwand-Nutzen-Verhältnis verbessert sich, der Erfolg wächst. Wir haben deshalb einen richtigen Datensammelwettbewerb um Kundendaten und einen lukrativen Handel mit ihnen – und wir alle machen freiwillig mit. Beim Datenschutz herrscht noch eine



Andreas Dohmen, Jahrgang 1959, studierte Kernphysik, Informatik und Betriebswirtschaftslehre, war ab 1990 als Manager bei großen IT-Unternehmen tätig und arbeitet seit 2013 als selbstständiger Unternehmensberater und Coach. Nebenher studiert er an der Hochschule der Philosophie München, arbeitet als Dozent in der Industrie, an der Münchner Volkshochschule, an der Wirtschaftshochschule FHAM und engagiert sich in sozialen Projekten.

www.andreas-dohmen.com

große Naivität und Unwissenheit, teils aus Bequemlichkeit, teils aus Überforderung. Die IT-Konzerne nutzen das aus. Eigentlich kann jeder von uns Auskunft über die von ihm gespeicherten Daten verlangen, aber kaum jemand macht das. Hier müssen die Bürger viel besser über ihre Rechte und Möglichkeiten aufgeklärt werden – am besten schon in der Schule. Gerade wir Europäer sollten unsere Freiheits- und Bürgerrechte verteidigen und uns als Gegenmodell zur marktradikalen USA verstehen. Und natürlich genauso zum totalitären China. Dort sollen bis 2020 alle Datenbanken – die staatlichen und die der IT-Konzerne – miteinander verbunden sein, um jegliches Verhalten jedes

Bürgers möglichst lückenlos zu erfassen, zu bewerten, zu belohnen oder zu sanktionieren. „Social Credit System“ (SCS) nennt sich das. Das ist eine bedenkliche Fehlent-

„Wenn sich eh sehr vieles ändern muss, dann können auch gleich Ideen der Postwachstumsbewegung in die Neugestaltung einfließen.“

wicklung, die wir in Europa tunlichst vermeiden sollten, denn sie ist ein Großangriff auf die bürgerlichen Freiheitsrechte.

Brauchen wir also ein starkes Europa?

Ja, unbedingt. Ein politisch handlungsfähiges, aber natürlich keinesfalls ein totalitäres. Die alte nationale Gesetzgebung greift bei den neuen Entwicklungen nicht mehr richtig und sieht sich internationalen Geschäftsmodellen gegenüber. Viele große IT-Konzerne spielen die Staaten geschickt gegeneinander aus und verführen sie zu einem Wettlauf um die niedrigsten Steuern und die laschesten Datenschutzgesetze. Der großen Macht der IT-Konzerne kann nur eine ebenbürtige politische Macht etwas entgegensetzen. Nur ein starkes Europa kann deren Profitinteressen klare Grenzen setzen. Dafür braucht es auch einen entsprechenden Verwaltungsapparat, der für eine einheitliche europäische Gesetzgebung – u.a. bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen – und für deren Durchsetzung sorgt. Die nationale Politik ist hier völlig überfordert und hechelt der Entwicklung nur hinterher.

Datenschutz scheint angesichts der sonstigen Umwälzungen, die gerade oder demnächst passieren, auf der Prioritätenliste nach hinten zu rutschen.

Im Mai 2018 tritt die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung in Kraft – ein verbraucherfreundliches, gutes Gesetz, von dem aber kaum jemand weiß. Darüber muss-

te die Regierung uns Bürger viel offensiver aufklären. Und wie schon gesagt: das am besten bereits in der Schule. Als Pflichtfach! Denn durch das neue Gesetz wird das Handeln mit Daten zwar schwieriger, aber nicht unmöglich. Es wird weiter versucht und auch gemacht werden, denn dahinter verbirgt sich ein Milliardengeschäft. Gesetze ersetzen keine Selbstverantwortung und keinen Selbstschutz.

Aktuell wird statt über Datenschutz vor allem über „Industrie 4.0“ diskutiert. Warum?

Kurzer Überblick: „Industrie 1.0“ war die Einführung der Dampfmaschine im frühen 19. Jahrhundert,

„Gerade wir Europäer sollten unsere Freiheits- und Bürgerrechte verteidigen und uns als Gegenmodell zur marktradikalen USA verstehen.“

„Industrie 2.0“ die Einführung der Fließbandarbeit im frühen 20. Jahrhundert und „Industrie 3.0“ die Einführung von IT in die Produktionsumgebung. Mit „Industrie 4.0“ ist die Vernetzung aller Beteiligten im Produktions- und Konsumprozess über das Internet sowie eine zunehmende Bedeutung von Robotik und „Künstlicher Intelligenz“ (KI) gemeint. Die Digitalisierung hat ja nicht nur zu neuen Geschäftsmodellen und Handels-

plattformen geführt, sondern ermöglicht auch eine Veränderung der Produktion. Damit einher geht aber auch die Diskussion um einen möglichen Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen. Klar – Roboter schlafen nicht, brauchen keine Ruhepausen, haben keine Durchhänger, kündigen nicht und streiken nicht. All das – und natürlich auch die große Lücke im Fachkräftebereich – macht die Automatisierung für Arbeitgeber so interessant. Deshalb ist Automatisierung auch nichts Neues, sondern eine Entwicklung, die schon lange im Gange ist. Neu ist heute allerdings die Geschwindigkeit, mit der die Veränderungen geschehen. Das lässt keine Zeit mehr für langsame Übergänge und Anpassungen. Alles geht wahn-sinnig schnell.

Werden tatsächlich Millionen Arbeitsplätze verloren gehen?

Nun, es werden sicherlich viele neue Arbeitsplätze entstehen, aber auch viele alte verschwinden. Ein großer Teil der heutigen Berufe wird sich in seinen einzelnen Tätigkeitsfeldern signifikant verändern.

Betroffen sein werden nicht nur „Minderqualifizierte“ in der industriellen Produktion, sondern auch „Mittel- und Hochqualifizierte“ in den Büros. So beschäftigte z.B. der Finanzkonzern Goldman Sachs vor ein paar Jahren im New Yorker Headquarter 600 Aktienhändler, heute nur noch 2. Die Arbeit der anderen 598 erledigen nun Algorithmen. Ähnliches wird mit vielen Berufen geschehen. Alles, was sich automatisieren lässt, alles, was rein

prozessorientiert ist oder wo es um die Analyse und Verarbeitung von Informationen geht, wird mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahren teilweise oder auch ganz von Robotern oder KI-Systemen erledigt werden. Viele Berufe werden jedoch nicht komplett verschwinden, sondern nur ihren Charakter ändern, d.h. Roboter und KI-Systeme werden einen Teil der Arbeit übernehmen und der restliche Teil wird weiterhin von Menschen ausgeübt.

„Das chinesische Social Credit System ist eine bedenkliche Fehlentwicklung, die wir in Europa tunlichst vermeiden sollten.“

Handwerkliche Berufe werden eher überleben als industrielle, kreative eher als verwaltungstechnische. Ein Jurist z.B., der lediglich Verträge auf „Compliance“ untersucht, wird wohl eher arbeitslos als ein Dachdecker. Alles, was mit emotionaler Intelligenz zu tun hat und zur Ausübung Empathie braucht, also die sozialen Berufe an Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen usw., wird sich im Kern mittelfristig eher wenig ändern, denn Roboter lassen sich hier allenfalls unterstützend einsetzen, was ja durchaus positiv sein kann.

Schon heute sind soziale Berufe in der Regel schlecht bezahlt und bieten unattraktive Rahmenbedingungen. Wenn mehr Menschen in die sozialen Berufe drängen, dann wird die Situation dort nicht besser.

Die aktuelle Unattraktivität sozialer Berufe ist das Resultat politischer Entscheidungen – und lässt sich deshalb korrigieren. Wir brauchen hierfür nur eine breite gesellschaftliche Debatte: Wie gut soll unsere Krankenversorgung künftig sein – und was ist sie uns wert? Wie

gut soll unsere Altenpflege künftig sein – und was ist sie uns wert? Wie gut sollen unsere Kindergärten und Schulen künftig sein – und was sind sie uns wert? Kostenentwicklung, Kostenstruktur und Finanzierung blieben ja bisher weitgehend diffus und intransparent. Das muss jetzt alles endlich mal auf den Tisch, ergebnisoffen diskutiert und demokratisch entschieden werden. Es fehlt uns seit Langem an solchen Grundsatzdiskussionen. Und es

fehlt uns an einer konkreten Vision: Wie soll Deutschland im Jahr 2040 aussehen? Und vor allem: Wie kommt Deutschland dorthin? Welche konkreten Schritte sind dafür notwendig? Und wie setzen wir als Gesellschaft die richtigen Prioritäten?

Kann uns KI dabei helfen?

Sie kann uns sehr gut dabei helfen, komplexe Szenarien durchzurechnen und Alternativen klar aufzuzeigen, aber sie kann und sollte uns keine Grundsatzentscheidungen abnehmen. Grundsatzentscheidungen müssen wir immer selber treffen, denn sie basieren auf menschlichen Werten und Bedürfnissen. Wir dürfen das Denken und Entscheiden nicht den Maschinen überlassen, denn Maschinen haben keine Gefühle und sind – Stand heute – auch nur in einem Teilbereich der Intelligenz wirklich gut und uns Menschen überlegen: im logischen „Denken“. Ich sehe eine der größten Gefahren durch KI eher darin, dass die Menschen aus Bequemlichkeit „verdummen“. Wer sich beim Autofahren nur

BUCHTIPPS

Yuval Noah Harari
Homo Deus
Eine Geschichte von Morgen
C.H. Beck, Dezember 2017
576 Seiten, 24,95 Euro
978-3-406-70401-7



Viktor Mayer-Schönberger, Thomas Ramge
Das Digital
Markt, Wertschöpfung und Gerechtigkeit im Datenkapitalismus
Econ, Oktober 2017
304 Seiten, 25,00 Euro
978-3-430-20233-6



Christoph Keese
Silicon Valley
Was aus dem mächtigsten Tal der Welt auf uns zukommt
Penguin, September 2016
320 Seiten, 10,00 Euro
978-3-328-10033-1



Stefan Lorenz Sorgner
Transhumanismus
„Die gefährlichste Idee der Welt“!
Herder, September 2016
209 Seiten, 12,99 Euro
978-3-451-34942-3



Tobias Kollmann, Holger Schmidt
Deutschland 4.0
Wie die Digitale Transformation gelingt
Springer, August 2016
189 Seiten, 24,99 Euro
978-3-658-11981-2



Ulrich Eberl
Smarte Maschinen
Wie künstliche Intelligenz unser Leben verändert
Hanser, Juni 2016
408 Seiten, 24,00 Euro
978-3-446-44870-4



noch blind auf sein Navi verlässt, verliert seinen Orientierungssinn. Ähnliches wird in allen Lebensbereichen passieren, wenn wir unsere eigenen Fähigkeiten verkümmern lassen, indem wir Aufgaben nur noch an Algorithmen delegieren.

„Künstliche Intelligenz kann uns helfen, komplexe Szenarien durchzurechnen, aber keine Grundsatzentscheidungen abnehmen.“

Wir müssen unser Leben künftig viel bewusster leben und unsere Fähigkeiten trainieren. Unser Gehirn ist ein hochkomplexes Organ, das vielfältige Anregungen braucht, um sich richtig zu entwickeln. In unseren Schulen muss deshalb viel mehr die Persönlichkeitsentwicklung im Mittelpunkt stehen und

ONLINETIPPS

Michael Moorstedt
Im Silicon Valley will eine Religion künstliche Intelligenz anbeten
Süddeutsche, 23.12.2017
<http://t1p.de/xte3>

Interview mit Maarten Steinbuch
Roboter können nicht lieben – noch nicht
test, 07.04.2017
<http://t1p.de/6kh9>

Interview mit Andreas Dohmen
Früher war ein Auto nur Blech auf Rädern
Das Milieu, 01.03.2017
<http://t1p.de/0q14>

Carolin Wiedemann
Transhumanismus: Bring mir den Kopf von Raymond Kurzweil!
FAZ, 12.07.2015
<http://t1p.de/7sg3>

weniger das Lernen von Wissen. Denken lernen, Querdenken lernen, Zusammenhänge verstehen, Kreativität lernen – das ist das, auf was es in Zukunft verstärkt ankommt. „Bildung ist das, was übrig bleibt, wenn man alles vergessen

hat, was man gelernt hat“, brachte es schon Werner Heisenberg auf den Punkt.

Wie leistungsfähig ist KI heute? Und welche Entwicklung ist noch zu erwarten?

KI ist erst seit Kurzem extrem leistungsfähig, das aber verblüffend. Die Forschung daran begann in den 1950er-Jahren, aber zunächst verlief die Entwicklung sehr schleppend. Erst 1997 gewann ein KI-System erstmals gegen den Schachweltmeister, das war allerdings hauptsächlich das Resultat einer riesigen Datenbank von vorher eingepflegten Schachspielen, die das KI-System bei jedem Zug nach analogen Spielsituationen und Erfolg versprechenden Lösungen durchsuchte. Die Überlegenheit gegenüber dem Men-

Schach. Man hatte dem KI-System zwar einige berühmte Spiele großer Meister eingegeben, um sie zu analysieren, aber im Spiel selbst erfand es dann verblüffende Züge, völlig neuartige Zugkombinationen, die vorher noch nie ein Mensch so gemacht hatte. Und bis heute können sich selbst die Programmierer des Systems nicht erklären, wie Alpha-Go auf diese Entscheidungen kam. 2017 wurde ein neues KI-System für Go entwickelt, dem nur noch die Spielregeln eingegeben wurden – und das dann gegen das KI-System, das 2016 den Go-Weltmeister geschlagen hatte, spielte und hochüberlegen gewann. 2017 gewann ein KI-System auch erstmals ein Poker-Turnier gegen vier Top-Profis. Die heutigen KI-Systeme lernen selbst – und sind darin extrem gut und schnell. „Deep Learning“ nennt sich die neue Methodik, Computer zu programmieren. Statt ihm genau zu sagen, was er zu tun hat, zeigt man ihm Beispiele, trainiert ihn – und er lernt daraus. Die Entwicklung steht erst am Anfang. Grenzen sind nicht erkennbar.

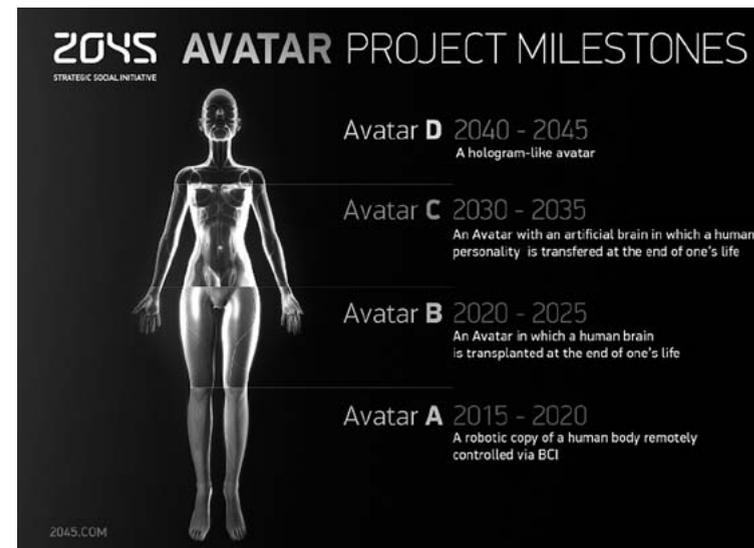
Wo führt das hin? In welche Richtungen wird geforscht?

Na ja, zunächst vor allem in die bekannten Einsatzgebiete: personalisierte Werbung, Mensch-Maschi-

„Ich sehe eine der größten Gefahren durch Künstliche Intelligenz darin, dass die Menschen aus Bequemlichkeit verdummen.“

nen resultierte also auf der vorher eingegebenen Informationsmenge und auf der Geschwindigkeit, diese zu analysieren und zu nutzen. 2016 aber schlug ein KI-System (Alpha-Go) erstmals den Go-Weltmeister. Go ist ein altes japanisches Brettspiel, vielfach komplizierter als

ne-Interaktion, Sprachassistenten, Suchmaschinen, Chatbots, autonomes Fahren, Computerspiele, Haushaltsroboter und vieles mehr. Die großen IT-Konzerne in den USA und in China, aber auch deutsche DAX-Unternehmen investieren da massiv. An der Spitze der Grundla-



Transhumanismus: Die Initiative „2045“ will ein menschliches Gehirn außerhalb des menschlichen Körpers weiterexistieren lassen.

genforschung steht u. a. die Mensch-Maschine-Kopplung, die auch Teil der Transhumanismus-Bewegung ist. Das ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs und ein eher skurriler und umstrittener Forschungszweig, der jedoch die Gemüter heftig bewegt. Seit 2015 gibt es in Deutschland sogar eine Transhumane Partei.

Worum geht es beim Transhumanismus?

Ziel ist die Erweiterung der menschlichen Möglichkeiten durch den Einsatz technologischer Verfahren – also nicht nur durch eine Kopplung des menschlichen Gehirns an einen Computer, sondern auch durch genetische Manipulation, synthetische Biologie und anderes. Im klassischen Humanismus ging es immer darum, das Beste aus der menschlichen Natur zu machen. Im Transhumanismus wird die Natur als inakzeptabel unvollkommen betrachtet und deshalb angestrebt, sie mittels Technik zu überwinden – wie wir es bereits ja heute schon teilweise tun. Es soll ein evolutionärer Sprung, eine neue

kulturelle Entwicklungsstufe bewusst eingeleitet und erreicht werden. Der Transhumanismus ist aber keine homogene Strömung. Unter

„In unseren Schulen muss mehr die Persönlichkeitsentwicklung im Mittelpunkt stehen und weniger das Lernen von Wissen.“

dem Dachbegriff sammeln sich verschiedenste Ideen, Konzepte und Forschungsprojekte. Eines der Aufsehen erregendsten ist wohl die Initiative „2045“ des russischen Medienmoguls Dmitri Itzkow, bei der auch Ray Kurzweil, Chefingenieur bei Google und Träger von 19 Ehrendokortiteln, eine der treibenden Kräfte ist. Ziel dieses Projekts ist nichts weniger als Unsterblichkeit. Bis 2045 wollen die Akteure so weit sein, ein menschliches Gehirn komplett, also mitsamt seinem Bewusstsein, seinen Gedanken, Gefühlen und Erinnerungen, in ein digitales Hologramm „auszulagern“, sodass es dann außerhalb des menschl-

chen Körpers in einem Roboter bzw. Avatar weiterexistieren kann. Aber das ist jetzt ein extremes und auch umstrittenes Projekt – mit noch völlig offenem Ausgang. Grundsätzlich geht's beim Transhumanismus um eine Steigerung der menschlichen Fähigkeiten mittels Technik.

Ein Übermensch? Das klingt stark nach Nietzsche. Und auch nach Scientology.

Ja, wie so einige Ideen und Weltverbesserungspläne, die manchmal aus dem Silicon Valley kommen – und mittlerweile auch aus China. Umso wichtiger ist es, dass wir Europäer uns aus der technologischen Abhängigkeit vom Silicon Valley befreien und dem etwas Eigenes entgegensetzen. Und natürlich darf man solche Entwicklungen generell nicht profitorientierten IT-Konzernen überlassen. Angesichts solcher Bestrebungen und auch Möglichkeiten wird eine ethisch-moralische

Begleitung immer wichtiger, wird Philosophie immer wichtiger. Die sollte künftig einen viel höheren Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten. Und an den Schulen und Hochschulen Pflichtfach werden oder zumindest in Schulfächern wie Ethik und Wirtschaft verstärkt mit einfließen. Genauso wie Digitalisierung und Datenschutz. Die Menschheit steht heute wieder einmal an einer wichtigen Wegkreuzung und wir müssen heute richtige Entscheidungen treffen und richtig handeln, um uns in 10 Jahren nicht zu wundern, wo wir hingekommen sind.

Herr Dohmen, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Profit contra Gemeinwohl

Was Bitcoin mit Facebook zu tun hat

Das Jahr 2017 kann in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem ein Hype um Kryptowährungen zu einer Spekulationsblase führte. Oder als das Jahr, in dem unsere Gesellschaft wahrnahm, dass etwas vollkommen Neues am Horizont aufscheint: eine technische Grundlage für Dezentralisierung und Kooperation als Gegenentwurf zu Markt und Konkurrenz.

von Prof. Dr. Sebastian Richter

Alle Massenmedien berichten über Bitcoin, über die Spekulation, über den Reichtum, den die neue Währung bringt, über den bevorstehenden Untergang, der die Spekulanten ereilen wird. Beim allgegenwärtigen Bitcoin-Hype eine Nachricht zu finden, bei der es gleichzeitig um Facebook geht, gelingt jedoch nicht so leicht. Auch in diesem Artikel nicht so richtig – nur ein bisschen. Er dreht sich um Plattformen, um die politische Koordination von Wettbewerb, um gesellschaftliche Bedürfnisse und um dezentrales Transaktionsmanagement.

Plattformen – ein erfolgreiches Geschäftsmodell

Im Jahr 2016 gab das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) das „Grünbuch Digitale Plattformen“ heraus, im Jahr 2017 folgte das entsprechende „Weißbuch“. Diese Publikationen dienen dazu, Konsultationsprozesse mit Interessengruppen zum Thema zu starten (Grünbuch) und deren Ergebnisse zu konsolidieren (Weißbuch). Und sie zeigen, dass die derzeitigen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichen.

Doch zunächst eine kurze Begriffsklärung: Plattformen sind Orte zur Anbahnung und Abwicklung wirtschaftlicher Prozesse, die sowohl Anbietern als auch Nachfragern von Leistungen das Agieren

ermöglichen. Eine Plattform ist z. B. ein Einkaufszentrum, in dem viele Einzelhändler versammelt sind. Eine digitale Plattform verlegt den Ort ins Internet. Bekannte Beispiele: Amazon, Google, Facebook und Check24. Es handelt sich dabei um Unternehmen, die als Mediatoren auftreten und einen mindestens zweiseitigen Markt implementieren.

Bei Google oder Facebook ist das im ersten Moment nicht so offensichtlich, da die Nutzer überwiegend nicht für den Dienst bezahlen – zumindest nicht monetär. Aber natürlich bezahlen sie mit etwas: mit ihren Daten. Die können andere Unternehmen käuflich erwerben – entweder direkt oder in Form von

gesteuerter Werbung. Ein Plattformanbieter, der ein ganzes „Ökosystem“ betreibt, ist Apple. Durch das Bereitstellen unzähliger Anwendungen im AppStore kontrolliert Apple die „Produkte“, die Anbieter für Nachfrager auf der Plattform bereitstellen. Apple profitiert hierbei von beiden Seiten. Die Nachfrager kaufen das iPhone, weil es hervorragende Integration und Bedienbarkeit bietet, und die Anbieter der Apps bezahlen Gebühren für das Verkaufen der Software.

Der Unterschied zwischen digitalen und stationären Plattformen liegt primär in der Reichweite. Eine digitale Plattform ist quasi unbegrenzt erreichbar – zeitlich wie räumlich. Die Auswirkungen von Plattformen sind beide Male ähnlich: Sie verdrängen den klas-

sischen kleinteiligen Einzelhandel der Stadtzentren, sorgen für eine Umstrukturierung, für einen Konzentrationsprozess. Der ist bei stationären Plattformen physisch beschränkt, bei digitalen nicht.

Der Konzentrationsprozess ruft die Wettbewerbschüter auf den Plan. Denn unser Wirtschaftssystem setzt auf Wettbewerb. Und das aus zwei Gründen: Zum einen erhofft sich unsere Gesellschaft durch den Konkurrenzdruck nutzbringende Innovationen. Zum anderen befürchtet sie, dass Monopole die Versorgungsqualität verschlechtern. Doch das Konkurrenzprinzip hat ganz offensichtlich Grenzen. Das einzige unverrückbare Prinzip des



Illustration: SergeZVP/shutterstock.com

Wirtschaftens ist eine effiziente Ressourcenallokation und eine hohe Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. Wie diese Ziele erreicht werden, ist eher nachrangig.

Das BMWi will Monopolstellungen großer Plattformen eindämmen und das Konkurrenzprinzip aufrechterhalten. Das Problem, das es hierbei übersieht: Ein Wettbewerb dient hier gar nicht zur besseren

deutschen Unternehmen. Sie ist die technische Umsetzung von Bitcoin – und die eigentliche Revolution. Technisch genau zu erläutern, was BCT ist und leistet, würde hier zu weit führen, zumal sich mittlerweile auch viele Technologieansätze entwickelt haben, die auf verschiedene Probleme sehr unterschiedlich reagieren. Deshalb hier nur eine kurze nicht-technische Beschreibung.

Das Bundeswirtschaftsministerium möchte Wettbewerb, wo ein Monopol ganz normal und im Interesse der Gesellschaft ist.

Versorgung unserer Gesellschaft! Es ist nichts Positives daran, eine Lebensversicherung auf mehreren Vergleichsportalen vergleichen zu lassen oder mehrere soziale Netzwerke parallel pflegen zu müssen. Wer auf einen Wochenmarkt geht, möchte zwar mehrere Metzger aufsuchen, aber nicht mehrere Wochenmärkte. Insofern möchte das BMWi Wettbewerb, wo ein Monopol ganz normal und im Interesse der Gesellschaft ist – abgesehen von den steigenden Preisen und horrenden Gewinnen, die sich damit erzielen lassen.

Blockchain – eine technologische Revolution

Die Blockchain-Technologie (BCT) wurde im Jahr 2017 zu einem der meist beachteten IT-Themen in

Eine Blockchain ist eine Art „Logbuch“, in dem Transaktionen aufgezeichnet sind und für das folgende Einschränkungen gelten:

- Das „Logbuch“ ist auf verschiedenen in einem Netzwerk (z. B. Internet) erreichbaren Rechnern repliziert (kopiert und verteilt), sodass es so lange existiert, wie noch Teilnehmerrechner aktiv sind. Ziel ist Ausfallsicherheit.
- Die Akzeptanz der Transaktionen (Gültigkeit) wird durch einen Prozess zwischen den Rechnern bestätigt. Ziel ist Dezentralität.
- Die Reihenfolge der Transaktionen ist unveränderbar.
- Die Transaktionen sind mittels mathematischer Verfahren gegen nachträgliche Manipulationen geschützt.



Besonders der zweite Punkt beinhaltet einen konzeptionellen Ansatz, der kurz zu erläutern ist: Überweist man Geld von einem Konto an einen Empfänger, dann wickelt eine Bank diese Transaktion ab und sorgt dafür, dass beide Konten danach richtig belastet sind. Beim ersten Konto muss Geld fehlen, beim zweiten angekommen sein. Die Bank sorgt auch dafür, dass mit dem Geld des ersten Kontos nicht zeitgleich zur Überweisung eine andere Überweisung getätigt werden kann (double spending problem) und dass das Geld bei genau einem Empfänger ankommt. Die Bank ist die zentrale Instanz, die die Akzeptanz der Transaktion sicherstellt.

Bei der BCT liegt die Sache anders: Hier wird in einem dezentralen Ansatz, der von der jeweilig implementierten Technologie abhängig ist, die Transaktion in ihrer Gültigkeit abgesichert. Es gibt also bei der BCT immer eine große Zahl von beteiligten Netzknoten, die bestätigen, dass eine Transaktion vereinbarungskonform abgelaufen ist. Die zentrale Institution entfällt hierbei. In einem gewissen Sinne wird die Bestätigung der Transak-



Foto: LoboStudioHamburg/pixabay.com

tion demokratisiert. Das Vertrauen erwächst nicht mehr aus dem Vorhandensein einer Institution, sondern aus der quasi Nichtmanipulierbarkeit der BCT.

BCT ist also eine dezentrale Technologie, die es ermöglicht, Transaktionen fälschungssicher und repliziert zu verwahren. Dies führt im Kern dazu, dass die zentralen Instanzen, die bisher Transaktionen abgesichert haben (Banken

der günstige Versicherungen auf Anfrage findet. Eines der wesentlichen Probleme bei diesen Plattformen ist der erörterte Drang zur Monopolisierung.

Nun stellen wir uns vor, dass es eine andere Organisationsform gibt, die das Infrastrukturelle des Service liefert, selbst aber nicht gewinnorientiert ist, z. B. eine Genossenschaft. Eine Genossenschaft, deren Zweck es ist, ein soziales Netz aufzubauen.

beteiligen kann. Die Transaktionskosten würden durch Skaleneffekte sinken. Und da keine Gewinnmaximierung angestrebt wird, würden die einzelne Transaktion günstiger werden – zum Wohle aller.

Es könnten hier trotzdem neue Geschäftsmodelle entstehen, indem Unternehmen die Daten der Nutzer für die Nutzer veredeln, indem sie diese z. B. im Auftrag des Nutzers verkaufen. Der Unterschied liegt da-



bei der Kontoführung, Notare bei Verkäufen oder staatliche Behörden bei Meldeproblematiken), in ihrem Geschäftsmodell angegriffen und in Teilen überflüssig werden. Eine Zukunftsvision ist, dass viele dieser Transaktionen mithilfe der BCT von verteilt agierenden Teilnehmern validiert und auf ihre Akzeptanz geprüft werden – und dies automatisch.

Plattformen & Blockchain – eine Chance fürs Gemeinwohl

Was ist der Kern von Facebook? Facebook nimmt Daten von seinen Nutzern entgegen, stellt sie in Zuordnung zum jeweiligen Nutzer dar und übergibt sie an andere Nutzer, die das Recht besitzen, die Daten einzusehen. Insofern liegt hier eine Transaktion vor, die über einen zentralen Mittler gesteuert wird, der dafür mittels vieler geschäftlicher Aktionen Gebühren erhebt. Gleiches gilt analog für einen Service,

Und alle Teilnehmer des sozialen Netzes werden automatisch Genossenschaftsmitglieder. Die Genossenschaft betreibt auf Basis der BCT die Kernfunktionalität von Facebook und übernimmt die Sicherung der Transaktionen sowie den Zugriff auf sie. Dies geschieht aufgrund der Algorithmen in dezentraler Weise

Eine nicht gewinnorientierte Genossenschaft könnte auf Basis der Blockchain-Technologie ein soziales Netz aufbauen und betreiben.

ohne zentrales Management. Es wäre im Sinne unserer Gesellschaft, dass die Genossenschaft das Monopol auf die grundlegende Verarbeitung der Transaktionen hat, da jeder, der sich an diesem sozialen Netzwerk beteiligen möchte, sich mittels computergesteuerter Algorithmen auch an der Transaktions-sicherung und deren Verwaltung

rin, dass der Benutzer die Datenhoheit behält und die Transaktionen autorisieren muss. Die Plattformorganisation würde hiervon weder profitieren noch geschädigt.

Im Kern würde also der infrastrukturelle, zum Monopol neigende Teil des Geschäftsmodells durch eine gemeinschaftlich betriebene

Plattform abgebildet. Der geschäftliche Aspekt des Datenhandels könnte im Sinne der Nutzer zwischen weiteren Unternehmen und den Nutzern selbst ausgehandelt werden, was einerseits den Ideen des Datenschutzes gerecht und andererseits dem Nutzer die finanzielle Hoheit über seine Daten zurückgeben würde. Insofern würde der

Ansatz also sowohl dem Aspekt der Monopolbildung durch eine andere Steuerung entgegenwirken (weil die Auswirkung des Monopols nicht mehr negativ auf die Versorgung

Um Organisationsformen, die auf neuen und dezentralen Technologien beruhen, auszuprobieren, bräuchte es den politischen Willen.

wirkt) und andererseits würde die Möglichkeit zur Innovation nicht eingeschränkt.

Um solche Organisationsformen, die auf neuen und vor allem dezentralen Technologien beruhen, auszuprobieren, bräuchte es den konkreten politischen Willen, sie rechtlich zu ermöglichen und gegebenenfalls auch zu fördern. BCT könnte eine technische Grundlage zur strategischen Umsetzung von gemeinwohl-ökonomischen Ansätzen sein. Das beschriebene Beispiel zeigt dies. Einerseits liebt unsere Gesellschaft den Service, den Facebook bietet, andererseits sind ihr dessen Macht und Geschäfte unheimlich. Wieso kann Facebook mit unseren Daten und unseren Inhalten so viel Geld verdienen? Die infrastrukturelle Umsetzung und das Rechtemanagement der Daten könnten durch alternative und dezentrale Technologien abgelöst werden. Die Grundlage des sozialen Netzwerkes kooperativ zu betreiben und die Leistungen gemeinsam zu erbringen, wäre zum Wohle aller. Weitere Geschäftsaktivitäten könnten stattfinden, allerdings in einem deutlich faireren Rahmen, da die Nutzer direkt von der Bereitstellung der Daten profitieren würden.

Der kooperative Ansatz ist sinnvoll, da Konkurrenz im Sinne von parallelen sozialen Netzwerken die

Versorgung unserer Gesellschaft nicht verbessert. Kooperativ bedeutet, dass alle aktiv Beteiligten (Rechner) sich an der Speicherung der Transaktionen und an der Veri-

fizierung der Richtigkeit der Transaktionen gemeinschaftlich beteiligen und ihren Beitrag individuell leisten, um das Gesamtsystem zu ermöglichen. Im Grunde ist das, als ob der Staat als Organisation seiner Bürger ein Monopolgut wie z. B. ein Schienensystem verwaltet – nur

Neue Technologien sollten nicht länger nur dazu dienen, wenige Unternehmen immer noch reicher und noch mächtiger zu machen.

ohne die Institutionalisierung und behördliche Strukturierung, die große Probleme beim Generieren von Innovationen hat.

Jetzt stellt sich natürlich noch die Frage, was das kostet und ob das jeder kann. Zunächst wird das jeder können, der einen Rechner zur Verfügung hat, was zur Nutzung von Facebook jetzt auch die Voraussetzung ist. Die Teilnahme wird (nach Installation der nötigen Software) automatisch erfolgen. Der Nutzer spielt hier eine inaktive Rolle und überlässt das Validieren der Transaktionen den Algorithmen. Die Kosten für die BCT und damit die Kosten für eine Transaktion werden künftig sehr viel geringer sein, als die, welche die heute üblichen Mittler als Preise verlangen.

Allerdings muss an der konkreten technologischen Umsetzung

BUCHTIPP

Philipp Giese, Maximilian Kops u. a.
Die Blockchain Bibel
DNA einer revolutionären Technologie
BTC-Echo, Oktober 2017
192 Seiten, 12,90 Euro
978-3-95718-090-2



weiter geforscht werden, da viele Blockchain-Ansätze der Gegenwart die Transaktionsanzahl nicht bewältigen können. Es sind jedoch bereits neue und viel leistungsfähigere Technologien im Einsatz, sodass dieser Aspekt in Zukunft kaum eine Rolle spielen wird. Neue

Technologien sollten nicht länger nur dazu dienen, wenige Unternehmen immer noch reicher und noch mächtiger zu machen. Die Zeit ist heute reif, Technologien vor allem dafür zu nutzen, gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Prof. Dr. Sebastian Richter, Jahrgang 1977, studierte Wirtschaftsinformatik, war von 1996 bis 2016 Offizier bei der Bundeswehr in



IT-nahen Funktionen und ist seit 2016 Professor für Wirtschaftsinformatik an der DHBW Stuttgart. Seine aktuellen Forschungsthemen sind Blockchain-Technologie, Open Innovation und Information Security Awareness.

sebastian.richter@dhbw-stuttgart.de

Krieg in Syrien

„Man macht die Syrer zu Marionetten“

Der Syrienkrieg geht in sein achttes Jahr. Europa agiert planlos und nicht im Sinne des Aufbaus von Demokratie und Frieden. Die Politik von Trump verunsichert die Region. Doch was genau sind westliche Interessen in Syrien? Und wie ist Frieden möglich?

Interview mit Kristin Helberg

ÖkologiePolitik: Frau Helberg, Sie haben von 2001 bis 2008 in Damaskus gelebt. Wie erlebten Sie das Land in dieser Zeit?

Kristin Helberg: Ich habe die Syrer als herzlich und gastfreundlich wahrgenommen. Man konnte oberflächlich ein gutes Leben führen, wenn man sich an bestimmte Regeln hielt. Denn das Assad-Regime durchdringt die gesamte Gesellschaft über die Geheimdienste. Jeder Aspekt des Alltags wird vom Regime dominiert. Man kann also nicht alles sagen, was man denkt, leidet unter staatlicher Willkür und Korruption. Die meisten Menschen hatten über die Jahrzehnte gelernt zu schweigen, das politische Leben war tot. Als ich 2001 nach Syrien kam, war Präsident Bashar al-Assad gerade ein Jahr an der Macht. Es gab große Hoffnungen, doch Bashar erwies sich als Modernisierer, nicht als Reformierender. Er hat das Land wirtschaftlich geöffnet, mit neoliberalen Reformen wie Privatisierungen oder dem Abbau von Subventionen. Dadurch spaltete sich die Gesellschaft in wenige Gewinner und viele Verlierer. Beamte und Angestellte brauchten einen zweiten oder dritten Job. Wer vorher schon wenig hatte, kämpfte um die Existenz.

Damit hatte Bashar ausgerechnet diejenigen abgehängt, die ursprünglich die Basis des sozialistischen Baath-Regimes gewesen waren. Gleichzeitig blieb politisch alles beim Alten: Allgemeine Kritik war erlaubt, aber wer die Herr-

schaft der Assads infrage stellte, landete im Gefängnis.

Warum beehrten die Menschen in Syrien ab 2011 gegen das Assad-Regime auf?

Es waren die Verlierer der ersten Bashar-Dekade, die ab Frühjahr 2011 den Mut hatten zu demonstrieren. Sie hatten nichts mehr zu verlieren und fragten sich irgendwann, warum sie sich weiterhin jeden Tag vom Staatsapparat erniedrigen lassen sollten, warum sie sich vor der Willkür der Geheimdienste fürchten und ständig Schmiergelder an korrupte Beamte bezahlen sollten, während sich einige wenige hemmungslos die Taschen füllten. Der Gesellschaftsvertrag, den Assads Vater mit dem syrischen Volk geschlossen hatte – politische

Unfreiheit gegen eine gesicherte Existenz – war außer Kraft. Bashar selbst hatte ihn aufgekündigt und damit den Boden für gesellschaftlichen Unfrieden bereitet. Auf dem Land verschärfte eine mehrjährige Dürre die Lage zusätzlich – Hunderttausende wanderten ab und landeten in elenden Vorstadtsiedlungen. Genau dort begann die syrische Revolution – auf dem Land und in den Vororten der großen Städte. Sie war anfangs eine breite und friedliche Massenbewegung, die sich aufgrund der gewaltsamen Reaktion des Regimes schnell ausbreitete. Der Bewegung fehlten aber eine zentrale Führung, eine innere Strategie und Organisation. Die Syrer hatten gesehen, was Massenproteste anderswo in der arabischen Welt bewirkt hatten. Gerade die junge Generation war eupho-

Das Assad-Regime kontrolliert und durchdringt die gesamte Gesellschaft über die Geheimdienste.

risch und ließ sich mitreißen. Viele hofften auf die Unterstützung des Westens, denn es ging ihnen ja um ein Leben in Würde, um Freiheit und Gerechtigkeit. Als der Westen die Revolution zwar verbal begrüßte, aber nichts für die Aktivisten tat, war die Enttäuschung groß.

Gab bzw. gibt es in Syrien noch eine gemäßigte Opposition, die sich für eine freiheitliche, demokratische Entwicklung einsetzt?

Die Oppositionellen im Land hatten stets Reformen von innen gefordert – etwa die Aufhebung des Ausnahmezustands und ein Mehrparteiensystem. Sie wollten nie eine Einmischung von außen wie im Irak, sondern einen syrischen Weg. Doch für diese moderaten Forderungen kamen sie ins Gefängnis.



Foto: Jan Kulkke/photoarberlin.de

Kristin Helberg (44), studierte Politikwissenschaft und Journalistik in Hamburg und Barcelona. Bis 2001 arbeitete sie beim NDR, dann ging sie nach Damaskus, wo sie lange Zeit die einzige offiziell akkreditierte westliche Korrespondentin war. Bis 2008 berichtete sie aus Syrien für die Hörfunkprogramme der ARD sowie verschiedene Printmedien. Heute arbeitet sie als freie Journalistin und Nahostexpertin in Berlin.

kristin.helberg@gmx.de

Diese zumeist älteren Herren hatten die Revolution von 2011 nicht kommen sehen, denn es war anfangs eine spontane Bewegung von bis dahin eher unpolitischen Leuten. Wer wie diese Oppositionellen die Methoden des Regimes aus eigener Erfahrung kannte, wusste, wie blutig es werden würde. Bis heute gibt es zivilen Widerstand in Syrien, also Aktivisten, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen. Aber sie werden von allen Seiten bekämpft – Assad, den Dschihadisten, syrischen islamistischen Gruppen. Viele von ihnen leben deshalb mittlerweile im Ausland.

Hat der Westen syrische Oppositionelle unterstützt?

Anfangs dachten westliche Politiker, das Assad-Regime würde in-

nerhalb von Wochen oder Monaten zusammenbrechen. Das war reines Wunschdenken und bezeichnend für die außenpolitische Ahnungslosigkeit des Westens. Die USA und Europa ergriffen von Anfang an Partei für die syrische Opposition und gegen Assad, aber zwei entscheidende Dinge haben sie nicht gemacht: erstens, die friedlichen Proteste zu unterstützen. Und zweitens, Zivilisten zu schützen. Egal welche Waffen Assad einsetzte – Scharfschützen, Boden-Luft-Raketen, Kampfjets, Fassbomben, Chemiewaffen –, der Westen hat nichts zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung getan. Er hat lieber ab 2014 den Islamischen Staat (IS) bekämpft und dabei ebenfalls Zivilisten getötet. Dadurch hat er seine Glaubwürdigkeit verspielt und zur Radikalisierung der Menschen beigetragen.

Was sind die Ziele der syrischen Rebellen? Der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser behauptete in unserem letzten Heft: „Täten die ‚Rebellen‘ das bei uns, was sie in Syrien tun, würden wir sie als Terroristen bezeichnen und verfolgen.“

Eine Revolution ist immer der Umsturz einer bestehenden Herrschaftsordnung, die keine legitime Form des Widerstandes duldet. Insofern kann man Deutschland und Syrien nicht vergleichen. Wer dies tut, hat keine Ahnung von den Zuständen in Syrien. In Deutschland gibt es diverse Wege der oppositionellen Arbeit, im Parlament und außerhalb, es gibt Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, sogar ein Widerstandsrecht in unserer Verfassung. In Syrien herrscht dagegen ein totalitäres Verständnis von Macht. Entweder bist du für oder gegen den Herrscher – Freund oder Feind. Und wer gegen das Regime ist, ist ein Terrorist. Die syrische Armee ist die Armee Assads und führt Krieg

gegen Zivilisten, deshalb ist Widerstand legitim und sollte nicht mit Terror verwechselt werden.

Wer waren bzw. sind die maßgeblichen militärischen Kräfte in Syrien und von wem werden sie unterstützt?

Aufseiten des Regimes gibt es die Überreste einer Armee, massiv unterstützt durch Russland. Es gibt Milizen mit teils sehr mächtigen lokalen Anführern, die für Assad am Boden kämpfen. Iran befiehlt in Syrien viele Tausend Söldner, außerdem kämpft die erfahrene libanesische Hisbollah für Assad.

Auf der anderen Seite haben wir eine komplexe Szene – Abspaltungen, Umbenennungen, wechselnde Allianzen. Inzwischen ist die Gruppe der Regime-Gegner vor allem von Islamisten geprägt. Der Ursprung des bewaffneten Aufstandes waren im Sommer 2011 Deserteure der syrischen Armee, die sich gewei- gert hatten, auf friedliche Demonstranten zu schießen, und die Freie Syrische Armee (FSA) gründeten. Diese war jedoch nie eine wirkliche Armee, sondern ein Sammelbecken für bewaffnete Gruppen ohne zentrale Hierarchie- und Befehlsstruktur. Aus dem Flickenteppich der zivilen Proteste wurde so ein Flickenteppich des bewaffneten Widerstandes. All diese Gruppen mussten ihre Finanzierung und Bewaffnung selbst organisieren. Amerikaner und Europäer haben immer viel versprochen, aber die Hauptunterstützung für die Rebellen kam nicht aus dem Westen, sondern aus Katar, Saudi-Arabien und der Türkei. Damit einher ging eine zunehmende Islamisierung des Aufstandes, denn ein islamisches Auftreten brachte mehr Geld und Waffen.

Wie sehen Sie den Zusammenhang mit dem Dschihadismus, insbesondere dem IS? Wer hat den IS maßgeblich bekämpft?

Die Dschihadisten kamen zunächst aus dem Irak. Dort hatte sich infolge der US-Besatzung ab 2003 Al-Qaida im Irak gegründet, aus der sich der Islamische Staat im Irak und in der Levante (ISIS) entwickelte. Dieser spaltete sich von Al Qaida ab und wurde zum IS. Als die Dschihadisten nach Syrien expandierten, gingen sie in die vom Regime befreiten Gebiete im Osten des Landes. Das war Assad sehr recht, denn die Extremisten

Die CIA hat zwischen 2013 und 2017 die syrischen Rebellen finanziell unterstützt. Allerdings wurde diese Unterstützung bald an die Bedingung geknüpft, dass die Rebellen den IS bekämpfen. Das heißt, es ging den USA eben nicht um einen „Regime-Change“ in Syrien, sondern nur um ihren „Krieg gegen den Terror“. Die Rebellen verloren dadurch an Rückhalt in der Bevölkerung, die ja vor allem unter den Bomben Assads und ab 2015 auch

allem den iranischen Einfluss in der Region eindämmen. Sein Motto – „Make America great again“ – bedeutet im Nahen Osten, möglichst viele amerikanische Waffen zu verkaufen, damit die dortigen Regime den Terror bekämpfen. Das ist ein Freibrief für alle Autokraten in der Region, ihre politischen Gegner als Terroristen zu bekämpfen. Ob Saudi-Arabien, Katar oder Ägypten – jeder Herrscher hat seine eigene Definition von Terroristen. Mal sind es Blogger, mal die Muslimbrüder, woanders ein Fernsehsender, ein Prediger oder eine Nichtregierungsorganisation. All diese Leute dürfen jetzt mit Trumps Waffen bekämpft werden. Das ist ein verheerendes Signal. Europa hat in Syrien keinen wirklichen Plan. Hauptsache, es kommen keine Flüchtlinge mehr. Insofern arrangiert sich Europa lieber mit Diktatoren, als deren Gegner zu unterstützen. Ägypten und Saudi-Arabien sind Beispiele dafür, wie Europa autokratische Regime als vermeintliche Stabilitätsgaranten hofiert. Das ist nach den Erfahrungen mit den arabischen Revolten eine ausgesprochen kurz-sichtige Außenpolitik. Denn der Nährboden für Extremismus setzt sich aus Perspektivlosigkeit, Unterdrückung und Ungerechtigkeit zusammen. Wer jungen Menschen, die in diesen Ländern die Hälfte der Bevölkerung stellen, keine Chance auf Bildung, Arbeit, sozialen Aufstieg und ein selbstbestimmtes Leben gibt, sondern sie unterdrückt und erniedrigt, schafft genau den Frust, den radikale Gruppen für sich zu nutzen wissen. Der nächste Relaunch des IS ist unter diesen Vorzeichen nur eine Frage der Zeit. Insofern ist Europas Politik absolut kontraproduktiv.

Russland möchte als Weltmacht behandelt werden und die Ameri-

kaner als regionale Ordnungsmacht im Nahen Osten beerben, beides ist bereits gelungen. Außerdem hat sich Russland in Syrien Militärbasen gesichert. Jetzt würde Präsident Putin Syrien lieber aus der Ferne lenken, denn die Intervention ist sehr teuer. Er will einen zentral gesteuerten, autoritär geführten Staat in Syrien, ob mit oder ohne Assad. Die Iraner sind dagegen nach Syrien gegangen, um dort zu bleiben. Sie haben nicht nur enormen politischen und militärischen Einfluss, sondern sind auch wirtschaftlich und gesellschaftlich präsent. 2017 haben Damaskus und Teheran ein Abkommen unterzeichnet – im Bereich der Phosphorförderung, zur Wiederherstellung des Stromnetzes und für eine eigene Mobilfunklizenz. Das heißt der Iran wird Syrien dauerhaft prägen. Das beunruhigt natürlich Israel und die USA, die von Russland erwarten, den iranischen Einfluss in der Region zurückzudrängen. Dafür ist es allerdings zu spät.

Saudi-Arabien ist in Syrien aktuell weniger engagiert als zuvor, weil es sich im Jemen mit einer

Wir neigen dazu, alle aktuellen Konflikte durch die „Rohstoff-Brille“ zu betrachten.

kostspieligen und katastrophalen Militärintervention verkalkuliert hat. Die iranische Dominanz betrachtet Riad mit großer Sorge. Die Türkei will vor allem eine kurdische Autonomie im Norden Syriens verhindern und greift deshalb die von den YPG kontrollierten Gebiete an. Für Präsident Erdogan sind diese wegen ihrer Nähe zur PKK Terroristen, für die USA dagegen die wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den IS. Der Nordosten Syri-



Die antike Oasenstadt Palmyra vor ihrer Zerstörung durch den IS im Jahr 2015

ens war unter kurdischer Selbstverwaltung in den vergangenen Jahren eines der sichersten Gebiete, auch wenn die dort regierende Partei der demokratischen Union (PYD) nicht wirklich demokratisch herrscht. Zehntausende Syrer sind vor Assads Bomben dorthin geflüchtet. Sollte Erdogan seine Ankündigung wahr machen und die YPG bis an die irakische Grenze bekämpfen, wäre das eine weitere Katastrophe für Syrien.

ölquellen ging. Deswegen neigen wir dazu, alle aktuellen Konflikte durch die „Rohstoff-Brille“ zu betrachten. Weil aber Syrien selber über so wenige Rohstoffe verfügt, wurde eine Pipeline-Theorie erfunden, um auch den Syrienkonflikt als westlichen Regimewechsel darstellen zu können. Leider erfreut sich diese Theorie gerade unter linken, ökologisch denkenden und friedensbewegten Menschen einer großen Verbreitung. Dabei taugt sie nicht als monokausale Erklärung. Denn wenn man sich die Fakten anschaut, was die KollegInnen von Adopt a Revolution getan haben, erweist sich die Pipeline-Theorie als falsch. Das wirklich Tragische an dieser Argumentation ist, dass Hunderttausende Syrer zu Marionetten degradiert werden, die angeblich im Auftrag der CIA oder von ihr angestachelt auf die Straße gegangen wären, um ihr Regime zu stürzen. Damit sprechen vermeintlich linke Anti-Imperialisten den Syrer ihr Recht und ihre Fähigkeit zum Widerstand ab nach dem Motto „ohne die CIA geht gar nichts“ – das ist Paternalismus pur.

Europa hat in Syrien keinen wirklichen Plan. Hauptsache, es kommen keine Flüchtlinge mehr.

bekämpften dort seine eigentlichen Feinde: den zivilen und gemäßigten Widerstand. Mancherorts gibt es Nachweise für eine militärische Kooperation zwischen Regime und IS. Jedenfalls war der IS jahrelang Assads Lieblingsfeind, weil er ihn stets als das geringere Übel erscheinen ließ.

Autoren wie Jürgen Todenhöfer oder Dr. Daniele Ganser sagen, die USA, Großbritannien, Frankreich, die Türkei und andere hätten syrische Rebellen mit Waffen und Geld unterstützt.

Das ist korrekt. Der Westen hat syrische Rebellen finanziell und auch mit Waffen direkt unterstützt, aber eben ziemlich planlos und halbherzig. Man hat viel versprochen und wenig geliefert, weshalb sich die Rebellen dann wie erwähnt den radikaleren Finanziers zugewendet haben.

Dr. Daniele Ganser behauptete in unserer letzten Ausgabe, die CIA hätte 1 Mrd. Dollar in die Stärkung der syrischen Rebellen und damit in einen illegalen Regime-Change investiert, der in 400.000 Kriegsopfer mündete. Was sagen Sie dazu?

Russlands litt. In den Augen vieler Syrer waren diese Kämpfer Vasallen des Westens, der den Staatsterror Assads ignorierte und sich nur um die Dschihadisten kümmerte nach dem Motto: „Assad tötet ja nur Syrer, aber der IS ist auch für uns eine Gefahr.“ Die westliche Einmischung wirkte deshalb kontraproduktiv. Am Ende waren es die syrischen islamistischen Gruppen, die das Regime am effektivsten bekämpften und dadurch die Menschen vor Ort für sich gewannen.

Welche Interessen verfolgen die USA und Europa in Syrien? Welche Interessen haben Russland, Iran und Saudi-Arabien in der Region?

Die USA bekämpfen in Syrien den IS und wollen mit 2.000 bis 4.000 Soldaten im Land bleiben, um ein Wiedererstarken des IS zu verhindern, wie sie sagen. Ihre Hauptverbündeten sind die Syrian Democratic Forces, die von den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) angeführt werden. Diese lassen sie gerade im Kampf gegen die Türkei im Stich, weswegen sich die Kurden wieder einmal verraten fühlen. Daneben will Präsident Trump vor

War der Syrienkrieg Ihrer Meinung nach also nicht der Versuch eines „Regime-Change“ durch den Westen bzw. die Nato?

Die Pläne für einen Regime-Change stammen aus der Zeit von US-Präsident George W. Bush. Nach dem 11. September 2001 setzten die USA im Namen des „Antiterrorkriegs“ verschiedene Regime auf ihre „Achse des Bösen“ – darunter auch Syrien. Diese Pläne waren spätestens 2009 Vergangenheit, denn Bushs Nachfolger Obama wollte sich nicht mehr militärisch einmischen. Nach der Libanonkrise wurde Assad wieder zum Partner, Europa wollte seine Kontakte zu Hamas und Hisbollah nutzen, um den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu entschärfen.

Warum gibt es eine solche Diskrepanz zwischen Ihren Aussagen und den Stellungnahmen anderer Experten?

Ich denke, das ist eine Frage der Sichtweise. Es gibt Kollegen, die alles aus der geostrategischen Vogelperspektive analysieren. Sie haben Erklärungsabläufe für die Konflikte dieser Welt entworfen: Der Westen will Regime-Change oder Rohstoffe, Sunniten kämpfen gegen Schiiten usw. Wenn die Schablone nicht passt, wird sie passend gemacht.

Der Himmel über Syrien ist voller Kampffjets, aber kein einziges Flugzeug fliegt dort, um die Bevölkerung vor Bomben zu schützen.

Diese Vogelperspektive ist eine unzulässige Vereinfachung der Realität, die viel komplexer und vielschichtiger ist. Die Menschen vor Ort kommen nur als Opfer oder Statisten vor, als ob sie das Geschehen nicht maßgeblich beeinflussen würden.

Ich versuche im Gegensatz zu diesen Kollegen, syrische Perspekti-



Präsident Assad ist im syrischen Alltag omnipräsent.

ven stärker zu gewichten. Denn ich bin fest überzeugt: Solange wir die Wahrnehmungen der Menschen vor Ort nicht in den Mittelpunkt unserer Analysen stellen, können wir den Konflikt nicht verstehen und auch nicht lösen. Deshalb erkläre ich seit Jahren, was westliche Interessenpolitik bei den Leuten in Syrien auslöst – Wut und Verzweiflung. Die Menschen wollen Schutz vor Bomben, nicht noch mehr Bomben. Der Himmel über Syrien ist voller Kampffjets, aber kein einziges Flugzeug fliegt

dort, um die Bevölkerung vor Bomben zu schützen. Alle fliegen nur, um für die eigenen Interessen zu bombardieren. Welche Heuchelei!

Gibt es überhaupt Wahrheit in der Kriegsberichterstattung und wieso sollten wir Ihren Quellen glauben?

In jedem Krieg gibt es verschiedene Sichtweisen. Es kommt immer

darauf an, wen man fragt und wo dieser Mensch sich befindet. Das bedeutet, wenn ich den Konflikt durchdringen will, brauche ich möglichst viele Quellen und die Fähigkeit, diese einzuordnen.

Als durchreisender Beobachter werden Sie von Menschen in Regierungsgebieten nichts Kritisches hören, denn sie haben berechnete Angst. Wer einen Posten innehat – als Schulleiter, Chef eines Klärwerkes oder Vorsitzender der Handelskammer –, bekennt sich zu Assad, weil er sonst am nächsten Tag diesen Posten nicht mehr hat. So einfach ist das. Die syrische Gesellschaft ist gleichgeschaltet. Die Menschen sind eingeschüchert. Einfach mal hinfahren und die Wahrheit suchen, wie Herr Todenhöfer das gerne macht, kann deshalb peinlich enden. Die Händler in Homs auf Englisch zu fragen, „Assad gut oder schlecht?“, und dann aus den vielen hochgehaltenen Daumen zu schließen, dass Assad sich großer Beliebtheit erfreue, ist im besten Fall naiv, im schlimmsten Fall böswillig-ignorant.

Was Verbrechen angeht, gibt es nur eine Wahrheit. Denn es gibt Täter und Opfer. Alle Kriegsparteien in Syrien begehen Verbrechen, aber die meisten Zivilisten sterben durch das Regime. Eine sehr effektive Strategie des Regimes ist es, Tatsachen so vehement zu verleugnen, dass die Wahrheit als eine von mehreren möglichen Versionen erscheint. Das sehen wir beim Thema der Giftgasangriffe, beim Abwurf von Fassbomben, bei der Bombardierung von Krankenhäusern. In Interviews bestreitet Präsident Assad das alles. Aber diese Verbrechen sind so gut dokumentiert und nachgewiesen, dass sie sich nicht leugnen lassen.

Assad wird bis auf Weiteres an der Macht bleiben, er hat diese Macht aber bereits an seine Unterstützer verloren.

Es gibt eine Fülle von Berichten – von der UN-Untersuchungskommission zu Syrien, von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, von internationalen Nichtregierungsorganisationen. Sie alle belegen die vielfältigen Angriffe auf Zivilisten umfangreich und glaubhaft. Internationale Strafverfolger sagen, sie hätten noch nie so viele gute Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesehen wie in Syrien. Nicht in Ruanda, nicht in Nürnberg, nicht auf dem Balkan. Denn im Falle Syriens gibt es neben unzähligen Zeugnisaussagen mehr als eine Million schriftlicher Dokumente und die Fotos des Militärfotografen Caesar, die beweisen, mit welcher Systematik das Regime Menschenleben vernichtet. Es geht also nicht um „meine“ Quellen, sondern um Detailkenntnis öffentlicher Informationen. Wer diese als westliche

Propaganda zum Zwecke eines Regime-Change abtut, ist ideologisch verblendet.

Wie ist die Lage aktuell? Ist der Krieg bald beendet? Wie ist wahrer Frieden in Syrien und der Region möglich?

Der Krieg ist noch nicht vorbei. Das Regime arbeitet weiter an einer militärischen Lösung und möchte die Deeskalationszonen zurückerobern. Das sehen wir aktuell in Idlib und im östlichen Umland von Damaskus. Dort werden 400.000 Menschen seit viereinhalb Jahren ausgehungert und bombardiert. Kinder, Alte und chronisch Kranke sterben an Unterernährung oder mangeln-

BUCHTIPP

Kristin Helberg
Brennpunkt Syrien
Einblick in ein verschlossenes Land
Herder-Verlag, 2014,
2. Auflage
304 Seiten, 9,99 Euro
978-3-451-06544-6

Kristin Helberg
Verzerrte Sichtweisen – Syrer bei uns
Herder-Verlag, 2016
272 Seiten, 24,99 Euro
978-3-451-80756-5



Willkür und Unterdrückung, Klientelismus und Korruption. Das, was die syrische Gesellschaft eigentlich bräuchte – Stabilität ohne Angst, Aussöhnung, Mitsprache, Gerechtigkeit und Chancengleichheit –, ist mit Assad und den Garanten seiner Macht nicht denkbar. Deswegen wird es keinen stabilen Frieden geben, solange Assad an der Macht ist. Wobei es nicht um seine Person geht, sondern um das System dahinter. Die Geheimdienste müssen entmachtet, die Foltergefängnisse abgeschafft und staatliche Institutionen vom Einfluss des Regimes befreit werden. Die Hauptverantwortlichen für die Verbrechen müssen zur Rechenschaft gezogen werden und die Menschen in Syrien sollten ohne Angst und in Würde leben können. Erst dann wird die Mehrheit der Syrer in ihre Heimat zurückkehren. Wenn wir in Europa also wollen, dass diese Leute nach Hause gehen, müssten wir uns für eine andere Syrienpolitik starkmachen.

Frau Helberg, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Das Interview in voller Länge finden Sie auf www.oekologiepolitik.de

Familien

„Sind das alles Ihre?“

Mit dieser Frage sehen sich kinderreiche Familien häufig konfrontiert. Die Verwunderung darüber, dass Menschen drei oder mehr Kinder haben, ist auch darin begründet, dass es in Deutschland nur ca. 1,2 Mio. Familien gibt, die dieses Modell leben. Der im Jahr 2011 gegründete Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V. (KRFD) ist angetreten, sich für die Wertschätzung und Bedürfnisse eben dieser Gruppe einzusetzen. Sein Motto: „Unsere Kinder – eure Zukunft“.

von Florian Brich

Wenn die Änderung des Baugesetzbuches die Wohnbedürfnisse von Familien mit mehreren Kindern explizit erwähnt (§1 Absatz 6 Nr.2 BauGB), dann ist dies auch auf die Arbeit des Verbandes kinderreicher Familien Deutschland e.V. zurückzuführen. Ebenso ist es ein Erfolg, wenn eine Mitgliedsfamilie des Verbandes an einer Spiegel-Online-Reportage beteiligt ist, die mit dem Grimme Online Award ausgezeichnet wird. Politische Arbeit und mediale Präsenz sind nur zwei der Aufgabenfelder, mit denen sich der Verband kinderreicher Familien e.V. für die Interessen der Mehrkindfamilie einsetzt. Dass es schön ist, viele Kinder zu haben, wissen die Menschen, die sich zur gegenseitigen Unterstützung und Durchführung von Projekten zusammengefunden haben. Schöner noch ist es, diesen Lebensentwurf aktiv in die Gesellschaft hineinzutragen und Verbesserungen zu fordern, die den speziellen Bedürfnissen von Familien mit vielen Kindern gerecht werden.

Mehrwert – ökonomisch

„Bekommt eine Familie mit zwei Kindern, mittlerem Einkommen

und mittlerem Lebenslauf der Mutter ein drittes Kind mit mittlerem Bildungsstand, ergibt sich ein positiver gesamtfiskalischer Wert in Höhe von 58.700 Euro. Erreicht es sogar einen hohen Bildungsabschluss, liegt der Wert bei 448.500 Euro.“ So lautet das Ergebnis einer vom KRFD in Auftrag gegebenen Studie des renommierten IW Köln, die der KRFD im Herbst 2017 in der Berliner Bundespressekonferenz erstmals vorstellte. Dabei liegt es dem Verband fern, die kinderreichen Familien auf einen Geldwert zu reduzieren. Allerdings ist es in der politischen Kommunikation unerlässlich, auch mit belastbarem Zahlenmaterial argumentieren zu können. Die Studie hält auch fest, dass dann, wenn Kinder keinen berufsqualifizierenden Berufsabschluss erreichen, Mehrkosten für die öffentliche Hand entstehen. Daher folgert der Studienleiter Prof. Dr. Axel Plünnecke, Leiter des Kompetenzfelds Bildung, Zuwanderung und Innovation beim IW Köln: „Nur wenn es gelingt, allen Kindern aus Mehrkindfamilien eine gute Ausbildung zu ermöglichen, können diese ihre volkswirtschaft-

lichen Potenziale voll entfalten.“ Der KRFD sieht es als seine Aufgabe, dafür einzutreten, dass die entsprechenden Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden.

Mehr Wert – gesellschaftlich

Familien mit vielen Kindern gibt es in allen Schichten der Gesellschaft. Und dort, wo viele Menschen gemeinsam leben, wo Geschwisterkinder jeden Tag gemeinsam mit den Eltern ihre Wünsche aushandeln und wo Ideen wachsen, wird das



Professor Axel Plünnecke und die KRFD-Bundesvorsitzende Dr. Elisabeth Müller bei der Übergabe der IW Gutachtens

demokratische Verhandeln frühzeitig eingeübt. Durch ihren höheren Konsum und durch die zumindest stabilisierende Wirkung auf die Entwicklung der Gesamtbevölkerung tragen kinderreiche Familien ferner zur Sicherung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes bei. Schließlich aber es ist die Freude, viele Kinder zu haben, die die Familien – gleich in welcher Partnerschaftsform – eint. Wichtig ist, dass dieser Mehrwert auch wahrgenommen wird. Da nach einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung der Geburtenrückgang

der zurückliegenden Jahrzehnte zu 64% auf den Rückgang der kinderreichen Familien zurückzuführen ist, haben diese kein Image, sondern ein Visibilitätsdefizit. Der KRFD betreibt daher seit mehreren Jahren eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und vermittelt kinderreiche Mitgliedfamilien, die sich zu Medienauftritten bereit erklärt haben, an Presse, Funk und Fernsehen. Die gerade im Wahljahr 2017 signifikant gestiegene Zahl an Berichten über Familien mit vielen Kindern und der kontinuierliche Anstieg der Medienanfragen an unseren Verband, bestätigen den KRFD in seiner Arbeit.

Mehr tun – an mehreren Stellen

Die Forderungen des Verbandes kinderreicher Familien Deutschland e.V. zeigen spiegelbildlich auf, wo Verbesserungsbedarf besteht: Ein Mehr an steuerlichen Entlastungen und die Weiterentwicklung des Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting sind wichtig, gerade auch um das Armutsrisiko kinderreicher Familien zu verringern. Dieses ist laut einer Studie der Prognos AG im Auftrag des BMFSFJ aus dem Jahr 2013 bei einer Paarfamilie mit drei Kindern gegenüber einer Paarfamilie mit zwei Kindern doppelt so hoch (8% → 16%). Da kinderreiche Familien weniger Rücklagen für die Altersvorsorge bilden können, fordert der Verband auch eine grundlegende Reform der Sozialsysteme, unter anderem die Einführung einer „Kinderrente“. Erschwinglicher und geeigneter Wohnraum für Familien ist ein weiterer wichtiger Punkt, insbesondere in Ballungszentren. Der KRFD fordert hier unter anderem einen finanziellen Ausgleich wie ein Baukindergeld sowie eine Festschreibung, dass mindestens 10% der Vorhaben im Wohnungsbau mit 90



Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.

Seit seiner Gründung im Jahr 2011 konnte der parteilich unabhängige und konfessionell ungebundene KRFD über 25.000 Mitglieder gewinnen. Der Verband finanziert sich aus Spenden und freiwilligen Mitgliedsbeiträgen und lebt vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder. Mehr über die Aktivitäten, Projekte und Beratungsangebote des KRFD erfahren Sie unter www.kinderreichfamilien.de.

oder mehr Quadratmeter Wohnfläche realisiert werden. Auch bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie im Bereich „Bildung und Teilhabe“ – Stichpunkt: Bewilligung des Bildungs- und Teilhabepakets und BAföG für Familien ab 3 Kindern – hat der Verband spezifische Forderungen formuliert, die der besonderen Lebenswelt kinderreicher Familien Rechnung tragen.

Mehr tun – wo zuerst?

Die bereits erwähnte Studie des IW Köln hat auch die Bestimmungsgrößen für den Übergang zum dritten Kind betrachtet und festgestellt, dass vor allem junge Familien, in denen die ersten beiden Kinder in rascher Folge gekommen sind, eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, sich für ein weiteres zu entscheiden. Setzt man diese Faktoren in Verbindung zu einer Studie, die festgestellt hat, dass sich 30% der Bürger im Alter zwischen 20 und 39 Jahren drei oder mehr Kinder wünschen (die aktuelle Zahl der Mehrkindfamilien entspricht ca. 10%), dann wird deutlich, dass eine finanzielle Entlastung gerade jungen Familien helfen kann, sich für ein drittes Kind zu entscheiden. Denn wer noch am Karriereanfang steht und sorgsam an Alter, Wohnraum und Ausbildung seiner Kinder denkt, braucht Vertrauen, um sich

den Wunsch für das weitere Kind erfüllen zu können. Daher fordert der KRFD konkret 100 Euro mehr Kindergeld für das dritte Kind.

Mehr Kinder – mehr Zufriedenheit

In einer aktuellen Presseanfrage wurde unser Verband gefragt, welche Vorteile Familien genießen, die viele Kinder haben. Wir haben uns nicht nur darüber gefreut, dass diese Frage so gestellt wurde, sondern können auch mit einer weiteren Feststellung aus der IW-Studie antworten: Es sind die gesünderen und zufriedeneren Mütter und Väter, die sich für viele Kinder entscheiden. ■

Florian Brich ist seit dem Jahr 2016 Bundesgeschäftsführer des KRFD. Zuvor war der Vater von vier Kindern im Alter zwischen 5 und 11 Jahren bereits als Vorstand Öffentlichkeitsarbeit für den Verband tätig. In enger Abstimmung mit dem Bundesvorstand sorgt er sich um den gesellschaftlichen Dialog, die strategische Zielsetzung und die interne Verbandsorganisation.



florian.brich@kinderreiche-familien.de

An alle Mitglieder

von Agnes Becker

Liebe Mitglieder und Interessierte,

ein anderes Gesicht lacht Ihnen heute an dieser Stelle entgegen. Gestatten, Agnes Becker mein Name, kommissarische ÖDP-Bundesvorsitzende. Viele von Ihnen, liebe Mitglieder, wissen bereits, dass Gabriela Schimmer-Göresz zum Jahreswechsel aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Amt als Bundesvorsitzende der ÖDP zurückgetreten ist. Aber vielleicht wissen es ja doch noch nicht alle.

Ich bedauere diesen Schritt sehr, habe aber natürlich vollstes Verständnis und denke, wir alle wünschen Gabi auf diesem Weg das Beste. Ganz herzlich möchte ich mich für ihre unermüdliche Arbeit für die ÖDP in den vergangenen drei Jahren im Bundesvorstand bedanken und ich freue mich sehr, dass sie der ÖDP als Kreisvorsitzende von zwei Kreisverbänden erhalten bleibt.

Liebe Gabi, danke Dir!

Bis zum Bundesparteitag am 5./6. Mai 2018 in Aschaffenburg, bei dem der gesamte Vorstand neu gewählt wird, habe ich als 1. stellvertretende Vorsitzende das Amt übernommen. Ich hoffe, ich mache es im Sinne der ÖDP gut, und noch mehr hoffe ich dabei auf Ihre Unterstützung!

Damit Sie überhaupt wissen, mit wem Sie es zu tun haben, stelle ich mich kurz vor:

Ich bin 37 Jahre alt, lebe in Wegscheid bei Passau, bin gelernte Schreinerin, Tierärztin und Nebenerwerbslandwirtin. Seit 1997 bin ich Mitglied der ÖDP und seit 2014 Kreisrätin in einer vierköpfigen ÖDP-Fraktion im Passauer Kreistag. 2009 wurde ich zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der ÖDP Bayern gewählt, was ich seitdem bin. Dem Bundesvorstand gehöre ich seit 2014 an.

Lassen wir endlich die Sau raus!

Unter diesem Motto hätten die Menschen im Januar in Berlin und in Passau auch für eine Agrarwende und eine bessere Tierhaltung demonstrieren können. Das inzwischen schon traditionelle Motto war „Wir haben es satt!“ und es zog: 33.000 Menschen in der Hauptstadt und 2.000 Demonstranten in Passau kamen (siehe Folgeseite).

Gleich zu Jahresbeginn ein motivierendes Zeichen! Und die ÖDP zeigte in beiden Städten Präsenz! Herzlichen Dank an alle, die dabei waren! Immerhin einen Teilerfolg konnten die Passauer Demonstranten dem designierten



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

Ministerpräsidenten Söder abringen. Er sagte zu, dass er sich als Vertreter Bayerns auf Bundesebene für einen schnellen Glyphosat-Ausstieg einsetzen werde. Was immer er damit meinte, wir werden es ihn nicht vergessen lassen.

Ein frischgebackenes ÖDP-Mitglied, eine ältere Dame, sagte mir nach der Demo: „Das war die erste Demo meines Lebens. Das war toll, das machen wir wieder.“

Jawohl, das machen wir. Und die Themen werden uns nicht ausgehen ...

Von Kraken und Kranken

Während ich diesen Text schreibe, laufen die Koalitionsverhandlungen noch. Klar ist aber schon jetzt, dass von der kommenden Bundesregierung in Sachen Ökologie und Klimaschutz nicht viel zu erwarten ist.

Einhellig verabschiedeten sich CDU/CSU und SPD sehr flott von den 2007 gesetzten deutschen CO₂-Reduktionszielen. Die Atemluft ist in vielen deutschen Städten als gesundheitsschädlich einzustufen und sorgt für tausende Todesfälle und Kranke im Jahr. Die große Koalition war und ist seit Jahren unfähig und unwillig, dieses Problem zu lösen. Das Bekanntwerden von abartigen Abgasversuchen an Menschen und Affen zeigt, wie weit der Lobbyistenkrake seine Tentakel ausgestreckt hat und mit welchen abscheulichen Mitteln gearbeitet wird. Es zeigt aber auch, dass tagtäglich ganz reale Versuche an Mensch und Tier in deutschen Städten stattfinden.

Wie gesagt, die Themen werden uns nicht ausgehen. Bleiben Sie engagiert oder fangen Sie damit an! Sie werden feststellen, Sie sind nicht allein!

Liebe Grüße

Agnes Becker
komm. ÖDP-Bundesvorsitzende

2.000 Teilnehmer bei Demo für Agrarwende in Passau

Becker: „Wir kämpfen für eine Neuausrichtung der Agrarpolitik!“

Die eindrucksvolle „Wir haben es satt“-Demonstration gegen Glyphosat und Massentierhaltung in Passau zeigt, dass die CSU sich endlich für eine Wende in der Agrarpolitik öffnen muss: „Die Politik muss eine faire und ehrliche Partnerschaft mit der bäuerlichen, nicht-industrialisierten Landwirtschaft ermöglichen. Faire Regeln statt Wachsen oder Weichen“, forderte die kommissarische Bundesvorsitzende Agnes Becker.

2.000 Menschen demonstrieren dafür Ende Januar in Passau vor dem Neujahrsempfang der CSU, bei dem der designierte Ministerpräsident Söder sprach. Im Vorfeld kam es zu einem heftigen Wortgefecht. Der örtliche CSU-Vorsitzende Putzke wollte die Übergabe eines agrar-politischen Positionspapiers an Söder verhindern, weil er in den Demonstranten nur „Störer der CSU-Veranstaltung, bei der Ehrenamtliche geehrt werden“ sehen konnte. Der Kreisobmann des Bauernverbandes Hans Koller sprach sogar von zweifelhaften Organisationen, die die Demo organisiert hätten. Natur- und Umweltschutzverbände, Verbraucherorganisationen, kirchliche Verbände und ökologische Anbauverbände sowie die ÖDP und die Grünen hatten die Demo un-



Foto: ÖDP-Bayern

Die kommissarische ÖDP-Vorsitzende Agnes Becker und Bundesvorstandsmitglied Urban Mangold an der Spitze eines beeindruckenden Demonstrationzugs

terstützt. Koller stellte das Veranstalter-Bündnis sogar in die Nähe von „Organisationen, die beispielsweise für Stalleinbrüche verantwortlich sind und vor kriminellen Handlungen nicht zurückschrecken“. Absurder hätte die Gegenposition des Bauernverbandes nicht formuliert werden können. Die Strategie ging, wie nicht anders zu erwarten, nach hinten los und motivierte erst recht viele Menschen, auch viele Landwirte, sich an der Demo zu beteiligen. Neben zahlreichen ÖDP-Mitgliedern aus ganz Bayern nahm auch Landesvorstandsmitglied Sebastian Högen aus Sachsen teil.

Für die ÖDP sprach bei der Demo die kommissarische Bundesvorsitzende Agnes Becker, die die unethischen Zustände in der Tierhaltung anprangerte. Die Agrarpolitik sei ein zentrales Thema im Meinungswettstreit bis zur Landtagswahl, erklärte Becker.

Die Rede von Agnes Becker im Wortlaut:



Foto: ÖDP-Bayern

Sehr geehrte Damen und Herren,
herzlichen Dank für Ihr Kommen! Ich bin stolz, hier heute mit Ihnen stehen zu dürfen!

Hier demonstriert nicht die wilde Horde, die der örtliche CSU-Vorsitzende Putzke vom Neujahrsempfang und vom designierten Ministerpräsidenten Söder fernhalten

muss, damit wir nicht die Ehrung der Ehrenamtlichen stören. Hier demonstrieren friedliche Menschen aus allen Gesellschaftsschichten gemeinsam mit aktiven Bauern gegen eine Landwirtschaftspolitik, die wir satt haben. Übrigens, Herr Prof. Dr. Putzke, wir tun das auch EHRENAMTLICH! Wenn Sie also noch jemanden für eine Ehrung suchen, wir wären jetzt da ...

Dem vermeintlichen „Oberbauern“ und Bauernverbandsfunktionär Koller sei gesagt: Sie vertreten nicht die Bauern, sie vertreten deren Untergang. Über Jahrzehnte war die einhellige Botschaft von Bauernverband und CSU an die Landwirte: Wachse oder weiche! Wenn einer wächst, müssen andere weichen. Und zigtausende Bauern sind in den letzten Jahren gewichen. Verschwunden. Haben für immer die Stalltür zugemacht. Gratulation! Ein solches Höfesterben hat Bayern noch nicht erlebt. Die Überlebenden werden zu immer mehr Leistung um jeden Preis gezwungen, sollen für den Weltmarkt produ-

zieren, immer größere Höfe bewirtschaften und billigt arbeiten. Diese Entwicklung hat viele furchtbare Folgen, auch für die Bauern selbst. Wo lebendige Wesen im Spiel sind, ist sie eine echte Tragödie.

Als gelernte Tierärztin will ich, muss ich, über Tiererschutz sprechen. Bewusst nicht über Tierwohl, denn dieses Wort hat der Landwirtschaftsminister Schmidt im Mund und damit hat es jeden ernst zu nehmenden Inhalt verloren. Ich will Sie mit einem Begriff vertraut machen, den vielleicht einige noch nicht kennen. Der Begriff der Technopathie. Er umfasst Krankheiten, Verletzungen und andere Schäden bei landwirtschaftlichen Nutztieren, die direkt oder indirekt durch die Haltungsbedingungen verursacht werden. Das bekommt man im Tiermedizinstudium beigebracht. Am Beispiel Schwein will ich zeigen, was das bedeutet. Und damit niemand sagt, ich hätte mir das ausgedacht, beziehe ich mich auf eine Studie der Ludwig-Maximilians-Universität München aus dem Jahr 2016. Diese Studie stellt nach allen Regeln der wissenschaftlichen Kunst fest: 91,8% der Mastschweine aus konventioneller Haltung zeigen zum Schlachtzeitpunkt Lahmheiten und erhebliche krankhafte Veränderungen an den Gliedmaßen. Bei gut der Hälfte der Tiere sind die Schäden mittel- bis hochgradig. Nur nochmal die Zahl: 91,8%! Und das sind junge Tiere mit rund 6 Monaten! Das wäre in etwa vergleichbar mit einer Abiturklasse voller junger Erwachsener und 91,8% der Abiturienten könnten nicht schmerzfrei laufen. Stellen Sie sich das vor. Man würde

Schuldirektor, Kultusminister und wahrscheinlich noch einige andere lynchen.

Ich will Tiere nicht mit Menschen gleichsetzen, aber so fern ist uns die Sau nicht. Und es braucht auch nicht allzu viel Vorstellungsvermögen: Leben Sie mal 6 Monate lang auf Betonvollspaltenboden, ich verspreche Ihnen, neben Depressionen bekommen Sie auch Schäden am Fahrgestell. Übrigens bei der Vergleichsgruppe von Ökoschweinen zeigten nur 13,8% Veränderungen, allesamt geringgradig. Was also läuft falsch?

Tiere werden zurechtgestutzt, damit sie in die arbeitsökonomisch optimierten „Ställe“ hineinpassen. Es werden Hörner entfernt, Schwänze abgeschnitten, Schnäbel gekürzt, Zähne abgezwickelt. Alle diese Verstümmelungen dienen ausschließlich dem Zweck, noch mehr Tiere auf noch kleinerem Raum zu halten. Und die Gesetze erlauben das! Tiere erleiden Schmerzen und Leiden durch die Bedingungen, in denen sie leben müssen. Wie ausgequetschte Zitronen werden sie nach Gebrauch entsorgt.

Wir stehen hier und demonstrieren genau dagegen. Wir demonstrieren gegen eine Tierhaltung, die Tiere zu Krüppeln macht! Wir demonstrieren gegen eine Politik, die das erlaubt, achselzuckend Fakten ignoriert und jede Verantwortung auf Verbraucher und Bauern abschiebt. Die Aufgabe von Politik ist es, klare Regeln für alle vorzugeben, die wirksam Tierleid verhindern. So steht es im Grundgesetz. Handelt endlich danach. Denn so, wie es jetzt läuft, haben wir es satt! ■

würfe gegen Bundesagrarminister Christian Schmidt. Wie immer hatten die Demonstranten viele kreative Ideen für Kostüme und Sprüche. Die Veranstalter hatten dazu aufgerufen, Kochtöpfe zum Alarmschlagen mitzubringen, vor dem Wirtschaftsministerium wurde es besonders laut. Die Route führte zum Schluss am Bundestag vorbei bis zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor. Es war schön zu sehen, dass es so viele Menschen gibt, die sich für eine bessere Agrarpolitik einsetzen, und dass die ÖDP Präsenz zeigen konnte. ■



Foto: ÖDP-Bundespressstelle

„Wir haben es satt“ – Demo in Berlin

Am 20.01.2018 fand anlässlich der Grünen Woche die alljährliche Demo für eine gerechtere Agrarpolitik statt. Bereits zum achten Mal gingen mehrere Zehntausend Menschen – laut der Polizei – unter dem Motto „Wir haben es satt!“ auf die Straße. Die Veranstalter sprachen von 33.000 Menschen.

Auch die ÖDP und die Jungen Ökologen waren mit dabei – am Treffpunkt am Berliner Hauptbahnhof fanden sich die ÖDP-Mitglieder ein, verstreut auf der Demo konnte man hin und wieder weitere ÖDP-Fahnen erblicken. Vorneweg zogen wie jedes Jahr rund 100 Traktoren von Bauern aus ganz Deutschland. Trotz des zwischenzeitlich leichten Regens ließen sich die Teilnehmer nicht unterkriegen. Mit Musik und guter Laune zeigten die Menschen ihre Meinung.

Großes Thema auf den Plakaten war der Protest gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat und Vor-

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Ausblick 2018/2019

In diesem Jahr steht am 14. Oktober die für die ÖDP wichtige Landtagswahl in Bayern an. Auch die Bezirkstage werden neu gewählt, hier ist die ÖDP mit Mandaten in 5 von 7 Bezirken vertreten. Derzeit werden im größten ÖDP-Landesverband überall für beide Wahlen die Direktkandidaten und die Bezirkslisten aufgestellt. Außerdem wird am 28. Oktober 2018 in Hessen ein neuer Landtag gewählt, der ÖDP-Landesverband hat Ende 2017 bereits seine Landesliste aufgestellt. Hierzu müssen 1.000 Unterstützungsschriften gesammelt werden (Infos auf www.oedp-hessen.de).

Im nächsten Jahr 2019 finden dann im Mai die für den Bundesverband sehr wichtige Europawahl und zahlreiche Kommunalwahlen statt. Drei weitere Landtagswahlen folgen im Herbst 2019 (Sachsen, Brandenburg, Thüringen). Ob irgendwann eine vorgezogene Bundestagswahl noch stattfinden wird, ist bei Redaktionsschluss offen und wird sicherlich auch in den nächsten vier Jahren offenbleiben.

Daher wird der Bundesverband in den nächsten Wochen und Monaten seinen Fokus darauf legen, dass die Parteistrukturen gestärkt und neue Kreisverbände gegründet werden. Dazu wird der Bundesvorstand im Februar auf einer Klausurtagung beraten und entsprechende Konzepte diskutieren, um vor allem die kleinen Landesverbände zu unterstützen. Zuvor wird Anfang Februar der Bund-Länder-Rat die zurückliegende Bundestagswahl analysieren und gemeinsam mit unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus

Buchner in einer ersten Runde die Europawahl vorbereiten.

Ferner sind in diesem Jahr zwei Bundesparteitage vorgesehen. Beim Bundesparteitag am 5./6. Mai 2018 in Aschaffenburg wird der Bundesvorstand neu gewählt und das Europapolitische Programm behandelt. Beim Bundesparteitag am 27./28. Oktober in Bingen (Rheinland-Pfalz) wird die Bundesliste der ÖDP für die Wahl zum Europäischen Parlament aufgestellt. Auch wird dieses Jahr noch ein Bundeshauptausschuss zu terminieren sein, auf dem die Bundesprogramm- und Bundessatzungskommission neu zu wählen sind.

Profilschärfung der ÖDP

Es steht uns also ein arbeitsreiches Jahr bevor. Dies bedeutet für viele Aktive wieder, dass sie viel Zeit für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen investieren müssen. Dazu kommt, dass das politische Tagesgeschäft in einem Vorstand oder mit einem kommunalen Mandat weitergeht. Wir werden uns dann in der weiteren Arbeit auf der Bundesebene für eine weitere Profilschärfung der ÖDP einsetzen. Erste Tendenzen hierzu werden uns sicherlich die oben erwähnten Sitzungen im Februar 2018 liefern können. Außerdem werden wir für unsere Internetseiten ein neues Layout installieren lassen, um moderner und zeitgemäßer im Internet auftreten zu können. Der Auftrag hierzu ist erteilt und wir hoffen, im März/April 2018 Vollzug melden zu können. Dazu werden aber noch alle Parteigliederungen und Webmaster rechtzeitig informieren.

Eventuelle Neuwahlen

Eine vorgezogene Bundestagswahl könnte uns auch noch blühen, wobei ich im Augenblick nicht zu sagen vermag, ob es dafür aus Sicht der ÖDP einen idealen Zeitpunkt gäbe. Ich bin jedenfalls der Auffassung, dass ich froh wäre, wenn diese Zusatzbelastung nicht auf uns zukommen würde. Eine Teilnahme wäre sicherlich noch zu diskutieren, aber die Rückmeldungen aus einigen Landesverbänden sind eher im Sinne eines Wahlantritts, auch wenn die finanziellen und personellen Ressourcen hierfür weitgehend ausgeschöpft sind.

Ich meine aber auch, dass die derzeit gewählten Parteien verpflichtet sind, eine Regierung zu bilden, ob GroKo oder nicht. Eine Minderheitsregierung könnte das Parlament stärken und die politische Debattenkultur erneuern. Diese wäre aus meiner Sicht eine Option, die man ausprobieren sollte. Jedenfalls würde eine Neuwahl kein wesentlich anderes Ergebnis bringen, außer dass die politischen Ränder weiter gestärkt werden.

Sie sehen, es wird uns nicht langweilig. Ich wünsche Ihnen noch von Herzen ein frohes neues Jahr 2018 und viele Erfolge bei allen vor uns liegenden Aktionen und Wahlen. ■

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro
Neckarstr. 27–29
55118 Mainz

Tel.: (0 61 31) 67 98 20
Fax: (0 61 31) 67 98 15

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ende des Jahres war ich als offizielles Mitglied der EU-Delegation in Buenos Aires, um dort an einer Konferenz der Welthandelsorganisation WTO teilzunehmen. Die Ergebnisse nach einigen Tagen zäher Verhandlungen haben mich mehr als enttäuscht. Das liegt nicht nur daran, dass die WTO eigentlich komplett reformiert werden müsste. Gegenwärtig beherrscht ein neoliberaler Zeitgeist das Denken, sodass Themen wie fairer Handel, Solidarität und Gemeinwohl überhaupt nicht zur Sprache kommen. Eine Welthandelsorganisation, die nur daran interessiert

die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Vor Kurzem konnten wir im Ausschuss für Internationalen Handel viele Verbesserungen erzielen. Menschenrechte sind nun zentraler Bestandteil bei der Exportkontrolle und neue, strengere Transparenzregeln wurden eingeführt. Auch die Zivilgesellschaft ist jetzt in die offiziellen Expertengremien mit einbezogen. Bei einer Abstimmung im EU-Parlament votierten 571 Abgeordnete für meinen Bericht, 29 dagegen, 29 enthielten sich. Strengere EU-weite Regeln für den Export von Überwachungstechnik sollen verhindern, dass aus der Europäischen Union Drohnen, Spionage-Software an Diktatoren und autoritäre Regime geliefert werden. Ich bin mit vielen anderen Abgeordneten einig, dass europäische Exporte keine menschenverachtenden Regime unterstützen dürfen. Die EU muss sicherstellen, dass Ausfuhren von Überwachungstechnik nicht Freiheit und Grundrechte gefährden. Im Zweifelsfall müssen Verkäufe verboten werden. Die Verfolgung politischer Gegner im Iran und die brutale Niederschlagung des arabischen Frühlings in Ägypten und Bahrain mithilfe europäischer Überwachungstechnologie werfen einen dunklen Schatten auf die Exportpolitik der Europäischen Union, sie darf sich nicht zum Komplizen autoritärer Regime machen. Das Europäische Parlament muss bei ihrer Exportpolitik die Menschenrechte beachten, selbst wenn dadurch ein milliardenschwerer Markt eingeschränkt wird. Nun sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, sich auf eine gemeinsame Position zu einigen, damit wir schnellstmöglich in die Verhandlungen über eine menschenrechtsorientierte EU-Exportpolitik einsteigen können.

Mehr Infos über Dual-use, aber auch über meine anderen Themen, können Sie im EU-Magazin lesen, das Sie kostenlos bei meiner Mitarbeiterin Florence von Bodisco bestellen können. Kontakt: bodiso@klausbuchner.eu

Es grüßt Sie herzlich

K. Buchner

Ihr Klaus Buchner



Im Dezember nahm ich an einer Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Buenos Aires teil.

ist, wie Konzerne ihre Macht vergrößern, lässt regionale Märkte ausbluten und schadet damit den Menschen, die vor Ort leben. In Buenos Aires stritt man z.B. wieder darum, ob Indien weiterhin seine ärmere Bevölkerung mit Lebensmitteln versorgen darf. Die USA sehen darin aber eine unerlaubte Subvention der Getreide- und Reisproduktion. Es ist also nicht selbstverständlich, dass Indien den Hunger und die Mangelernährung in der Bevölkerung reduzieren darf, ohne international Probleme zu bekommen. Es läuft etwas grundsätzlich schief in der WTO – doch ich werde mich weiter einmischen und Sie über meine Arbeit auf diesem Gebiet informieren.

Im Europäischen Parlament bin ich Berichterstatter für sog. „Dual-use-Güter“. Das sind Erzeugnisse,

Wachstum ohne Grenzen? Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

öd

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsstag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

.....
Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29
info@oedp.de | www.oedp.de

Baden-Württemberg

Wahlvorbereitungen für 2019

Die Kommunalwahlen und die Europawahl, die beide im Frühjahr 2019 stattfinden werden, nahen unaufhaltsam. Daher wird das Jahr 2018 in erster Linie der Vorbereitung dieser beiden Wahlen dienen. Für die ÖDP geht es um viel, gilt es doch, das Europamandat und zahlreiche kommunale Mandate zu verteidigen und nach Möglichkeit neue hinzugewinnen. Bei den Kommunalwahlen ist zunächst die entscheidende Aufgabe, in möglichst ausreichender Zahl Kandidatinnen und Kandidaten zu finden. Dies ist die Voraussetzung für gute Ergebnisse. Der Landesvorstand wird sich vom 2. bis zum 3. März im Bildungshaus St. Bernhard in Rastatt zu einer Klausursitzung zusammenfinden, um im Hinblick auf die Kommunalwahlen über eine strategisch kluge Vorgehensweise und Wege reibungsloser Kommunikation zu beraten. Dort wird es schwerpunktmäßig auch um Mitgliederwerbung gehen. Gerade in den aktiven Landesverbänden ist derzeit eine positive Mitgliederentwicklung festzustellen. Wir wollen Wege finden, diese positive Tendenz auch in Baden-Württemberg in die Wege zu leiten.

Um einen optimalen Austausch zu Fragen rund um die Kommunalwahlen zu ermöglichen, wird am 21. April (vermutlich in Stuttgart) ein Strategietreffen stattfinden. Hier sollen insbesondere auch Wege der Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten und die Alleinstellungsmerkmale besprochen werden. Damit das Treffen möglichst ergiebig wird, bitten wir um rege Teilnahme, und zwar sowohl von kommunalpolitisch erfahrenen Mitgliedern als auch von Mitgliedern, die neu in die Kommunalpolitik einsteigen wollen.

Der nächste Landesparteitag wird zweitägig sein und vom 16. bis zum 17. Juni im Bonjour Tagungshotel in Gerlingen (bei Stuttgart) stattfinden. Zentrale Tagesordnungspunkte werden die Neuwahl des Landesvorstandes und die Neuwahl der Delegierten zum Bundesparteitag sein. Letztere ist notwendig, damit auf dem Bundesparteitag im Herbst formal korrekt die Kandidatenliste zur Europawahl aufgestellt werden kann. Mitglieder, die für den Landesvorstand kandidieren wollen, melden sich bitte bei dem Landesgeschäftsführer Uli Stein. Anträge an den Landesparteitag sind bis zum 24. März in der Landesgeschäftsstelle einzureichen, Änderungsanträge bis zum 5. Mai.

Auch im Jahr 2018 möchte die ÖDP in Baden-Württemberg wieder sichtbar nach außen hin in Erschei-

nung treten. So wird sie erneut an der Demonstration in Neckarwestheim zum Fukushima-Jahrestag teilnehmen. Die Demonstration wird am 11. März unter dem Motto „Fukushima - Strahlung ohne Ende“ stattfinden. Außerdem ist eine Teilnahme an einer Regionalmesse oder Fachmesse angedacht. Derzeit werden die infrage kommenden Messen sondiert.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel.: (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de*

*Regionalbeauftragter Matthias Dietrich
Tel.: (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

Bayern

ÖDP-Landesparteitag: neues Programm – neue Schwerpunktaktion

Die bayerische ÖDP hat im Januar bei ihrem Landesparteitag in Hirschaid ihr neues Landtagswahlprogramm „Der bessere Bayern-Plan“ verabschiedet. 250 Delegierte aus ganz Bayern waren hierzu nach Oberfranken gereist. Die ÖDP im Freistaat will ihren Aufwärtstrend in den Kommunen und im Land jetzt endlich mit dem Einzug in den Landtag krönen. Das neue Programm wird im Frühjahr gedruckt.

Bayerns Schätze durch Flächensparen bewahren, faire Bündnisse mit der Landwirtschaft statt Agrarindustrie und Massentierhaltung, Trinkwasser und Gewässer schützen, die Klimaüberhitzung bekämpfen, eine Wende in der Verkehrspolitik durch Ausbau und konsequente Verbilligung des ÖPNV – diese ökologischen Schwerpunktthemen sind Teil des besseren Bayern-Plans.

Die ÖDP will sich aber auch auf anderen Politikfeldern als „wählbare Alternative zur CSU“ präsentieren und mit klaren Positionen für neues Vertrauen in die Politik werben. „Die Seehofer/Söder-CSU ist mitverantwortlich für das schwindende Vertrauen der Bürger in die Politik und braucht deshalb ein neues, wertorientiertes Korrektiv. Wir nehmen die aktuellen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst: Für uns gehört die innere Sicherheit zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Wir wollen das Personal für Polizei und Justiz deutlich aufstocken. Und wir wollen eine Sockelrente nach dem Modell der kirchlichen Verbände zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung einführen, um Altersarmut zu bekämpfen“, erklärte der ÖDP-Landesvorsitzende Klaus Mrasek.



ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek spricht vor den Delegierten in der voll besetzten Halle des Energieparks Hirschaid.

Die ÖDP fordert, den Soli umzuwidmen in eine solidarische Finanzierung der familiären Sorge- und Pflegearbeit. Wer kleine Kinder familiär betreut und für pflegebedürftige Angehörige sorgt, leistet immens viel für die Gesellschaft und sollte hierfür ein Familienehalt bekommen, finanziert aus dem Solidaritätszuschlag, schlägt die ÖDP vor. Die Erziehungsarbeit müsse sich stärker auf die Rente auswirken.

Die ÖDP will außerdem eine grundsätzliche Agrarwende: Weg von der CSU-Politik des Wachsens oder Weichens, eine an die Fläche gebundene Tierhaltung und den Ausstieg aus der industriellen Massentierhaltung, faire Preise statt fataler Exportorientierung und ein Verbot von Glyphosat – hinter diesen Forderungen steht die ÖDP geschlossen.

Eine zentrale Aufgabe seien konkrete Projekte der Fluchtursachenbekämpfung: „Gerade weil wir in Deutschland nicht die Probleme der ganzen Welt lösen können, wollen wir eine Politik voranbringen, die über die Grenzen schaut: Aggressive subventionierte Landwirtschaftsexporte aus der EU, die industrialisierte Fischerei zum Schaden der einheimischen Bevölkerung müssen ebenso eingestellt werden wie der mörderische Waffenexport“, so Mrasek. Die ÖDP will im Wahlkampf herausstellen, dass CSU, SPD und FDP unverantwortbare Waffenexporte immer größeren Ausmaßes befürworten.

Mit einer neuen bayernweiten ÖDP-Aktionsidee von Urban Mangold will die ÖDP im Landtagswahljahr punkten: die Verlängerung der gesetzlichen Mängelhaftung für Haushaltsgeräte, Informations- und Unterhaltungselektronik auf 5 Jahre (siehe Kasten auf S. 60).

Wenig Glauben schenken den Delegierten den Ankündigungen des designierten Ministerpräsidenten Söder, künftig dem Flächenfraß den Kampf anzusagen. Der Parteitag gab grünes Licht für eine Petition, mit der Söder und die Landtagsmehrheit aufgefordert werden, die Ankündigung zu beweisen, das Landesentwicklungsprogramm erneut zu beraten und darin noch vor der Landtagswahl verbindliche Obergrenzen für den Flächenverbrauch zu verankern. Die von den Delegierten unterzeichnete Petition ist mittlerweile im Landtagsamt eingegangen und steht im Landtag demnächst auf der Tagesordnung.

Mit dem „Goldenen Reißnagel“ ehrt die ÖDP seit zwei Jahren verdiente Mitglieder. Peter-Michael Schmalz aus dem niederbayerischen Langquaid im



Mit dem Goldenen Reißnagel zeichnete Klaus Mrasek den niederbayerischen ÖDP-Kommunalpolitiker Peter-Michael Schmalz aus.

Landkreis Kelheim bekam in Hirschaid diese Auszeichnung von Klaus Mrasek verliehen. „In 29 Jahren hat



Sandra Beinbauer, mit 16 Jahren jüngste Parteitage delegierte im Gespräch mit MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner

Peter Michael Schmalz als Marktgemeinderat für seine Gemeinde, als Kreisrat für seinen Landkreis, für Niederbayern und letztendlich für die ÖDP Herausragendes geleistet. Er steht beispielhaft für die vielen aktiven ÖDP-Mandatsträger in ganz Bayern“, würdigte Mrasek den Ausgezeichneten.

Erfreut nahmen die Delegierten zur Kenntnis, dass es in der ÖDP Bayern wieder eine zunehmende Verjüngung bei den Mitgliedern gibt. Der Landesvorsitzende begrüßte als jüngste Parteitage delegierte die 16-jährige Sandra Beinbauer, die zugleich Niederbayern-Botschafterin der Initiative „plant for the planet“ ist.

Als hauptamtlichen Mitarbeiter musste der ÖDP-Landesverband Markus Raschke verabschieden, der eine neue hauptberufliche Herausforderung annimmt, der ÖDP aber ehrenamtlich aktiv erhalten bleibt.



Markus Raschke wurde als hauptamtlicher Mitarbeiter der ÖDP Bayern vom Landesvorsitzenden verabschiedet.

Landesparteitag beschließt Schwerpunktkampagne im Landtagswahlkampf: fünf Jahre Garantie auf Haushaltsgeräte

ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Urban Mangold hat dem bayerischen Landesvorstand und dem Landesparteitag eine außergewöhnliche Idee vorgeschlagen, auf die ihn seine Ehefrau Katrin gebracht hat: „Macht doch mal was, was jedem etwas bringt und Stress reduziert, zum Beispiel, dass es auf Haushaltsgeräte eine längere Garantie gibt“, war der Rat an den Ehemann.

Gesagt, getan: Mangold hat aus dieser Idee eine politische Aktion entwickelt: Mit Online-Petitionen, Unterschriftenlisten, Mitmach-Aktionen in den Fußgängerzonen, Resolutionsanträgen in den kommunalen Gremien, Gesprächsterminen bei den Handwerkskammern und Verbraucherschutzbüros will die ÖDP für eine Verlängerung der gesetzlichen Mängelhaftung für Haushaltsgeräte, Informations- und Unterhaltungselektronik kämpfen. Fünf statt bisher zwei Jahre soll sie künftig gelten.

Nach dem positiven Landesparteitagsbeschluss im Januar steht fest: Die ÖDP wird diese Idee den Bürgern im Landtagswahlkampf 2018 vorstellen. Sie kann und soll aber auch außerhalb Bayerns übernommen werden und wird deshalb auf Vorschlag des Bundesvorstandes auch beim Bundesparteitag im Mai in Aschaffenburg vorgestellt. Die Botschaft im Wahlkampf: Eine ÖDP-Landtagsfraktion wird

als ersten Antrag noch im Jahr 2018 eine Bundesratsinitiative Bayerns für diese Gesetzesänderung beantragen.

Jeder kennt das Problem: Die Lebensdauer von Produkten wird immer kürzer. Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist funktionieren Geräte plötzlich nicht mehr. „Der Verdacht liegt nahe, dass manche Hersteller gezielt Schwachstellen in ihre Geräte einplanen, um die Nutzungszeit künstlich zu verkürzen und den Absatz anzukurbeln. Jeder kann sich denken, warum die Politik nichts dagegen unternimmt. Das liegt sicher an den Parteispenden mancher Konzerne“, meint Mangold.

Dies führt zu unnötigem Stress und finanziellen Belastungen der Verbraucher und damit auch zu sozialen Problemen. „Viele können sich nicht jeden Augenblick ein neues Gerät kaufen.“ Und auch die Umwelt werde belastet: „In all unseren Produkten stecken wertvolle Ressourcen, Energie und Arbeitskraft. Sie sollten wenigstens so lange wie möglich genutzt werden können“, fordert der ÖDP-Politiker.



Urban Mangold

ÖDP Bayern kämpft für das Riedberger Horn

Der Landesvorstand der bayerischen ÖDP tagte zum Jahresende 2017 in Fischen bei Oberstdorf. Man sei bewusst ins Oberallgäu gekommen, um Solidarität mit den Menschen zu zeigen, die sich „gegen eine weitere Zerstörung des Riedberger Horns wehren“. „Wenn wir die Bebauung des Naturschutzgebietes Riedberger Horn und der dortigen Schutzzone C des Alpenplans nicht verhindern, sind die letzten Dämme gebrochen und ganz Bayern wird der Profitgier geopfert“, sagte Landesvorsitzender Klaus Mrasek bei einem Presse-

gespräch. Mit welcher Kaltherzigkeit die bayerische Regierung hier den Verfassungsauftrag mit Füßen trete, sei erschreckend und erfordere Widerstand. Die Menschen vor Ort hätten schon immer ihren höchsten Schatz – die Natur – verteidigt, sagte der örtliche ÖDP-Landtagskandidat Michael Finger. Für ihn ist klar, dass gegen entsprechende Baugenehmigungen am Riedberger Horn geklagt werde.

ÖDP-Landeschef Mrasek fordert von Söder eine Präzisierung seines neuen Wahlkampfthemas

ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek fordert den designierten Ministerpräsidenten Markus Söder auf, „das Beste für Bayern nicht nur rein materiell zu definieren“. Zwar sei es erfreulich, dass sich Söder vom dumpfen „Bayern first“-Kampfslogan verabschieden will, das neue CSU-Motto „Das Beste für Bayern“ sei jedoch ebenso auslegungsfähig. Nach Ansicht der ÖDP sorgen sich viele Bürgerinnen und Bürger, dass Söder darunter die weitere maßlose Zersiedelung und Versiegelung des Landes verstehen könnte, was gravierende Folgen für die in Jahrhunderten gewachsene bayerische Kulturlandschaft und für die Erhöhung der Hochwassergefahr bedeute.

Mrasek fordert Söder deshalb auf, die nochmalige Überarbeitung seines neuen Landesentwicklungsprogramms zur ersten Amtshandlung als Ministerpräsident zu machen. Zumindest die von der Staatsregierung



V.l.: ÖDP-Landtagskandidat Michael Finger mit den ÖDP-Landesvorstandsmitgliedern Lucia Fischer, Klaus Mrasek, Agnes Becker, Stephan Treffler, Manfred Link, Gerhard Mai, Emilia Kirner und Thomas Büchner

vor 14 Jahren mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelten Ziele des Bündnisses zum Flächensparen müssten darin zum Ausdruck kommen.

„Wenn Söder keine Zeichen des Maßhaltens setzt, bleibt den Bürgerinnen und Bürgern nur die Möglichkeit, sich selbst darum zu kümmern und mit dem bereits laufenden Volksbegehren gegen Flächenfraß Grenzen des Flächenverbrauchs einzuführen – damit Bayern Heimat bleibt“, erklärte Mrasek.

*Kontakt: ÖDP-Bayern, Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de*

Brandenburg

Neuer Vorstand, neuer Schwung

Marko Hübner ist der neue Landesvorsitzende im LV Brandenburg der ÖDP. Er wurde Mitte November beim Landesparteitag in Potsdam gewählt. Der 44-Jährige ist seit Sommer 2017 Mitglied. Nun will der Selbstständige zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern Auf-



V.l.: David Astinet, Marko Hübner und Jörg-Rainer Collin beim Landesparteitag

bauarbeit leisten. Stellvertreter Hübners wurde David Astinet (22, Student). Zum Schatzmeister wurde der bisherige Vorsitzende Jörg-Rainer Collin gewählt (64, Volkswirt). Beisitzerin wurde Paula Stier (20, Studentin).

Den Landesparteitag unterstützten Manfred Link, im Bundesvorstand u.a. für Brandenburg zuständig, und der ÖDP-



Paula Stier

Europaabgeordnete Klaus Buchner. Buchner verwies ausdrücklich darauf, wie wichtig der Strukturaufbau sei, um bei der nächsten Europawahl das ÖDP-Mandat zu halten – oder sogar ein weiteres hinzuzugewinnen. Im Laufe des Parteitags wurde beschlossen, an der Landtagswahl 2019 teilzunehmen. Bis dahin hat sich der Landesverband ehrgeizige Zwischenziele gesetzt. So werden drei Arbeitsgruppen gebildet:

1. Strukturaufbau
2. Programmentwicklung und Organisation zur Landtagswahl
3. Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen

Die dritte Arbeitsgruppe hat gerade die Arbeit begonnen. Es wurden schon mehrere Pressemitteilungen herausgegeben. Und es entsteht ein „politisches Wanderkino“. Die Arbeitsgruppe organisiert mehrere Filmvorführungen zu ÖDP-nahen Themen mit Einführung und Nachgespräch/Diskussion. Sie verspricht sich davon einen niederschweligen Zugang, um mit Interessenten ins Gespräch zu kommen. Wenn sich genug Aktive finden, sollen auch andere Aktionsformen ausprobiert werden. Die Arbeitsgruppe ist auch für „Noch-nicht-Mitglieder“ eine Chance, sich bereits einzubringen. Kontakt über presse@oedp-brandenburg.de

*Kontakt: ÖDP Brandenburg, Reiterweg 1, 14469 Potsdam
info@oedp-brandenburg.de, www.oedp-brandenburg.de*

Niedersachsen

ÖDP-Landesverband Niedersachsen richtet sich auf die Zukunft aus

Einen Tag vor der Landtagswahl in Niedersachsen konnte Landesvorsitzender Martin F. Dress zum Abschluss des Landtagswahlkampfes im vollbesetzten Tagungsraum der Jugendherberge in Lüneburg zahlreiche Delegierte und Gäste zum turnusmäßigen Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen begrüßen. Ursprünglich sollte dieser Parteitag den Landtagswahlkampf einläuten, aber die durch die großen Parteien initiierten vorgezogenen Landtagswahlen hatten auch die Organisation der ÖDP durcheinandergebracht.

In einem kurzen Grußwort machte Mark Anthony, Sprecher der Kreisgruppe Lüneburg, noch einmal auf die Bedeutung der ÖDP aufmerksam. Im Bundestagswahlkampf habe man ein echtes Interesse für die politischen Ziele der ÖDP verspürt. Verantwortungsvolle und unabhängige Politik, frei von Firmenspenden und an Nachhaltigkeit und Respekt vor allen Lebewesen ge-



V.l.n.r.: Bastian Michel, Henry Kucz, Tim-Oliver Kray, Eva-Maria Kastell, Martin F. Dreß, Iko Schneider, Andreas Roling (es fehlt Harald Biester)

prägt, sei für den Wähler durchaus eine Alternative, so Anthony. „Allerdings mussten wir auch negative Erfahrungen im Straßenwahlkampf machen“, so der ÖDP-Politiker. Das Spektrum reichte hier von einfachem Desinteresse an Politik ganz allgemein über kalte Apathie bzw. Ablehnung der Parteien schlechthin bis hin zu offen ausgetragener verbaler Aggressivität von sog. Wutbürgern, die sich mit Verschwörungstheorien und alternativen Fakten teils lautstark Gehör zu verschaffen suchten und fast schon mit Stolz ihr Votum zugunsten der AfD publik machten.

Eine Erfahrung, so Anthony, auf die man gerne hätte verzichten können. Dass der Stimmenzuwachs in Niedersachsen zwar sehr erfreulich war, das Bundestagswahlergebnis sich aber insgesamt doch enttäuschend darstellte, wurde anschließend auf dem Parteitag diskutiert.

In der Ansprache des Landesvorsitzenden Dress machte dieser aber deutlich, dass sich ein Erfolg bei Wahlen nicht nur an den Wahlergebnissen ablesen lasse. So habe die ÖDP im Rahmen der Wahlkämpfe ihre Mitgliederzahl um 20% erhöhen können, drei neue Kreisgruppen wurden gegründet und die Zahl

der Aktiven konnte gesteigert werden. Außerdem macht die ÖDP mittlerweile mit drei kommunalen Mandaten auch aktive Politik vor Ort. Hier muss auch in Zukunft angesetzt werden und so richtet sich der Blick der niedersächsischen Ökodemokraten schon Richtung Europawahlen, bei der das Mandat im Europaparlament verteidigt bzw. die ÖDP mit mehr Mandaten einziehen will. Als weiterer Schritt ist die Vorbereitung auf die nächste Kommunalwahl zu nennen. Hier möchte die ÖDP ihre Mandate landesweit um ein Vielfaches steigern.

Da die Verabschiedung des landespolitischen Programms auf einen Sonderparteitag im März verschoben wurde, standen am Nachmittag vor allem die Nachwahlen zum Landesvorstand und die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag und Bundeshauptausschuss auf dem Programm.

Für das Amt der Landesschriftführerin gab es mit Eva-Maria Kastell nur eine einzige Kandidatin. Die 59-jährige Mediatorin aus Salzhausen-Luhmühlen wurde ohne Gegenstimme unter der Wahlleitung von ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Volker Behrendt (Hamburg) in ihr neues Amt gewählt. Als Beisitzer komplet-

tieren nun Carsten Krehl aus Sulingen, Henry Kucz aus Hildesheim, Bastian Michel aus Wolfsburg und Tim-Oliver Kray aus Lüneburg den neunköpfigen Landesvorstand.

Als Delegierter für den kleinen Parteitag der ÖDP wurde Martin F. Dreß (Bad Zwischenahn) gewählt. Die Vertreter der niedersächsischen ÖDP für den Bundesparteitag sind Marion Fick-Tiggers (Wiesmoor), Iko Schneider (Hannover), Mascha Roling (Nordhorn), Friedemann Kober (Wedemark), Andreas Roling (Nordhorn) und Frank Schöne (Hannover).

Zum Abschluss bedankte sich der Landesvorsitzende Dreß bei den zahlreich erschienenen Delegierten und Gästen für den harmonischen Parteitag und machte deutlich, dass die drängenden Zukunftsfragen beantwortet werden müssen. „Die ÖDP hat viele Antworten auf diese Fragen. Wir müssen sie nur aktiver bekommen“, so Dreß in seinem Schlusswort.

ÖDP Niedersachsen
Hogen Kamp 9, 26160 Bad Zwischenahn
Tel.: (044 03) 699 00 09
martin.f.dress@gmail.com
www.oedp-niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Kommunale Sperrklausel – die Dritte!

Die Presse verbreitet wieder mal Fake News. Da ist von einer Sondierung für eine „Große Koalition“ zu lesen. In dem Begriff kommt „große“ vor – eigentlich sollten die Berichte wie die Märchen mit „es war einmal“ beginnen.

Den sogenannten „Volksparteien“ laufen die Wähler davon. Jetzt könnte man auf die Idee kommen, diese müssten dann eine bessere Politik machen. Aber die Volksparteien sehen hier eher böse Mächte wie kleine Parteien am Werk – und versuchen ihren Status durch Wahlrechtsmanipulationen zu sichern. Wenn schon der Wähler nicht auf ihrer Seite ist, dann wenigstens das Wahlrecht – und so könnte aus einer „kleinen Koalition“ nach Wahlrechtseingriff vielleicht wieder eine „große“ werden. Bundesweit ist diese Tendenz zu beobachten.

Jetzt hat die ÖDP in NRW so ihre Erfahrungen mit den Verfassungsbeugern und Wahlrechtsmanipulatoren der etablierten Parteien SPD und CDU, mittlerweile auch unter Assistenz der Grünen. Zweimal hatte die ÖDP schon gegen die kommunalen Sperrklauseln

in NRW geklagt und zweimal Recht bekommen. „Was geht uns das Urteil des Verfassungsgerichtshofs an“, dachten CDU, SPD und Grüne – und versuchten es diesmal über die Landesverfassung. Ein juristisches Gefälligkeitsgutachten im Hintergrund schien ihnen Mut zu machen. Also: Kommunale Sperrklausel – die Dritte!

Die ÖDP zog erneut vor den Verfassungsgerichtshof, diesmal zusammen mit 9 anderen Parteien – und bekam wieder Recht, leider nur teilweise. Für die Kommunalparlamente hat der Verfassungsgerichtshof die Sperrklausel gekippt, für die Bezirksvertretungen leider nicht.

Wenn jemand glaubt, CDU, SPD und Grüne hätten hieraus etwas gelernt: Fehlanzeige. Flugs nach dem Urteil sinnierten die Vertreter dieses unheiligen Dreierbündnisses erneut darüber nach, wie sie mit Wahlrechts- und Verfassungstrickerei ihre Macht – zumindest auf kommunaler Ebene – erhalten könnten.

Somit wird der Kampf gegen die Sperrklausel in NRW wohl in die vierte Runde gehen. Die ÖDP hat ja darin Übung – dann wird eben der Verfassungsgerichtshof dem unheiligen Dreierbündnis erneut sagen müssen, dass es die Verfassung zu respektieren habe.



Was war noch in NRW? Dauerbrenner belgische Atomkraftwerke: Die ÖDP unterstützt (natürlich) die Resolution zur Stilllegung der Atomfabrik in Lingen. Und die ÖDP stellt sich massiv gegen die Vorstellungen des neuen Landesministerpräsidenten Laschet (CDU), Atomausstieg und Kohleausstieg gegeneinander auszuspielen. „Herr Laschet: Die

ÖDP will weder Atomenergie noch Braunkohle. Es ist löblich, dass Sie die belgischen AKWs stilllegen wollen – es müssen nur Ihren Worten auch Taten folgen. Nur: Belgien jetzt als Abnehmer für Ihren klima- und umweltschädlichen Braunkohlestrom ins Gespräch zu bringen, ist mehr als zynisch. Nicht mit uns!“ Und wer's noch nicht weiß: Deutschland ist Weltmeister in der Braunkohleverstromung! Kaum zu glauben, aber im Weltklimabericht nachzulesen. Also: Raus aus der Braunkohleverstromung – und zwar jetzt!

Ach ja – und wir haben auch einen Schlachthofskandal. In Düren sind die Zustände skandalös – und die Aufsicht schaut weg oder gar zu. Auch das Thema wird uns die nächste Zeit noch beschäftigen.

Und das Letzte: Unsere frühere NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) zog in den Aufsichtsrat des Steinkohle-Konzerns RAG ein. Irgendwelche Fragen zur Kohlepolitik der rot-grünen Regierung in NRW?

Kontakt: ÖDP NRW
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster
Tel.: (02 51) 76 02 67 45
info@oedp-nrw.de,
www.oedp-nrw.de

Sachsen

Blick zurück und nach vorne

Seit gut drei Jahren ist der LV Sachsen wieder aktiv. Mit der Unterstützung von einigen Bundesvorstandsmitgliedern fand die Reaktivierung im Dresdner Umweltzentrum statt.

Bis heute ist viel passiert. Wir schafften es, zur Bundestagswahl anzutreten, und stellten zusätzlich zur Landesliste zwei Direktkandidaten auf.

Unsere Mitgliederzahl konnten wir seit der Reaktivierung fast verdoppeln. Durch die Bundestagswahl gelang es uns 2017, Spenden im unteren 5-stelligen Bereich zu generieren. Damit dürfte Sachsen einen der höchsten Spendenzuwächse bei der ÖDP haben.

Durch den Mitgliederzuwachs und die bestandenen Strapazen der Wahlen gelang es uns endlich auch, zu mehr inhaltlicher Arbeit überzugehen. So sind mehrere Landesarbeitskreise geplant bzw. wurden gegründet.

Wir hoffen, dass wir unseren Elan und den Ideenreichtum des vergangenen Jahres in das neue Jahr und vor allem bis zur Landtagswahl 2019 mitnehmen können. Dann streben wir wieder einen flächendeckenden Wahlkampf an und wollen in ca. 10% der Wahlkreise einen Direktkandidaten aufstellen.

Mit einem Stück Kreide kann alles beginnen

Am Montag, den 15.01.2018 hatte die ÖDP-Sachsen ihre erste Infoveranstaltung des Jahres. Hierzu konnten wir Jörg Bergstedt aus Hessen nach Leipzig holen, der uns auf amüsante Art und Weise über alternative Protestaktionen informierte und von seinen Erfahrungen als Umweltaktivist berichtete. Seiner Auffassung nach brauche man nicht unbedingt viel, um viele zu erreichen. Ein Stück Kreide sei seine „beste Waffe“ gegen das System und die sozialen Ungerechtigkeiten, denn

mit der Kreide könne man alles auf der Straße kommentieren.

Er berichtete den rund 20 Anwesenden über die Aktionen, die zum Ende der landwirtschaftlichen Gentechnik geführt haben. Zudem gab er Einblicke in Großveranstaltungen.

In gemütlicher Runde ging Jörg Bergstedt auf Fragen ein und gab Denkanstöße für eigene Aktionen.

Kontakt: ÖDP Sachsen
Zur Pappel 8, 01728 Bannewitz
Tel.: (03 51) 417 28 21
info@oedp-sachsen.de
www.oedp-sachsen.de

Aktions-Idee: Fipronilfreie Eier für das Wahlvolk

Einen Infostand der besonderen Art präsentierte der Neumarkter Kreisverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) am Samstag vor dem Neumarkter Rathaus. Anstatt massenweise Kugelschreiber, Luftballons oder Gummibärchen an das Wahlvolk zu verteilen, wurden hart gekochte, fipronilfreie Eier vom Biolandhof Heislbetz aus Ernersdorf an interessierte Bürger verschenkt. Der Fipronil-Eier-Skandal ist laut ÖDP ein weiterer Beweis, dass immer noch der Profit vor den Menschen kommt. Mit dieser Aktion wollte die Neumarkter ÖDP für gesunde ökologische Produkte aus der Region werben. Weitere Infostände zu diesem Thema sind für die kommenden Samstage in der oberen Marktstraße geplant.



Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen

Am Donnerstag, den 18. Oktober 2017 lud die Initiative, unterstützt von 140 Trägerinnen und Trägern des Bundesverdienstkreuzes, zur Einsetzung einer Enquete-Kommission Fluchtursachen durch den Bundestag in das Auditorium Friedrichstraße in Berlin ein.

In der ÖDP unterstützen insgesamt vier TrägerInnen des Verdienstordens die Einsetzung einer Enquete Fluchtursachen, nämlich Roswita Bendl, Bernhard Suttner sowie Dr. Rainer Schanne und Gertrud Schanne-Raab.

Auf der Veranstaltung betonte Prof. Dr. Angelika Zahmt in ihrer Begrüßungsrede, dass die Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission notwendig sei, um für das Drama der Migration tragfähige, langfristige Lösungen zu entwickeln. Die viel diskutierte Obergren-



Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse.

ze ließe moralische Dimension außen vor. Diese Position vertrat in der zweiten Rede des Abends der ehemalige Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland, Prof. Dr. Klaus Töpfer. Seiner Ansicht nach dürfte man die Menschen in Not nicht alleine lassen, sondern müsste kluge Lösungen finden, statt sich zu wundern, dass diese massenweise zu uns strömten.

Im Anschluss fand eine spannende Podiumsdiskussion mit prominenten Vertretern statt, moderiert von der Zeit-Redakteurin Christiane Grefe. Prof. Markus Schächter, ehemaliger Intendant des ZDF, vertrat in dieser Diskussion die Auffassung, dass das Thema Flucht und Migration eine große Sprengkraft hätte, da es tief in unseren Alltag eingreifen würde. Dr. Volker Hauff, ehemaliger Bundesminister für Verkehr und ehemali-

ger Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, bezeichnete die Diskussion um Obergrenzen als oberflächlich und gab gleichzeitig eine eigene Hilflosigkeit mit der gesamten Thematik zu. Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe e.V. sagte, ihrer Erfahrung nach flüchte niemand gern und wenn, dann flüchteten in der Regel nie die Allerärmsten aus solchen Ländern.



V.l.: Christiane Grefe und Bärbel Dieckmann

Es sei verlogen, wenn man bestreite, dass Hunger nicht zu einer Wirtschaftsflucht führen würde. Für sie bestünde die Chance einer Enquete-Kommission vor allem darin, Sachverhalte zu ordnen und politische Folgerungen zu erarbeiten. Prof. Klaus Töpfer merkte an, dass die Abwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften aus den Entwicklungsländern, den Industrieländern mehr nutze, als diese aktuell in Entwicklungszusammenarbeit investieren würden. Allein das Befassen und Ordnen der Gesamthematik sei für ihn ein großer Zugewinn durch eine solche Kommission.

Volker Hauff betonte im Verlauf der Diskussion, dass Enquete-Kommissionen grundsätzlich zur Vorbereitung von Entscheidungen, also keine reine Fortsetzung der politischen (Ausschuss-)Arbeit sein dürfen. In seinem Statement ging er darauf ein, wie unterschiedlich die vergangenen Enquete-Kommissionen Erfolg gehabt hätten. Besonders wichtig sei hierbei die Auswahl und Rolle der oder des Vorsitzenden.

In der Abschlussrunde wollten die Diskutanten keine konkreten Namen nennen, die sie gerne in der Kommission verortet sähen. Mehrheitlich wurde hier genannt, dass man auch Betroffene gerne zu Wort kommen lassen würde.

„Für einen Stopp der Waffenexporte in Krisenländer!“

In einem offenen Brief fordert der ÖDP-Ortsvorsitzende Bernd Wimmer gemeinsam mit den örtlichen Mandatsträgern der ÖDP, Stadt- und Kreisrätin Annette Setzensack und Stadt- und Kreisrat Konrad Pöppel, den Bundestagsabgeordneten des Stimmkreises Kelheim/Landshut, Florian Oßner (CSU), auf, sich für ein Verbot von Waffenexporten in Krisenländer einzusetzen.

Der Weltbank zufolge war Deutschland in 2016 in der Länderrangfolge der fünfgrößte Waffenexporteur der Welt. Die ÖDP Mainburg verlangt von der Bundesregierung ein schnellstmögliches Umsteuern, weg von Waffenlieferungen in Krisenregionen und stattdessen die Förderung des wirtschaftlichen Aufbaus und einer Vermittlung der bindenden Menschenrechte der Vereinten Nationen. Den Grund, warum immer noch Waffenexporte auch in die unmittelbare Nachbarschaft von



Bernd Wimmer, Ortsvorsitzender ÖDP Mainburg

fenexporte „als einen der größten Skandale deutscher Politik“. Seine Kritik daran begründet er mit dem biblischen Auftrag der Kirche, sich für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. „In diesem Zusammenhang habe ich erschütternde Zahlen gelesen, die man gar nicht kommentieren muss“, so Möwes. Am Volkstrauertag verlas Pfarrer Möwes diese Zahlen.

Auch die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) in Mainburg um den Vorsitzenden Wilhelm Gößl wendet sich gegen das Profitstreben zulasten von unzähligen Menschenleben und unterstützt entschieden den offenen Brief an den Bundestagsabgeordneten Florian Oßner (CSU). „Auch aus katholisch-christlicher Sicht müssen diese Grundsätze von allen Parteien, insbesondere der Bundesregierung, endlich in verantwortungsvolles politisches Handeln für das Gemeinwohl verwirklicht werden“, betont der Mainburger KAB-Vorsitzende.

Inzwischen liegt eine Antwort von MdB Oßner vor, die aber aus Sicht der Unterzeichner des offenen Briefes nicht zufriedenstellend ist. Die ÖDP Mainburg wird den namhaften, bundesweit bekannten Waffenexportkritiker Jürgen Grässlin demnächst für eine Informationsveranstaltung nach Mainburg einladen. Angedacht ist zudem ein detaillierter Fragenkatalog an MdB Oßner. Ausführlich beschrieben ist die Initiative auf www.oedp-mainburg.de

Der Weltbank zufolge war Deutschland in 2016 in der Länderrangfolge der fünfgrößte Waffenexporteur der Welt.

Krisenherden durch die Bundesregierung geliefert werden, sehen die Unterzeichner des offenen Briefes in den intensiven personellen und finanziellen Verquickungen von Rüstungsindustrie und Spitzenpolitikern. Konzern- und Verbandsspenden an politische Parteien sind demokratischschädlich. Das gehört zu den unverrückbaren Grundüberzeugungen der ÖDP.

Der Mainburger evangelische Pfarrer Frank Möwes unterstützt das Anliegen der ÖDP in dieser wichtigen Angelegenheit mit Nachdruck und bewertet die Waf-



Foto: Shahrkosti/shutterstock.com

Herbsttreffen des BAK Christen & Ökologie

Wir waren von Fr. 27. bis So. 29. Oktober 2018 im äußersten Osten Bayerns, in Waldsassen im Landkreis Tirschenreuth/Oberpfalz, nur wenige Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt. Um wenigstens einem Teil unserer Bundesarbeitskreis-Mitglieder und Interessenten auch einmal eine kürzere Anreise zu ermöglichen, „tourten“ wir durch Deutschland und es ist



Foto: ÖDP Bundespressestelle
Die Teilnehmer des Herbsttreffens

immer spannend, welches Kloster oder kirchliches Gästehaus unser Quartiermeister Michael Andres wieder entdeckt hat, in dem wir an den Tagesgebeten und den Gottesdiensten der Gemeinschaft teilnehmen können. Aber leider nimmt dadurch die Teilnehmerzahl unserer Treffen kaum zu, unabhängig davon, ob wir nach dem Osten, Westen, Süden, Norden oder in die Mitte Deutschlands gehen. Es sind immer nur um die 10 Aktive, dabei hat unser BAK viel mehr Mitglieder.

Diesmal waren wir also in der Zisterzienserinnen-Abtei Waldsassen mit der berühmten barocken Stiftsbasilika und der nicht minder berühmten Klosterbibliothek. Den üblichen Nachmittagsspaziergang tauschten wir deshalb gegen Kultur ein und nahmen an einer Führung durch die Bibliothek teil und danach durch die Basilika mit kleinem Orgelkonzert, das durch unseren BAK-eigenen Organisten Werner Roleff noch

ergänzt wurde. In der Klosterkirche neben der Basilika feierten wir mit den Schwestern – 8 sind es, überwiegend junge(!) – am Sonntag ein lateinisches Choralamt, aufgeführt von einem Gastchor.

Die Hauptarbeit galt unserem Positionspapier Christen und Politik. „Das Menschenbild der ÖDP beruht auf christlich-humanistischen Werten“, so steht es im Grundsatzprogramm der ÖDP. Ähnliche Formulierungen finden sich auch in Programmen anderer Parteien. Unser Papier nennt Werte, die Grundlage für politisches Handeln sein sollten, und spannt dann unter diesem Aspekt den Bogen von der Familienpolitik bis zur aktiven Friedenspolitik. Wir werden auf unserem nächsten Treffen vom 23. bis 25. Februar 2018 in Höxter-Brenkhausen weiter an dem Papier arbeiten. Anregungen sind willkommen!

Daneben bearbeiteten wir unseren Einsatz beim evangelischen Kirchentag in Berlin nach, bereiteten unseren Auftritt beim Katholikentag vom 9. bis 13. Mai 2018 in Münster/Westfalen vor und legten unsere Termine und Orte für unsere nächsten Treffen fest; diese sind:

- Vom Fr. 23. bis So. 25. Februar 2018 bei den Kopten in Höxter-Brenkhausen;
- Fr. 12. bis So. 14. Oktober 18, wohl Franziskanerkloster Frauenberg in Fulda;
- Fr. 15. bis So. 17. März 2019 im Kloster Triefenstein am Main der Christusträger Bruderschaft oder bei den Birgitten-Schwestern in Bremen oder bei den Zisterzienserinnen in Bühl/Baden.

Nach der Tagesarbeit nahmen wir uns abends noch Zeit zum gemütlichen Beisammensein.

Wegen des Sturmes „Herwart“ bot die Heimfahrt für einige von uns unliebsame Überraschungen, die jedoch auf unterschiedliche Weise von allen bewältigt wurden. ■



Foto: ÖDP Bundespressestelle
Arbeit am Positionspapier

Jahresrückschau der Jungen Ökologen



2017 war ein ereignisreiches Jahr bei den Jungen Ökologen: Im Januar waren wir auf der Demonstration gegen die Agrarindustrie in Berlin. Zudem haben wir uns auf



Foto: Junge Ökologen
Auf dem Seminarwochenende im Juli 2017 in Würzburg

dem Fränkischen Schülerkongress in Nürnberg als gute Alternative zu anderen Parteien und deren Jugendorganisationen positioniert. Seit Mitte des Jahres haben die Jungen Ökologen ein neues Logo, viele junge ÖDP-Mitglieder waren als Direktkandidaten bei der Bundestagswahl aktiv, viele haben durch ein Praktikum beim ÖDP-Europa-Abgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner ihre politische Erfahrung vergrößert. Ein Seminarwochenende in Würzburg mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik bot die Möglichkeit, sich mit anderen Jungen Ökologen z.B. über das Konzept zum humanökologischen Grundeinkommen auszutauschen und mit der damaligen ÖDP-Bundesvorsitzenden Gabi Schimmer-Göresz ins Gespräch zu kommen. Im Herbst war eine Gruppe Junger Ökologen zu Besuch im EU-Parlament in Brüssel. Emilia Kirner aus dem JÖ-Bundesvorstand wurde in Bayern in den Landesvorstand der ÖDP gewählt, in Nordrhein-Westfalen hat sich ein JÖ-Landesverband gegründet. Am 25. November fand die jährliche Bundesversammlung in Würzburg statt. Dabei wurden Arbeitskreise ins Leben gerufen, an denen sich alle JÖ-Mitglieder beteiligen können. Mittelfristig ist geplant, den Austausch untereinander auf eine Online-Diskussionsplattform zu verlagern, um auch Mitglieder aus Gebieten einzubinden, in denen es (noch) keine JÖ-Regionalverbände gibt. Auf diese Weise hoffen wir, viele weitere Aktive für unsere Arbeit 2018 zu gewinnen. ■

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: 1. März, 1. Juli, 1. November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. Mai 2018**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Eisenacher Straße 17, 80804 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)

Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Florence von Bodisco,
Wolfgang Branner, Ulrich Brehme,
Florian Brich, Matthias Dietrich,
Prof. Dr. Herbert Einsiedler, Helmut Graf,
Sebastian Högen, Urban Mangold,
Dr. Claudius Moseler, Andreas Rohling,
Karolina Walsleben (kw), Bernd Wimmer

Externe Autoren

Peter Hensing, Markus Reinisch,
Prof. Dr. Sebastian Richter

Interviewpartner

Matthias Martin Becker, Dr. Matthias Burchardt,
Andreas Dohmen, Kristin Helberg,
Yvonne Hofstetter, Stephan Richard Meier

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf 100% Recycling-Papier gedruckt.

Zusammengestellt von Pablo Ziller

Christoph Raabs (ÖDP): Energiewende in großer Gefahr!

(05.01.2018) Mit Empörung reagiert Christoph Raabs, Bundesschatzmeister der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), auf eine Pressemitteilung des Stromnetzbetreibers Tennet, in welcher von Kosten für Noteingriffe ins Stromnetz i.H.v. rund einer Milliarde Euro im Jahr 2017 die Rede ist. „Derartige Netzeingriffe sind drastische Folge einer in den vergangenen Jahren völlig verpfuschten Energiewende“, kritisiert Raabs. Bezeichnend sei die zeitgleich und mittlerweile mantraartig erhobene Forderung nach neuen Stromleitungen.

„Diese Leitungsneubauten sind für eine wirkliche Energiewende unnötig. Im Gegenteil werden damit die Abhängigkeiten von Atom- und Kohlekraftwerken im In- und Ausland zementiert“, so Raabs.

Es sei ökonomischer und ökologischer Wahnsinn, Leitungen für den Weitertransport von Erzeugungsspitzen der Offshore-Windanlagen zu konzipieren. Die naheliegende und einzig sinnvolle Lösung sei vielmehr, derartige Erzeugungsspitzen mit leistungsfähigen Stromspeichern abzufangen, um in Zeiten niedriger Erzeugung kontrolliert auf die gespeicherte Energie zurückgreifen zu können. Daher müsse sofort mit dem Bau und der technischen Weiterentwicklung von innovativen Stromspeichern (z.B. Power to Gas) begonnen werden.

Die ÖDP fordere dies bereits seit Jahren, die Berliner Politik befand und befinde sich aber scheinbar im energiepolitischen Tiefschlaf. „Man fragt sich schon, ob hier Dilettanten am Werk sind oder die deutsche Energiewende bewusst demoliert wird“, so Raabs. Eine Versorgungssicherheit ohne grundlastfähige Kraftwerke sei definitiv nur mit einem flächendeckenden und klug konzipierten Netz unterschiedlicher Energiespeicheranlagen möglich. „Solange diese Speicher nicht in ausreichendem Maße existierten, haben die Betreiber der Atom- und Kohlekraftwerke leichtes Spiel, mit der Bundesregierung weitere Betriebsjahre, und damit satte Profite, auszuhandeln“, so Raabs abschließend.



Christoph Raabs

ÖDP zeigt sich schockiert über Abgastests an Tieren und Menschen bei Volkswagen

(29.01.2018) Nachdem in den vergangenen Tagen bekannt wurde, dass der größte deutsche Automobilhersteller Volkswagen erneut mit einem großen Skandal für Aufsehen sorgt, fordert die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) von der Bundesregierung und dem Bundestag umgehend politische Konsequenzen. „Der Fall zeigt erneut sehr drastisch: Politik und Wirtschaft sind viel zu sehr miteinander verflochten, was solche Skandale eindeutig positiv begünstigt und unserem Gemeinwohl massiv schadet“, so ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler.

Ein von der Autoindustrie gegründeter Lobbyverein hatte fragwürdige Experimente an Menschen und Affen in den USA und Deutschland in Auftrag gegeben, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselabgasen zu beweisen. Die „Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor“ (EUGT) wurde 2007 von VW, Daimler, BMW und dem Zulieferer Bosch gegründet und Mitte 2017 aufgelöst. Pikanterweise kam die Verstrickung mit der Politik bereits im Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Abgasaffäre zutage. Als Sachverständigen hatte die Bundesregierung Prof. Helmut Greim geladen, der offenbar an den jetzt



Foto: donghero/shutterstock.com

bekannt gewordenen Experimenten in zentraler Funktion beteiligt gewesen sein soll. Laut der Organisation Lobbycontrol e.V. war Prof. Greim als Vorsitzender des EUGT-Forschungsbeirats immer wieder bei Stellungnahmen und Gutachten durch industrienahen Positionen aufgefallen, sei es bei der „Dieselgate“-Affäre im Abgas-Untersuchungsausschuss des Bundestags, aber auch im Zusammenhang mit der Zulassungsverlängerung von Glyphosat.

ÖDP-Politiker Moseler ruft unterdessen dazu auf, dass VW sich zu seiner Verantwortung nicht allein mit einer Entschuldigung bekenne. Es müssen Strafzahlungen her oder VW solle freiwillig einen großzügigen Obolus an gemeinnützige Zwecke bezahlen. An die geschäftsführende und die neue Bundesregierung gerichtet sagte Moseler: „Der Fall zeigt, dass die aktuellen Verstrickungen zwischen Wirtschaft und Politik nicht mehr hinnehmbar sind! Wir brauchen dringend ein Lobbyregister, eine stärkere Überprüfung und mehr Neutralität der Sachverständigen des Bundestags“, so Moseler abschließend.

Vorschlag für kostenlosen ÖPNV ist unüberlegter Schnellschuss der Bundesregierung

(14.02.2018) Laut Medienberichten denkt die kommissarische Bundesregierung darüber nach, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kostenlos anzubieten. Diese Idee geht aus einem gestern veröffentlichten Schreiben der Bundesregierung an die EU-Kommission hervor und soll in fünf Modellstädten getestet werden.

„Mit dieser Maßnahme versucht die Bundesregierung verzweifelt Handlungsfähigkeit zu beweisen, da ansonsten eine Klage wegen der fortwährenden Verstöße gegen die Luftreinhaltepläne der EU-Kommission droht. An sich klingt der Vorschlag verlockend“, betont Dr. Claudius Moseler, Generalsekretär der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). „Doch wer die immensen Kosten dafür tragen soll und ob diese Maßnahme wirklich zu sauberer Luft in den Städten beitragen kann, ist aktuell völlig unklar. Am Ende dürfen die Kommunen und regionalen Verkehrsbetriebe nicht alleine gelassen werden“, so Moseler.

Schon lange experimentieren kleinere und mittlere Städte in Europa mit einem kostenlosen ÖPNV-Angebot. Auch die ÖDP unterstützt eine Stärkung des ÖPNV-Angebots in ihrem Programm: „Erforderlich ist mindestens eine Verdoppelung des ÖPNV-Angebotes und eine Halbierung der Preise“, so Moseler und unterstützt damit Forderungen des Verkehrsclub Deutschland. „Weg mit Subventionen beim Individualverkehr und mehr Linien und eine höhere Taktung. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD ist der gesamte Themenkomplex, auch was den Rad- und Fußverkehr betrifft, unterbelichtet“, unterstreicht der ÖDP-Politiker.

Auch mangle es in vielen Ballungsräumen an weitreichenden Investitionen in den ÖPNV. Teilweise werden, wie in München oder Stuttgart, völlig absurde

Ausbaupläne vorangetrieben und das am tatsächlichen Bedarf vorbei. Auch sind in manchen Städten mehrere Hundert Euro für ein Monatsticket im ÖPNV aufzubringen. „Ein Pauschalpreis von einem Euro pro Tag, wie beispielsweise die Jahreskarte in Wien, wäre schon ein großer Fortschritt für die Bürgerinnen und Bürger. Auch Schulkinder in Hessen zahlen nur einen Euro pro Tag“, so Moseler. Denkbar sind demnach viele Modelle, z.B. eine kommunale Nahverkehrsabgabe oder Bürger-tickets. „Egal wie politisch entschieden wird: Am Ende muss den Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis im ÖPNV angeboten werden.“



Claudius Moseler

Weitere ergänzende Maßnahmen für eine echte Verkehrswende sind allerdings erforderlich. Die ÖDP fordert in ihrem bundespolitischen Programm eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf ÖPNV-Tickets und einen Rechtsanspruch auf eine angemessene ÖPNV-Anbindung, einen intensiven Ausbau der ÖPNV-Angebote, eine Abschaffung der Steuervergünstigung beim Diesel, eine Besteuerung von Flugbenzin, einen deutlichen Ausbau des Schienennetzes im Bahnverkehr, Tempolimits auf allen Straßen und effektive Kontrollen von Verstößen.

Dr. Moseler betont abschließend, dass die Regierung allgemein im Politikfeld Mobilität und Verkehr völlig planlos agiere. Die Regierung bediene seit Langem vorwiegend die Interessen der Autoindustrie und versuche nun mit diesem Schnellschuss, Fahrverbote zu verhindern. Moseler: „Eine sinnvolle Mobilitätspolitik im Sinne einer grundsätzlichen Wende stelle ich mir da ganz anders vor!“

ÖkologiePolitik

ÖDP-Journal online

Digitalisierung - Wegbereiter smarter Diktatur

Wohnungsnot und Flächenfraß - was tun?

www.oekologiepolitik.de

Zum Artikel „Ihr seid Fake News!“
aus ÖP 175

Kritisierte Techniken selbst anwenden

Herr Reinisch will uns in seinem Artikel klarmachen, dass wir nicht in der Lage sind, die komplexen Themen zu verstehen. Das mag ein Stück weit so sein. Tatsächlich aber will man gar nicht, dass wir sie verstehen. Vielmehr sollen intellektuelle Wasserträger als Meinungsmanipulator den Eindruck bekommen, sie würden es verstehen, um das zu vollenden, was in unseren Qualitätsmedien als Kristallisationspunkt gesetzt wurde. Was also wirklich Wahrheit ist, muss man, so übel das jetzt klingen mag, ein Stück weit dem eigenen Bauchgefühl überlassen. Kritische Presse existiert nicht mehr, mal ausgenommen vom Lichtblick ÖP. Der Artikel von Markus Reinisch passt hier allerdings überhaupt nicht dazu. Vielmehr überkommt mich bei diesem Mann der Eindruck, dass er ins gleiche Horn stößt, mit dem Verschwörungstheoretiker und Putin-Versteher niedergemacht werden sollen. Hat er sich die Beiträge von Prof. Mausfeld nicht verinnerlicht? Danach sollte ihm mehr als ein Licht aufgehen. Ich empfehle dringend, alle seine Vorlesungen (u. a. in den sozialen Medien) zu hören.

Andreas Otto, 83224 Staudach-Egerndach

Zum Artikel „Es dominieren der
Terror-Frame und der Böse-Mann-Frame“,
ÖP 175

Keine Rede vom arabischen Frühling

Herr Ganser hat über Syrien geschrieben – und ausschließlich die Kooperation der Mächte beschrieben. Vom ursprünglichen Protest der Bevölkerung (wie in Nordafrika) war nicht die Rede?

Dr. Josef Sutner, 81679 München

Umstrittener Polit-Entertainer

Ich bin entsetzt, dass die ÖDP dem Historiker und „Friedensforscher“ Daniele Ganser mit einem Interview in der aktuellen ÖP erneut eine Bühne bereitet, nachdem er bereits zweimal bei der ÖDP in München sowie in Augsburg und Nürnberg zu Vorträgen geladen war. Im Interview mit dem ÖDP-Journal kritisiert Ganser u. a. den „Terror Frame“ (als dessen Erfinder wir

uns wohl die USA vorstellen sollen) und stellt Putin und Assad als Opfer hin, aus denen böse Männer gemacht werden. Merkwürdig ist das schon, denn es war Wladimir Putin, der schon vor George Bushs Irakkrieg den „Terror Frame“ aktivierte, um seinen Tschetschenienkrieg 1999 zu begründen, und es ist Assad, der immer wieder alle seine Gegner als Terroristen hinstellt. Dass Assad und Putin für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, scheint Ganser nicht zu kümmern.

Es grenzt schon an Verdummung, wenn er so tut, als ginge es in Syrien eigentlich nur um eine Pipeline und den Versuch des Westens, Assad zu stürzen. Dass es 2011 riesige Demonstrationen gegen Assads Folterregime gab, wird von Ganser ebenso ignoriert wie die Tatsache, dass 2013/2014 Menschenmassen in der Ukraine für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen Korruption auf die Straße gingen. Ganser spricht in diesem Zusammenhang im Einklang mit Putins Propaganda von einem „vom Westen eingefädelten Regime-Change“, so als ob die Ukrainer drei Monate lang bei Eiseskälte und hohem Risiko für Leib und Leben ihren mutigen Volksaufstand für die Menschenwürde wesentlich oder unwesentlich im Sinne irgendwelcher böser Männer im Westen durchgeführt hätten. Warum tut Daniele Ganser, der „Experte für verdeckte Kriegsführung“, so, als hätte es keinen verdeckten Angriffskrieg von Putins Armee im Osten der Ukraine gegeben? Es versteht sich von selbst, dass Ganser kein Verschwörungstheoretiker sein will. Nur laufen seine Behauptungen letzten Endes darauf hinaus, dass sich alle unsere Medien und selbst Menschenrechtsorganisationen gegen die Wahrheit verschworen haben.

Ist es da nicht aufschlussreich, dass er immer wieder beim russischen Fake-News-Sender RT auftritt und diesen sogar noch empfiehlt?

Ganser versucht, den Eindruck eines mutigen, besonders cleveren und wahrheitsliebenden Wissenschaftlers zu erwecken. Dabei kommen gerade aus den Universitäten seine schärfsten Kritiker: Markus Linden etwa, Politikwissenschaftler an der Universität Trier, urteilt über Ganser: „Ganser hat eine politische Mission, keine wissenschaftliche Herangehensweise.“ Ganser sei ein „hochintelligenter Wissenschaftspopulist“.

Der ÖDP-Bundesverband sollte sich gut überlegen, ob seine Botschaften auch zur ÖDP passen und ob man einen aktuell zwar sehr populären, aber höchst umstrittenen Polit-Entertainer wie Ganser zukünftig weiter ein Forum bieten will. Aufmerksamkeit um jeden Preis, wollen wir das?

Dabei sind Gansers Darstellungen übrigens eher Wasser auf die Mühlen der Linkspartei, deren Spitzenkandidatin Sarah Wagenknecht von Daniele Ganser kurz vor der Bundestagswahl auf seiner Facebook-Seite gelobt wurde. Wie Ganser spricht sich auch die Linkspartei gegen eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO aus, was im Gegensatz zur ÖDP-Programmatik steht.

Ich hoffe, dass man in den verantwortlichen ÖDP-Gremien erkennt, welcher Schaden für die Partei hinsichtlich Außenwirkung, Mitglieder- und Wählerschaft erwachsen kann.

Annette Setzensack, 84048 Mainburg

Gansers Aussagen ähnelt Propaganda von Putin und Assad

Ich möchte vor Dr. Daniele Ganser warnen. In seinem Vortrag bei der ÖDP München 2017 behauptet er, dass „die Russen in Syrien erst interveniert haben, nachdem die Amerikaner 2014 angefangen haben, Syrien derart zu bombardieren, dass Assad fast umgekippt wäre“. Diese Behauptung ist völlig absurd und nichts anderes als Geschichtsfälschung. Jeder kann im Internet recherchieren und wird herausfinden, dass Obama im Jahr 2014 nicht Assads Truppen angegriffen hat, sondern durch Luftschläge den IS bekämpft hat, was auch Assad zugutekam. Obama hat zusammen mit Kurden bei der Schlacht um Kobani dem IS die erste große Niederlage in Syrien bereitet. Ohne Obamas Hilfe wäre Kobani wahrscheinlich vom IS erobert worden. Die vom Historiker Ganser als Tatsache hingestellten Bombardierungen von Assads Truppen im Jahr 2014 durch die USA hat es nie gegeben. Er unterschreitet an dieser Stelle Mickey-Mouse-Niveau und erinnert an Wladimir Putin, der den USA damals „Kriegstreiberei“ vorwarf.

Immer wieder stellt Ganser Putin und Assad als Opfer dar. So auch, wenn er vom angeblich gebrochenen Versprechen der USA/Nato in Bezug auf die Nato-Osterweiterung und von einem „Putsch“ in der Ukraine spricht.

Ganser verschweigt, dass Gorbatschow 2014 bestätigte, dass die Nato-Osterweiterung bei den 2+4-Verhandlungen kein Thema war. Alle anderen, die bei den 2+4-Verhandlungen dabei waren, sehen das genauso. Logischerweise gibt es daher auch keine schriftlichen Zusagen und Ganser verschweigt auch, dass man wegen der deutschen Einheit den Staaten Osteuropas nicht das Recht auf freie Bündniswahl hätte nehmen können, das ihnen in internationalen Abkommen zugesichert

ist. Ganser ist ein Trickser, der einfach nur Aussagen von Genscher und Baker berücksichtigt, die im Vorfeld der 2+4-Verhandlungen gemacht wurden. Von diesen beiden Politikern wurde tatsächlich die Nichterweiterung der Nato in Aussicht gestellt. Nicht aber von der Nato oder vom amerikanischen Präsidenten. Und noch einmal: Bei den 2+4-Verhandlungen war die Nato-Osterweiterung gar kein Thema mehr.

Im Interview mit dem ÖDP-Journal spricht er von einem „Putsch“ in der Ukraine und diffamiert damit die mutige Demokratiebewegung, die die Umwandlung der Ukraine in eine putinfreundliche Janukowitsch-Diktatur verhinderte. Ganser bringt Verständnis für Putins Einverleibung der Krim auf. Wäre er ein echter Friedensfreund, dann müsste er Putins Vorgehen in der Ukraine als völkerrechtswidrig anprangern und hätte schon längst gegen Putins verdeckten Krieg in der Ostukraine protestieren müssen.

Was ich hier schreibe, entspricht dem, was Menschenrechtsorganisationen, gute Medien und meine ukrainischen und syrischen Freunde sagen. Was Ganser verbreitet, ähnelt der Propaganda der Diktatoren Assad und Putin.

Die ÖDP muss sich entscheiden, wo sie steht. Ich könnte mir vorstellen, bei der nächsten Europawahl die ÖDP zu wählen (keine 5%-Sperrklausel). Aber nicht, wenn ich davon ausgehen muss, dass in der ÖDP außenpolitische Grundkenntnisse fehlen und sie stattdessen Scharlatanen wie Daniele Ganser aufsitzen und Verdummungsvorträge mit ihm durchführt.

Till Brandt, 61118 Bad Vilbel

Zum Artikel „Der Boden stellt eine
gigantische Umverteilungsmaschinerie
dar“, ÖP 175

Besteuerungsprinzip ≠ Mensch vor Profit

Mit Interesse las ich die beiden Artikel zum Thema Bodennutzung, welche zwar interessante Anregungen enthielten, die man aber meiner Meinung nach nur bedingt übernehmen sollte:

So fand ich im Interview mit Prof. Löhner die These bedenklich, dass „die Besteuerung des Bodens für den Staat den Vorteil habe, dass der Boden nicht auswandern kann“. Ich finde es generell un kreativ und ungerecht, als Ausgleich dafür, dass bestimmte Vermögende sich der Besteuerung entziehen (soll der Staat etwas vor solchem Gebaren kapitulieren?), diejenigen (hier die

Grundbesitzer) umso härter zu besteuern, welche sich der Besteuerung nicht entziehen können oder wollen.

Ferner störte mich das vorgeschlagene Besteuerungsprinzip, welches eine „bestmögliche Nutzung des Bodens“ unterstellt, wodurch sich ein „starker Druck ... zur Erwirtschaftung der entsprechenden Bodenrente“ ergibt. Für eine Partei, die das Motto „Mensch vor Profit“ vertritt, finde ich dieses Prinzip unpassend, da hierdurch eine bestimmte Bevölkerungsgruppe unter Profitdruck gesetzt wird und dadurch Grunderwerb nur noch etwas für Profis wäre, welche die Mittel haben, entsprechende Investitionen zu tätigen, um diese Rendite zu erzielen.

Natürlich muss etwas gegen spekulativen Leerstand unternommen werden, doch erscheint mir hierfür diese Steuer ungeeignet, weil sie für den Immobilienmogul genauso gilt wie für den kleinen Eigenheimbesitzer, der nicht mal so eben mehr investieren kann, um auf die entsprechende Rendite zu kommen.

Im darauffolgenden Interview mit Prof. Thiel hält sich mein Mitleid über die verpasste „reizvolle Gelegenheit“ der „eigentumsrechtlichen Nagelprobe“ im Rahmen der Immobilienbeschaffung zur Flüchtlingsunterbringung Ende 2015 stark in Grenzen. Es wurden damals auch ohne größere staatliche Zwangsmaßnahmen pragmatische Lösungen gefunden, die zwar nicht immer perfekt waren. Aber für mich geht es bei Politik im erster Linie darum, Probleme realistisch und pragmatisch anzugehen, und nicht darum, eine „wissenschaftliche Sicht“ (in diesem Fall den „eigentumsrechtlichen Schwur“) zu befriedigen.

Tobias Hamberger, 85256 Vierkirchen

Zum Artikel „Bericht aus Hamburg“, ÖP 175, S. 49

Schlichtdumme Botschaft!

Als Mitglied der ÖDP kann ich mich einer Stellungnahme zur Vergabe einer Ehrung an Sandra Neumaier nicht enthalten. „Ausschlaggebend für die Wahl war das herausragende soziale und politische Engagement der Preisträgerin“, begründet die ÖDP Hamburg. Auf dem Foto zeigt sich die Preisträgerin mit einem nachgerade in die Augen stechenden FCKAFD auf dem Shirt. Wenn Neumaiers Auftreten exemplarisch ist für ihr „preiswürdiges politisches Engagement“, na dann, gute Nacht. Dass sich die beiden ÖDP-Vorsitzenden Hamburgs anstandslos rechts und links von dieser hervorstechenden

schlichtdummen Botschaft in der Mitte postieren, lässt sich durchaus so verstehen, dass sie hinter Neumaiers Botschaft stehen oder zumindest dass sich die beiden von Neumaier haben übertölpeln und instrumentalisieren lassen. Ebenso kritisiere ich die Redaktion des ÖDP-Journals, dieses Foto kritiklos in ihrem Heft zu veröffentlichen. Bisher habe ich die ÖDP als eine ethisch und moralisch einwandfreie Partei wahrgenommen. Solche abstoßenden Botschaften an eine andere, aber demokratische Partei, der der Verfassungsschutz bescheinigt hat, es gebe keinen Grund, sie zu beobachten, sind der ÖDP unwürdig. Ich habe mich darüber geärgert. Gilt das FCK doch auch den Millionen Wählern, die einen Wandel in Deutschlands Politik wollen und diesmal AfD gewählt haben. Wie geschmacklos.

Bernadette Holzer-Kalkreuth, 79423 Heitersheim

Zum Leserbrief von Dr. Franz Hitzelsberger, ÖP 175

Die ÖDP wird gebraucht!

Grundsätzlich finde ich es sinnvoll, wenn auch Stimmen in einer pessimistischen Richtung laut werden und Gehör bekommen, auch das ist Demokratie. Ich kann gut verstehen, wenn man, gerade als viele Jahre sehr aktives Mitglied, burn-out-ähnliche Gedanken bekommt, gerade beim längerfristigen Beobachten unserer Wahlergebnisse. Letztlich hat auch die Presse einen wahrscheinlich größeren Einfluss auf Wahlergebnisse als die Parteien selbst. Es passt gut zum Thema der letzten ÖP. Ein Großteil der Gespräche und vor allem Plakate ändern die Überzeugung der meisten nicht, sie brauchen z. B. eher eigene Erlebnisse oder wenigstens eine andere, freiere Presse, um mehr in ihre Entscheidung einfließen lassen zu können. Ich benutze das Wort „Lügenpresse“ nicht, aber manchmal sage ich „Lückenpresse“ oder ironisch „Reichspresse“, weil man eben ständig merkt, welche (meist neoliberalen) Kräfte hinter den Top-Journalisten stehen und was gesagt werden soll. Interessanterweise geht das bei den Piraten wirksame Konzept bei der AfD nicht auf: Der dortige Zank ist viel schlimmer als bei den Piraten, in den Medien allgegenwärtig, aber die AfD bleibt trotzdem, und trotz hoher geistiger Verluste wie Henkel und Lucke, hoch im Kurs.

Es ist eine freie individuelle Entscheidung, sich zu verabschieden, aber eine „Rückkehr“ zu den Grünen nach über 35 Jahren lehne ich persönlich ab. Ich würde nach so einer „Fusion“ aus den Grünen austreten

und zu einer anderen Partei gehen. Die Grünen sind zwar bei Weitem nicht mehr so links wie damals, was ja damals für Gruhl & Freunde ein entscheidender Trennungsgrund war. Aber heute sind sie aus ökologischer Sicht so angepasst und weichgespült, akzeptieren z. B. auch Konzernspenden und brauchen genau wie die alten Parteien ein demokratisch-ökologisches Korrektiv aus der Mitte. Ich bin lange nicht mehr aktiv gewesen, aber austreten oder eine Auflösung befürworten kann ich gar nicht. Ich bin überzeugt, dass die ÖDP gebraucht wird und offensiv auftreten darf (z. B. Zweitname oder Dauerslogan „die Demokraten“), egal ob sie groß oder klein ist.

Peter Köwing, 53229 Bonn

Aufgeben ist keine Alternative!

Die ÖDP wird dringender gebraucht denn je. Aber sie muss sich wandeln. Oberflächlich wird sie oft nur als „noch 'ne Ökopartei“ wahrgenommen. Das aber ist sie nicht. Sie ist DIE Alternative zu den „etablierten Parteien“ und auch zur AfD.

Zu Recht fühlen sich viele Wähler von den Parteien veräppelt und betrogen. Ihnen muss sich die ÖDP anbieten – nicht nur den überzeugten Ökos, sondern auch den überzeugten Demokraten. Denn Demokratie und Rechtsstaat werden von den „Etablierten“ ausgehöhlt, wie u. a. die immer neuen Anläufe zu privaten Schiedsgerichten zeigen. Das muss Thema werden. Und: Die ÖDP muss neben den ökologischen Anliegen verstärkt die Themen „Innere Sicherheit“ und „Soziales“ bearbeiten. „Polizeiversorgung auf dem Lande“ und „Mindestrente“ wären Stichworte dazu.

Die ÖDP hat großes Potenzial – vor allem durch ihre Alternativen zur Wachstumsideologie und zur firmenspenden-finanzierten Parteipolitik. Warum ist sie nach 35 Jahren immer noch wenig bekannt? Ein Grund mag sein, dass sie ihre Botschaften zu umständlich und detailverliebt rüberbringt. Statt klare Kante zu zeigen

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. Mai 2018** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49854050, presse@oedp.de

und in einfachen Worten klar zu machen, warum sie anders ist als die sog. Grünen. Sie braucht Mut, Entschlossenheit und den Willen zum Erfolg. Aufgeben ist keine Alternative.

Achim Hippel, 15537 Grünheide

Zur Ökolumne, ÖP 174

Erschütternde Darstellung

Sie schreiben gleich in den ersten Sätzen: „Seit der Beendigung des Kalten Krieges zwischen Ost und West leben wir in einer multipolaren Welt, wo sich Nationalismus und religiöse Intoleranz ausbreiten. Russland führt inzwischen einen ideologischen Krieg gegen den Westen und stärkt alle zersetzenden Bestrebungen.“

Ich finde diese Darstellung erschütternd. Westler haben seit Jahrzehnten nichts Besseres zu tun, als Russland (bzw. die Sowjetunion) schlechtzureden. Seit im Jahr 2013 Edward Snowden in Russland Unterschlupf gewährt wird, hat sich diese Hetze massiv verstärkt.

Dass Russland Machtmittel und Geheimdienste einsetzt, unterscheidet dieses Land nicht von anderen Ländern dieser Erde. Sicher werden auch Meinungsbeeinflussungen vorgekommen sein. Aber im Vergleich mit dem Ausmaß, wie das weltweit durch den Westen erfolgt, ist Russland m. E. praktisch vernachlässigbar. Russland macht Fehler, vor allem in der Nuklearpolitik. Diese ist genauso katastrophal wie die im Westen. Aber: Christen sollen Friedensstifter sein. Das heißt für mich auch, sich der Hetze gegen Russland entgegenzustellen. Keinesfalls da mitzumachen. Russland verdient zuallererst Anerkennung für das, was es gut macht. Dazu gehören z. B. viele Versuche, partnerschaftlich mit dem Westen auszukommen. Der Westen ist es, der das ausschlägt. Der Westen erniedrigt Russland leider fortlaufend und massiv. Wir Deutsche haben gegenüber Russland m. E. eine ähnliche Verantwortung wie gegenüber Israel. Durch den Vernichtungskrieg der Deutschen gegen Osteuropa sind etwa 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, vor allem Russlands, ums Leben gekommen. Ich bin der Meinung, Sie sollten Ihre o. g. Aussage möglichst bald richtigstellen und sich auch dafür entschuldigen. Niemals darf ein Satz stehen bleiben wie: „Russland führt inzwischen einen ideologischen Krieg gegen den Westen und stärkt alle zersetzenden Bestrebungen.“ Das ist doch die übelste Verleumdung.

Die Ausgabe 175 versöhnt mich wieder. Dort ist einiges von dem wiedergegeben, was in den Medien so läuft.

Erich Fritz, 69118 Heidelberg

VORSCHAU

ÖkologiePolitik im Juli 2018

Flächenfraß

Das Bau-Ressort wandert gerade vom Bundesumweltministerium zum Bundesinnenministerium. Die Regierungsparteien können mit ihm wenig anfangen. Sie schieben es lustlos hin und her, dabei prägt das Bauen unser Land für lange Zeit. Und jedes neue Gebäude versiegelt ein Stück der begrenzten Ressource Boden. 66 Hektar pro Tag beträgt der Flächenverbrauch derzeit in Deutschland, 13 Hektar pro Tag in Bayern. Ihn zu reduzieren ist zwar schon lange ein erklärtes politisches Ziel, doch ohne klares Konzept und ohne konsequenten Maßnahmenkatalog blieb es bisher reines Wunsdenken. Diese Handlungslücke will die ÖDP Bayern nun mit dem Volksbegehren „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen!“ schließen.

TERMINE

Sa. 10.03.2018	Landesparteitag ÖDP Niedersachsen (Wolfsburg)
Sa. 17.03.2018	Landesparteitag ÖDP Sachsen
Sa./So. 05.–06.05.2018	ÖDP-Bundesparteitag (Aschaffenburg)
Sa./So. 16.–17.06.2018	Landesparteitag ÖDP Baden-Württemberg (Gerlingen)
Sa. 14.07.2018	Landesparteitag ÖDP Bayern (Dingolfing)
Sa. 18.08.2018	Landesparteitag ÖDP Rheinland-Pfalz (Idar-Oberstein)
Sa. 29.09.2018	Landesparteitag ÖDP Sachsen (Dresden)
Sa. 13.10.2018	Landeshauptausschuss ÖDP Bayern (Ingolstadt)
So. 14.10.2018	Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern
Sa./So. 27.–28.10.2018	ÖDP-Bundesparteitag (Bingen)

Die nächste Pflegekraft
befindet sich **HIER**
und kommt zu Ihnen
in 537 Minuten.

